

AfD Rheinland-Pfalz

**PROGRAMM ZUR
LANDTAGSWAHL
2026**

WIR REGELN DAS

AfD



Inhalt

1. Frauen	04
2. Familien	07
3. Europa	10
4. Demokratie	12
5. Innere Sicherheit: Polizei und Feuerwehr	14
6. Justiz und Justizvollzug	19
7. Asyl und Zuwanderung	23
8. Wirtschaft	29
9. Energie	36
10. Bildung	40



11. Wissenschaft und Hochschulen	44
12. Kultur	47
13. Verkehr und Infrastruktur	50
14. Kommunales	55
15. Finanzen und Steuern	59
16. Landeshaushalt	62
17. Bauen und Wohnen	65
18. Landwirtschaft, Weinbau und Forst	68
19. Tierschutz	73
20. Umwelt	77
21. Gesundheit	80
22. Soziales und Pflege	86
23. Medien	89



1. FRAUEN

WIR REGELN DAS

AfD

Leitbild: Frauen stärken und schützen

Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Diese Maxime ist bereits im Grundgesetz formuliert und darf nicht – auch nicht aus religiösen Gründen – aufgeweicht werden. Gerade die Bedrohung aus patriarchalischen Kulturräumen führt uns vor Augen, dass die Gleichberechtigung von Frauen und Männern nur durch aktive Maßnahmen gewährleistet bleibt.

Die AfD sieht es als wichtig an, Frauen zu stärken und zu schützen, wo es notwendig ist. Vor häuslicher und sexueller Gewalt bedürfen Frauen besonderen Schutzes. Die AfD fordert, den öffentlichen Raum insbesondere für Frauen und Mädchen wieder sicher zu machen. Schutz und Prävention vor sexualisierter und körperlicher Gewalt muss etabliert werden, dazu gehört es unter anderem, dass ausreisepflichtige Straftäter zwingend abgeschoben werden. Müttern muss der Staat helfen, in ihren Beruf zurückzukehren, wenn sie dies wünschen. Genauso muss der Staat Müttern helfen, die zur Kindererziehung vollständig oder teilweise zuhause bleiben, wenn sie dies wünschen.

Berufliche Rückkehr erleichtern und Hürden abbauen

Frauen arbeiten besonders oft in Teilzeit statt in Vollzeit – meistens, um sich der Kindererziehung zu widmen. Wenn sie ihre Arbeitszeit verkürzen, ist es oft schwer, nach Monaten oder Jahren wieder in Vollzeit zu arbeiten. Elternzeit verzögert häufig den beruflichen Wiedereinstieg oder Aufstieg.

Die AfD sieht es als erforderlich an, für Mütter Rückkehrmodelle in die Arbeitswelt aufzustellen. Frauen muss es möglich sein, nach Mutterschutz und Elternzeit wieder flexibel auf ihren Arbeitsplatz zurückzukehren, ohne Nachteile zu erleiden. Dazu kann beispielsweise Telearbeit rechtlich erleichtert und die Kinderbetreuung ausgebaut werden. Eltern, insbesondere Mütter, sollen frei entscheiden

können, ob sie Beruf und Familie verbinden oder sich ausschließlich der Erziehung widmen wollen. Beide Wege verdienen gleiche gesellschaftliche Anerkennung. Mütter sollen selbst entscheiden können, wann sie ihre Berufstätigkeit wieder aufnehmen. Der Staat setzt dazu die Rahmenbedingungen, von denen die Wirtschaft durch eine höhere Erwerbsbeteiligung und bessere Strukturen ebenfalls profitiert.

Frauen brauchen im Beruf keine Quoten

Immer mehr Bereiche des Berufslebens sollen durch Quotenregelungen gesteuert werden. Dabei zählt dann nicht mehr Leistung, Können oder Eignung, sondern das Geschlecht. Frauen werden dadurch pauschal als „schwächere Gruppe“ behandelt, die es angeblich nicht aus eigener Kraft schaffen kann. Diese Haltung ist herablassend gegenüber Frauen und greift zugleich unfair in den Leistungswettbewerb ein. Die AfD lehnt Quoten ab. Frauen überzeugen durch ihre Fähigkeiten, ihre Leistungen und ihre Persönlichkeit – nicht durch staatlich verordnete Bevorzugung.

Ohne Quoten gibt es für Frauen wie Männer faire Chancengleichheit. Niemand darf grundlos benachteiligt oder bevorzugt werden. Bei Personalentscheidungen werden die besten Bewerber ausgewählt.

Frauenhäuser ausbauen und besser finanzieren

In Frauenhäusern finden Frauen und Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, Unterstützung und vorübergehend einen geschützten Ort. In Rheinland-Pfalz gibt es derzeit 19 Frauenhäuser, doch der Bedarf ist viel höher als das Angebot an Plätzen. Ein Grund dafür ist die Finanzierungsstruktur: Viele Kommunen können aufgrund ihrer prekären Finanzlage Frauenhäuser nicht stärker finanziell unterstützen oder neue Angebote aufzubauen.

Die AfD will die Anzahl der Frauenhäuser auf 36 erhöhen. Dazu wird das Land den Großteil des kommunalen Finanzierungsanteils übernehmen. Der Eigenanteil für berufstätige Frauen, die im Frauenhaus Schutz suchen, muss entfallen. Diese Frauen befinden sich bereits in einer außergewöhnlich belastenden Lebenssituation und dürfen nicht noch zusätzlich finanziell belastet werden. Die AfD fordert, dass jedes Frauenhaus einen durch qualifizierte Erzieherinnen betreuten Kinderbereich vorhält, da Plätze in Kindergärten vor Ort oftmals nicht auf die Schnelle zu finden sind.

In jeder der zwölf kreisfreien Städte und in jedem der 24 Landkreise muss ein Frauenhaus existieren. So haben betroffene Frauen und ihre Kinder im Notfall kurze Wege und schnellen Zugang zu Schutz und Hilfe. Außerdem erhöhen sich dadurch die Chancen und Auswahlmöglichkeiten, dass Frauen nicht in der Nähe ihres Peinigers unterkommen müssen.

Frauennotruf ausbauen

Frauennotrufe helfen Mädchen und Frauen, die sexualisierte Gewalt erlebt haben. Die AfD wird die Frauennotrufe ausbauen, damit diese für alle Mädchen und Frauen leichter erreichbar sind. Der Bekanntheitsgrad der wichtigen Angebote soll erhöht werden.

Frauen, die bei einem Frauennotruf Hilfe oder Beratung suchen, müssen diese schnell telefonisch und digital erreichen können.

Transfrauen sind biologisch keine Frauen

Männer und Frauen sind verschieden. Biologische und auch soziologische Unterschiede bleiben nach einer Geschlechtsumwandlung bestehen. Sogenannte Transfrauen sind biologisch gesehen weiterhin Männer. Das Selbstbestimmungsgesetz hat dazu geführt, dass Transfrauen in Schutzbereiche für biologische Frauen eindringen. Die AfD setzt sich

dafür ein, dass Schutzbereiche für Frauen – zum Beispiel Frauenhäuser, Saunen, Umkleiden – nur biologischen Frauen offenstehen. Offensichtlicher Gesetzesmissbrauch, wenn verurteilte Straftäter sich beispielsweise zur Frau erklären, um in einem Frauengefängnis untergebracht zu werden, muss geahndet werden. Die AfD setzt sich dafür ein, dass das Selbstbestimmungsgesetz wieder abgeschafft wird.

Frauen erleiden Nachteile und sind unkalkulierbaren Gefahren ausgesetzt, wenn biologische Männer in ihre Schutzräume eindringen. Der Gesetzgeber darf diese Entwicklung nicht weiter zulassen.

Hilfe im Schwangerschaftskonflikt qualitativ verbessern

Nach aktueller Rechtslage sind Schwangerschaftsabbrüche straffrei, wenn sie innerhalb der ersten drei Monate nach Befruchtung und nach einer eingehender Fachberatung erfolgen.

Die verpflichtende Schwangerschaftskonfliktberatung ist in vielen Fällen zu einem formalen Verwaltungsakt verkümmert. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Schwangeren hinreichend über schwere Abtreibungsfolgen und Hilfsangebote aufgeklärt werden. Das wird der schwierigen Situation, in der sich die Frauen befinden, nicht gerecht. Eine ungeplante Schwangerschaft kann für Frauen eine ernste Lebenskrise hervorrufen. Insbesondere dann, wenn sie vom Partner und/oder der Familie keine Unterstützung erhalten.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass Mütter umfangreiche Unterstützung in der Schwangerschaft und nach der Geburt erhalten, insbesondere in schwierigen Lebenslagen, so dass sie ein selbstbestimmtes Leben führen können. Die Schwangerschaftskonfliktberatung wird so gestaltet, dass die zweifelnden Frauen eine wirklich freie und selbstbestimmte Entscheidung treffen können und zwar frei von äußerem Druck und frei von Ängsten.



2. FAMILIEN

WIR REGELN DAS

AfD

Leitbild: Familien als Fundament unserer Gesellschaft fördern

Familienpolitik betrifft viele Gesellschaftsbereiche gleichzeitig. Fast jede politische Entscheidung greift direkt oder indirekt in die Familienpolitik ein. So ist beispielsweise die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum – etwa an Bushaltestellen oder auf Gehwegen – für Eltern mit Kinderwagen genauso wichtig wie für ältere Menschen. In der Bildungspolitik betrifft Unterrichtsausfall unmittelbar das Familienleben. Die Steuerpolitik bestimmt maßgeblich mit, wie viel Geld Familien netto vom Bruttoeinkommen übrigbleibt.

Deshalb verfolgt die AfD einen ganzheitlichen Ansatz in der Familienpolitik. Jede politische Maßnahme wird darauf geprüft, wie sie auf Familien mit Kindern oder auf Ehepaare mit Kinderwunsch wirkt.

Für die AfD ist die Familie die Keimzelle der Gesellschaft. Familie ist eine Gemeinschaft aus Fürsorge, Liebe und Solidarität. In ihr werden Werte und Kultur weitergegeben, sie verbindet die Vergangenheit mit der Gegenwart und Zukunft.

Kita-Qualitätsoffensive starten

In Rheinland-Pfalz werden etwa 33.000 Kinder unter drei Jahren und 132.000 Kinder zwischen drei und sechs Jahren in Kindertagesstätten betreut. Dennoch gibt es vielerorts zu wenige Betreuungsplätze und/oder Qualitätsprobleme beim Angebot.

Die AfD wird die Qualität der Kitas deutlich verbessern. Dafür werden die Kommunen stärker beim Bau neuer Kitas unterstützt. Außerdem soll es mehr Personal geben, besonders für Kinder unter drei Jahren, deren Betreuung besonders zeitintensiv ist. Mit mehr Personal soll auch die Ganztagesbetreuung ausgebaut werden – gerade auf dem Land müssen auch lange Arbeitswege der Eltern bei den Kita-Öffnungszeiten berücksichtigt werden. Die zusätzlichen Erzieherinnen wird

das Land finanzieren. Eltern und Kinder, die Kitas nutzen möchten, erhalten ein wohnortnahes, qualitativ hochwertiges Angebot. Mehr Personal hilft, dass Kitas nicht plötzlich schließen müssen, zum Beispiel im Krankheitsfall einer Erzieherin. Wenn sich Eltern für eine Kita entscheiden, muss das Angebot zuverlässig sein und dem Kindeswohl dienen.

Ehegattensplittung zu Familiensplitting erweitern

Kinderreiche Familien und Alleinerziehende gehören in Deutschland zu den Gruppen, die besonders häufig von Armut betroffen sind. Ein Grund dafür ist, dass in solchen Familien oft nur eine Person das Geld verdient. Die derzeitige Regelung mit Ehegattensplitting, Kinderfreibeträgen und Kindergeld reicht nicht aus, um die finanziellen Nachteile gegenüber Alleinstehenden oder kinderlosen Doppelverdienern auszugleichen.

Die AfD wird deshalb das Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting weiterentwickeln. Das Familiensplitting berücksichtigt die Anzahl der Kinder bei der Berechnung der Einkommensteuer der Eltern. Kindergeld und Kinderzuschlag bleiben erhalten.

Das Familiensplitting ergänzt das Ehegattensplitting sinnvoll um die Kinder im Haushalt. So werden Familien und Alleinerziehende mit Kindern steuerlich entlastet. Dadurch können Eltern aus ihrer eigenen Leistung heraus ihre Familie besser versorgen.

Fahrtkostenerstattung für Schülerbeförderung auf Oberstufe und Berufsausbildung ausdehnen

Eltern von Grundschülern und Schülern weiterführender Schulen können bei den Kommunen beantragen, dass ihnen die Fahrtkosten für die Schülerbeförderung erstattet werden. Dies gilt bisher leider nicht für Schüler ab der Sekundarstufe II.



Die AfD fordert, dass die Fahrtkostenerstattung auch für Schüler in der Oberstufe und in der ersten Berufsausbildung gelten soll. Die zusätzlichen Kosten für die Kommunen werden, gemäß dem Konnexitätsprinzip, vom Land übernommen.

Solange der Bildungsweg nicht endet, endet auch der Schulweg nicht. Daher ist die Fahrtkostenerstattung für die Schülerbeförderung grundsätzlich bis zum Abschluss der ersten Ausbildung – Abitur oder Berufsausbildung – zu gewähren. Das entlastet Familien finanziell.

Gefahren der Genderideologie benennen, Kinder schützen

Im Landshaushalt 2025/2026 steht mehr als eine halbe Millionen Euro Steuergeld bereit, um Genderideologie zu fördern. Besonders Kinder und Jugendliche werden negativ dadurch beeinflusst, ihr Geschlecht, ihre natürlichen Gefühle und ihre Herkunft andauernd infrage zu stellen.

Die AfD lehnt die Genderideologie ab. Dafür eingesetztes Steuergeld wird konsequent gestrichen. Vor allem in Kindergärten und Schulen darf diese Ideologie nicht mehr verbreitet werden. Bis zum 18. Lebensjahr sollen

geschlechtsverändernde Behandlungen nur erlaubt sein, wenn sie medizinisch notwendig sind.

Wir als AfD wollen Kinder und Jugendliche vor der Gender-Indoktrination und ihrem schädlichen Einfluss schützen. Das dient dem Kindeswohl und stärkt Familien.

Regionale Kinderschutzdienste ausbauen

Derzeit gibt es in Rheinland-Pfalz nur 16 Kinderschutzdienste. Sie beraten und helfen Jungen und Mädchen, die Opfer von sexueller Gewalt geworden oder misshandelt worden sind.

Die AfD wird die Zahl der Kinderschutzdienste in Rheinland-Pfalz erhöhen. Ziel ist, dass im Sinne des Prinzips „kurze Beine – kurze Wege“ in jeder Stadt und in jedem Landkreis mindestens eine für Kinder gut erreichbare Anlaufstelle der regionalen Kinderschutzdienste existiert.

Kinder vor sexueller Gewalt und Misshandlung zu schützen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Nur wenn Kinder ohne Gewalt aufwachsen, haben sie eine Chance auf eine glückliche Kindheit und ein belastungsfreies Seelenleben im Erwachsenenalter.



3. EUROPA

WIR REGELN DAS

AfD

Leitbild: Zu Europa bekennen – Für eine Ordnung der Freiheit

Die AfD bekennt sich zur zivilisatorischen Idee Europas: Europa ist mehr als ein geografischer Raum – es ist eine einzigartige Zivilisation, geprägt vom Erbe der griechisch-römischen Antike, vom Christentum, von den Ideen des Humanismus und der Aufklärung und von den über Jahrhunderte gewachsenen Kulturen der europäischen Völker. Deutschland hat mit seiner Geschichte und geistigen Tradition maßgeblich zur europäischen Identität beigetragen.

Für Rheinland-Pfalz gilt das in ganz besonderem Maße. Sichtbar wird dies beispielsweise in den Trierer Römerbauten oder in den mittelalterlichen Kaiserdomen in Mainz, Worms und Speyer. Oder mit der Geschichte der Donauschwaben, also denjenigen Deutschen, die im 18. Jahrhundert ins damalige Königreich Ungarn auswanderten. Koblenz war ein wichtiger Anwerbeort der Habsburger.

Das europäische Erbe verpflichtet zur Verantwortung: für eine friedliche, eigenständige und faire Zusammenarbeit der europäischen Völker.

Die gegenwärtige Struktur der Europäischen Union wird diesem Anspruch nicht gerecht. Sie missachtet den Willen der Nationalstaaten, stellt ideologische Zielsetzungen über demokratische Legitimation und untergräbt durch Kompetenzanmaßung die nationale Souveränität. Dadurch greift die Europäische Union tief in die Lebenswirklichkeit der Menschen in Rheinland-Pfalz ein. Gleichzeitig fehlt es ihr an kollektiver Handlungsfähigkeit, um Europas Interessen gegenüber globalen Machtzentren glaubwürdig zu vertreten.

Die AfD strebt daher eine Neuausrichtung der europäischen Ordnung an – hin zu einem Bund souveräner Nationen mit klar begrenzten Zuständigkeiten und funktionaler Kooperation statt zentralistischem Dirigismus.

Unsere wichtigsten Forderungen, die wir aus Rheinland-Pfalz heraus über den Bundesrat erheben werden, für eine europäische Ordnung der Freiheit sind:

- Institutioneller Rückbau der EU auf Kernaufgaben. Die Zuständigkeiten der EU sind auf Bereiche zu beschränken, in denen ein gemeinsames Handeln echten Mehrwert schafft: Binnenmarkt, Zoll- und Außenhandelsunion, Schutz grenzüberschreitender Naturräume und der Schutz der Außengrenzen. Weniger Aufgaben, weniger Bürokratie – mehr Konzentration auf das für alle Wesentliche.
- Recht auf Bargeld verankern. Wir fordern, das Recht auf Barzahlung sowohl im deutschen Grundgesetz als auch in den europäischen Verträgen zu garantieren. Der Schutz des Bargelds ist Schutz bürgerlicher Freiheit.
- Keine Steuerhoheit für die EU. Die Einführung eigenständiger EU-Steuern lehnen wir strikt ab – etwa auf CO₂, digitale Dienste oder Finanztransaktionen. Einzige Ausnahme bleiben Zolleinnahmen aus der gemeinsamen Außenhandelspolitik.
- Kulturelle Selbstbestimmung erhalten. Die EU darf nicht als ideologisches Ummerziehungsprojekt missbraucht werden. Genderpolitik, Multikulturalismus und Entnationalisierung sind zurückzuweisen. Europa lebt von seiner kulturellen Reichhaltigkeit – nicht von Gleichmacherei.
- Beendigung der Zahlmeisterrolle Deutschlands. Deutschland ist bei der Neuordnung der Finanzbeziehungen in Europa von seiner überproportionalen Beitragslast zu entlasten. Künftige Kooperation muss auf Augenhöhe erfolgen – nicht auf Kosten der deutschen und damit auch der rheinland-pfälzischen Steuerzahler.
- Beine Haftung für andere Länder, Beendigung der Transferunion



4. DEMOKRATIE

WIR REGELN DAS

AfD 

Hürden für Volksabstimmungen senken

Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide sind Instrumente der direkten Demokratie auf Landesebene. Durch sie können Bürger direkten Einfluss auf Gesetze nehmen. Allerdings sind die Hürden hoch: Volksinitiativen benötigen 30.000 Unterschriften, Volksbegehren 300.000 Unterschriften. Die Unterschriften sind jeweils von den Wohnort-Gemeindeverwaltungen der Unterschriebenen zu bestätigen. Zudem ist über die Landesverfassung direkte Demokratie zu Finanzfragen, Abgabengesetzen und Besoldungsordnungen nicht gestattet.

Die AfD setzt sich dafür ein, die restriktiven Voraussetzungen für direkte Demokratie in Rheinland-Pfalz zu senken. Die Quoren (notwendige Stimmenanzahl) werden gesenkt: Von derzeit 300.000 Unterschriften für Volksbegehren auf 3 Prozent der Stimmberechtigten (rund 91.300 bei knapp 3,1 Mio. Stimmberechtigten). Fristen werden von zwei auf drei Monate verlängert, so dass mehr Zeit bleibt, Volksbegehren und Volksentscheide vorzubereiten und Unterschriften zu sammeln. Das Verbot, Finanzfragen und Abgabengesetze in einer Volksinitiative, einem Volksbegehren oder Volksentscheid zu ändern, muss aufgehoben werden.

Direkte Demokratie ermöglicht es jedem Bürger, direkten Einfluss auf die Politik zu nehmen.

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide vereinfachen

Was Volksbegehren und Volksentscheide auf Landesebene sind, sind Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene. Die Zahl der benötigten Unterschriften ist abhängig von der Größe der Kommune: bis 10.000 Einwohner 9 % der Stimmberechtig-

ten, ab 100.000 Einwohner 5 %. Bürgerbegehren müssen eine geschlossene Frage behandeln, also eine Frage, die mit Ja oder Nein beantwortet werden kann. Auch bei Bürgerbegehren gibt es umfangreiche Frageverbote, unter anderem betreffend Haushaltspläne, Bauleitpläne und die Verwaltungsstruktur.

Die AfD wird die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide senken. Die formalen Voraussetzungen müssen handhabbar sein.

Direkte Demokratie ermöglicht es jedem Bürger, direkten Einfluss auf die Politik zu nehmen.

Meldestellen nicht mit Steuergeld fördern

Meldestellen im Internet dienen regelmäßig dazu, nicht strafbare Inhalte auf sozialen Medien zu zensieren. Menschen sollen dazu eingeschüchtert werden, eine legitime Meinung zu löschen oder am besten gar nicht erst zu schreiben. In einer Demokratie ist diese Form des Denunziantentums schädlich, da es die Meinungsfreiheit und die freie Rede unangemessen einschränkt.

Die AfD wird die Finanzierung von Meldestellen beenden. Alle Meinungen dürfen geäußert werden, sofern sie nicht strafbar sind. Strafbare Inhalte können bei der Polizei und den Staatsanwaltschaften – unter anderem über Onlineportale – zur Anzeige gebracht werden. Dort werden sie in einem rechtsstaatlichen Verfahren weiterbehandelt.

Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Die Meinungsfreiheit darf nicht durch politisch tätige private Vereine oder Organisationen beschränkt werden. Der Staat darf nicht einseitige Organisationen fördern, damit diese das Internet auf ihnen missliebige Meinungen kontrollieren.

A firefighter in full gear, including a helmet with reflective stripes, stands in profile facing right. They are positioned in front of a large, intense fire with orange and yellow flames. The background is a dark, smoky orange.

5. INNERE SICHERHEIT: POLIZEI UND FEUERWEHR

WIR REGELN DAS

AfD

Leitbild: Innere Sicherheit erhöhen

Im Erfassungsjahr 2024 wurde im Land Rheinland-Pfalz ein deutlicher Anstieg der Gewaltkriminalität festgestellt. Insbesondere Straftaten gegen Leib und Leben erreichten einen Höchststand seit Beginn der Flüchtlingskrise. Die Zahl der Vergewaltigungen erreichte einen historischen Höchststand, wobei insbesondere Gruppenvergewaltigungen als neue Erscheinungsform auffällig wurden. Auch die Zahl der Messerangriffe nahm signifikant zu.

Die innere Sicherheit zu gewähren, ist eine Kernaufgabe des Staates. Innere Sicherheit ist Voraussetzung für individuelle Freiheit und eine funktionierende Wirtschaft. Nur in Sicherheit vor Gewalt und geschützt vor Willkür und Unrecht können sich unsere Bürger frei entfalten und ihrer Arbeit und ihrem Alltag nachgehen.

Polizeistärke auf 10.000 Vollzeitkräfte erhöhen und Polizeidienst von Verwaltungstätigkeiten befreien

Derzeit hat Rheinland-Pfalz nur 9.148 Vollzeitkräfte bei der Polizei, aufgeteilt auf rund 9.800 Polizisten. Diese schieben einen Berg von mehr als einer Million Überstunden vor sich her – im Durchschnitt hat jeder rheinland-pfälzische Polizist Überstunden von mehr als 2,5 Monaten Dienstzeit! Diese Überlastung unserer Polizisten ist nicht akzeptabel!

Deshalb, und um die Sicherheit zu erhöhen, will die AfD mehr Polizisten in Rheinland-Pfalz. Die AfD wird die Stärke der Polizei auf 10.000 Vollzeitkräfte erhöhen. Zudem werden Polizisten von Verwaltungstätigkeiten entbunden, um sich möglichst ganz ihrer Kernaufgabe zu widmen, die Bürger zu schützen und Straftäter zu ermitteln.

Das Ziel der AfD: Jeder Bürger soll sich wieder frei, sicher und ohne Angst im öffentli-

chen Raum bewegen können. Ein effizienter Personaleinsatz wird zu mehr sichtbarer Präsenz und schnelleren Reaktionszeiten führen.

Hochschule der Polizei sanieren

Die Hochschule der Polizei (HdP) ist die zentrale Aus- und Fortbildungseinrichtung der Landespolizei. Sie liegt am Flughafen Hahn in einer früheren Liegenschaft des US-Militärs. Die Gebäude sind Großteils in einem erbärmlichen Zustand.

Die AfD wird die Hochschule der Polizei sanieren und um neue moderne Trainingsmöglichkeiten wie ein Einsatztrainingszentrum erweitern.

Dadurch wird die Polizei auf die gewachsenen Herausforderungen vorbereitet. Eine gut ausgebildete und modern ausgestattete Polizei trägt entscheidend dazu bei, die innere Sicherheit zu gewähren.

Null-Toleranz-Strategie und Prävention

Kriminalität darf niemals toleriert werden. Täter müssen juristisch zur Verantwortung gezogen werden. Besonders Sexualstraf- taten und Gewalttaten müssen streng geahndet werden. Nach Auffassung der AfD dürfen sich kulturelle Hintergründe oder angebliche Traumata der Straftäter nicht strafmildernd auswirken – eine Strafmilderung wegen solcher Aspekte wäre ein staatlich verordneter Schlag ins Gesicht der Opfer und der Gesellschaft. Nach jüngsten Zahlen für 2024 verzeichnet Rheinland-Pfalz Höchststände an Gewaltkriminalität seit Beginn der Flüchtlingskrise: Mehr als 4.600 Kinder und Jugendliche wurden 2024 Opfer von Straftaten gegen Leib und Leben. Auch die Zahl der Vergewaltigungen und Messerangriffe hat erschütternde Höchststände erreicht. Besonders erschreckend ist das neue Phänomen der Gruppenvergewaltigung. Gewalt

gegen Einsatzkräfte wird in manchen Milieus schneller und brutaler ausgeübt. Hinzukommen sprachliche und kulturelle Hürden, mit denen die Polizei in ihrem Alltag konfrontiert ist.

Die AfD fordert eine Null-Toleranz-Strategie gegen Straftäter. Dazu wird die Polizeipräsenz im öffentlichen Raum erhöht, insbesondere an Kriminalitätsschwerpunkten. Auch die Eingriffs- und Durchgriffsrechte gegen Tatverdächtige werden an die neue Bedrohungslage angepasst. Gleichzeitig soll die Präventionsarbeit gestärkt werden, damit Straftaten gar nicht erst verübt werden. Die Polizei soll regelmäßige Kriminalitätslagebilder erstellen, um ihre Strategien der Gefahrenlage anzupassen. Insbesondere sollen Dunkelfeldstudien über das tatsächliche Ausmaß von Straftaten wie Sexualdelikten und häuslicher Gewalt zielgerichtete Maßnahmen zur Bekämpfung und Prävention ermöglichen.

Dunkelfeldstudie durchführen, um Polizeikräfte wirksam einzusetzen

Die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) bildet seit vielen Jahren die Grundlage der kriminalpräventiven Arbeit in Rheinland-Pfalz. Sie erfasst alle bei den Polizeibehörden bekannt gewordenen Straftaten, deren Versuche sowie Informationen über Tatverdächtige und Opfer. Allerdings spiegelt die PKS nur das sogenannte Hellfeld wider, also den Teil der Kriminalität, der angezeigt oder auf andere Weise bekannt geworden ist. Viele Straftaten werden jedoch nie angezeigt und erscheinen somit nicht in der PKS. Diese nicht erfassten Fälle werden als Dunkelfeld bezeichnet. Gerade bei schambesetzten Delikten wie Sexualstraftaten, bei Betrugsfällen gegen ältere Menschen oder bei körperlicher Gewalt ist das Dunkelfeld besonders groß. Darum fordert die AfD, eine opferbezogene Dunkelfeldstudie in Rheinland-Pfalz einzuführen. Sie soll alle drei Jahre wiederholt werden und repräsentative Opferbefragungen in Landkreisen und kreisfreien Städten beinhalten.

Ziel ist es, neben den offiziellen Zahlen der PKS das Anzeigeverhalten, das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger sowie Gründe für das Nichtanzeigen von Straftaten zu erfassen. Eine wissenschaftlich fundierte Auswertung ermöglicht es Polizei und Politik, gezielt Präventionsmaßnahmen zu entwickeln. Die Dunkelfeldstudie ermutigt Opfer, Delikte zur Anzeige zu bringen. Durch die Kombination von Hellfeld und Dunkelfeld entsteht ein nahezu vollständiges Bild der Kriminalitätslage. Dies ist eine notwendige Voraussetzung, um Ressourcen effizient einzusetzen und die Sicherheit der Bevölkerung nachhaltig zu stärken. Nur durch eine solche Datengrundlage können künftige Kriminalitätsbekämpfungsstrategien wirksam ausgestaltet werden.

Polizeidienst durch höhere Besoldung und ruhegehaltsfähige Zulage attraktiver machen. Zur Polizeiausstattung gehört auch, dass Politik und insbesondere die Landesregierung der Polizei den Rücken stärken. Nach Auffassung der AfD verdiennten Polizisten Wertschätzung und Respekt für ihre gesellschaftlich wichtige Arbeit.

Die AfD wird deshalb für die Landespolizei eine optionale freie Heilfürsorge einführen, um die Gesundheitsversorgung der Polizisten zu verbessern. Polizisten sind in ihrem Beruf körperlich besonders gefährdet, dieses Berufsrisiko muss nach Ansicht der AfD vom Dienstherrn, dem Land, hinreichend mitgetragen werden. Zudem trägt eine gute Gesundheitsversorgung der Polizisten dazu bei, notwendige Genesungszeiten im Krankheitsfall zu verkürzen, so dass die Beamten möglichst schnell wieder ihren Dienst aufnehmen können.

Der Polizeidienst wird zudem durch eine an das bundesweite Niveau angepasste erhöhte Besoldung und durch die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulagen finanziell attraktiver. Dies sind wichtige Schritte, um im Wettbewerb um die besten Köpfe mit Bund und Nachbarländern bestehen zu können. Eine an das bundesweite Niveau angepasste erhöhte

Besoldung trägt dazu bei, dass in Rheinland-Pfalz ausgebildete Polizisten nicht mehr zur Bundespolizei oder zu Nachbarländern wie Hessen oder Baden-Württemberg wechseln. Dadurch wird die angestrebte Polizeistärke von 10.000 Vollzeitkräften schneller erreicht, da die Abgangsraten sinken.

Wenn Polizisten durch bessere Bezahlung und attraktive Zulagen im Land gehalten werden, profitieren alle Bürger von einer stabilen Polizeipräsenz. Eine starke Polizei bedeutet mehr Sicherheit auf den Straßen, in den Städten und Gemeinden. Kürzere Genesungszeiten durch bessere Gesundheitsversorgung sorgen dafür, dass Polizisten schneller wieder einsatzfähig sind und so mehr Personal für den aktiven Dienst zur Verfügung steht. Dies führt zu einer zuverlässigeren Verfügbarkeit von Einsatzkräften bei Notfällen, Demonstrationen oder Großveranstaltungen. Wenn weniger Beamte in andere Bundesländer abwandern, bleibt die in Rheinland-Pfalz aufgebaute Erfahrung und Kompetenz der Polizei den Bürgern erhalten.



ten. Die geplante Personalstärke von 10.000 Vollzeitkräften gewährleistet, dass Notrufe schneller bearbeitet und Einsätze effektiver durchgeführt werden können. Für die Bürger bedeutet dies mehr Sicherheit, kürzere Wartezeiten und ein gestärktes Vertrauen in den Rechtsstaat. Gleichzeitig trägt eine gute Versorgung der Polizei zur Motivation und Belastbarkeit der Beamten bei, was sich in einer professionelleren und bürgerfreundlicheren Arbeit niederschlägt. Wertschätzung und Respekt gegenüber der Polizei stärken zudem die Bindung zwischen Bevölkerung und Sicherheitskräften. Insgesamt entsteht so ein Sicherheitsumfeld, von dem nicht nur die Polizisten selbst, sondern vor allem die Bürger im ganzen Land profitieren.

Kriminalität differenziert erfassen und transparent machen

Bereits heute zeigt die polizeiliche Kriminalstatistik, dass Gewaltdelikte weit überproportional von Ausländern begangen werden. Beim Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger (ohne ausländerrechtliche Delikte) ist laut PKS 2024 mit 32 % ein neuer Höchststand zu verzeichnen. Angesichts eines Bevölkerungsanteils von 14 % Nichtdeutschen Klammern weg ergibt sich daraus eine deutliche Überrepräsentation. Fälle von kriminellen Staatsbürgern mit deutschem Pass und einem weiteren Pass (doppelte Staatsangehörigkeit) können bislang nicht automatisch statistisch ausgewertet werden. Dadurch entsteht ein verzerrtes Lagebild.

Die AfD fordert: Der Staat muss sich ehrlich machen und Transparenz schaffen, indem die Herkunft von Tatverdächtigen öffentlich benannt wird. Dazu wird die polizeiliche Kriminalstatistik um den Erfassungsparameter Doppelstaatsbürger erweitert. Bisher wurden Doppelstaatler in der Kriminalstatistik ausschließlich unter „deutsch“ geführt, was ein unvollständiges Bild vermittelt hat. Nur mit vollständigen Angaben zu Staatsangehörigkeiten und Migrationshintergrund las-

sen sich wirksame präventive und repressive Maßnahmen entwickeln. Rheinland-Pfalz sollte dem Beispiel Nordrhein-Westfalens folgen und doppelte Staatsbürgerschaften in der PKS vollständig erfassen.

Polizeiliche Ermittlungen und Verbrechensprävention sind dann besonders erfolgreich, wenn sie auf differenziert erfassten statistischen Daten aufbauen. Ermittlungen wie Prävention benötigen diese Informationen, um wirksam zu sein. Aussagekräftige Statistiken tragen somit dazu bei, Verbrechen zu verhindern und aufzuklären.

Außengrenze sichern

Rheinland-Pfalz hat eine rund 290 Kilometer lange Außengrenze zu Frankreich, Luxemburg und Belgien. Diese Grenzen sind Brennpunkte transnationaler Kriminalität. Beispielhaft dafür sind kriminelle Banden, die sich auf die Sprengung von Geldautomaten spezialisiert haben. Die AfD will nach bayerischem Vorbild eine rheinland-pfälzische Grenzpolizei einführen. Unsere Außen- grenzen sollen künftig zudem durch Überwachung, zum Beispiels mittels Drohnen, geschützt werden.

Die Grenzpolizei wird die Außengrenze und grenznahe Räume effizient überwachen und grenzüberschreitende Kriminalität bekämpfen.

Feuerwehren besser ausstatten und LFKA modernisieren

Im Brand- und Katastrophenschutz engagieren sich im Ehrenamt etwa 55.000 Bürger in 2.250 Freiwilligen Feuerwehren. Dieses persönliche Engagement ist unverzichtbar für unsere Gesellschaft. Daneben leisten 800 hauptberufliche Einsatzkräfte ihren Dienst bei der Feuerwehr.

Die AfD wird die Ausbildung und Ausstattung der freiwilligen und hauptberuflichen Feuer-

wehren verbessern. Die Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzakademie (LFKA) in Koblenz benötigt neue Trainingsmöglichkeiten: Das dringend benötigte neue Hörsaalgebäude an der LFKA in Koblenz muss unverzüglich gebaut werden, um eine zeitgemäße Ausbildung der Einsatzkräfte zu ermöglichen. Neben modernen Unterrichtsräumen sind auch Unterkünfte und sanitäre Anlagen zwingend erforderlich, damit Lehrgänge professionell durchgeführt werden können. Zwar weist der aktuelle Haushalt eine Stellenanhebung aus, doch reichen diese Maßnahmen bei weitem nicht aus. Die LFKA leidet unter erheblichem Mangel an moderner Ausstattung und ist weit entfernt von einem zeitgemäßen Standard. Um Feuerwehr und Katastrophenschutz zukunftssicher aufzustellen, sind Investitionen in Infrastruktur und Technik unumgänglich. Nur so können die Einsatzkräfte bestmöglich ausgebildet und auf kommende Herausforderungen vorbereitet werden. Ein hoher Ausbildungsstand schützt Leib und Leben derer, die uns und unsere Häuser vor Bränden schützen.

Die AfD wird durch landesweite Sammelbestellungen für Einsatzfahrzeuge und deren Standardisierung die Anschaffungskosten senken, um möglichst vielen Freiwilligen Feuerwehren moderne Fahrzeuge zur Verfügung zu stellen. Moderne Fahrzeuge sind im Notfall leistungsfähig.

Die Berufsfeuerwehr in Rheinland-Pfalz soll im bundesweiten Wettbewerb attraktiver werden, um keine ausgebildeten Feuerwehrkräfte an Kommunen anderer Bundesländer oder an Betriebsfeuerwehren zu verlieren. Dazu soll neben der besseren Ausstattung mit Geräten und Fahrzeugen für die Wehrleute auch eine optionale freie Heilfürsorge eingeführt werden.

Die AfD wird die Freiwilligen Feuerwehren mit geländegängigen und wasserfähigen Fahrzeugen ausstatten. Damit sind diese in unwegsamem Gelände und bei Hochwasser einsatzfähig.



6. JUSTIZ UND JUSTIZVOLLZUG

WIR REGELN DAS

AfD

Unabhängigkeit des Gerichtswesens stärken

Die AfD setzt sich auf Landes- und Bundes-ebene dafür ein, dass Richter unabhängig und frei von politischem Einfluss bleiben. Die AfD unterstützt deshalb den Vorschlag des Deutschen Richterbundes, einen Justizwahl-ausschuss und einen Justizverwaltungsrat einzuführen.

Nur Gerichte, die ohne politischen Einfluss arbeiten, können wirklich objektiv und neutral entscheiden. Nur vor unabhängigen Gerichten können Menschen darauf vertrauen, dass über ihren Fall gerecht und allein auf Grundlage der Fakten entschieden wird – frei von politischer Meinung oder ideologischer Haltung.



Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaft abschaffen

In der deutschen Rechtswissenschaft gelten die Staatsanwaltschaften oft als die „objektivsten Behörden der Welt“. Dennoch unterstehen sie formal den Anweisungen des

jeweiligen Justizministeriums. Dass Staatsanwaltschaften weisungsgebunden sind, sorgt immer wieder für internationale Kritik, da es internationalen Standards zuwiderläuft. Die AfD fordert, diese Weisungsgebundenheit abzuschaffen. Staatsanwaltschaften sollen vollständig unabhängige Strafverfolgungsbehörden werden, damit sie ihre Aufgabe ohne politischen Einfluss erfüllen können.

Die Bürger müssen sich jederzeit darauf verlassen können, dass Strafverfolgung im Land neutral, unabhängig und frei von politischem Druck erfolgt. Nur dann ist gewährleistet, dass jeder Fall allein nach Recht und Gesetz beurteilt wird – ohne ideologische oder politische Vorgaben.

Unabhängigkeit des Verfassungsschutzes herstellen und politische Instrumentalisierung verhindern

Der Verfassungsschutz in Rheinland-Pfalz ist derzeit eine Abteilung des Innenministeriums und untersteht dessen Anweisungen. In der Vergangenheit zeigte sich immer häufiger, dass der Verfassungsschutz von der Landesregierung zur Bekämpfung von Oppositionsparteien instrumentalisiert wird. Dadurch kann er seiner eigentlichen Aufgabe, dem Schutz unserer Bürger und unserer staatlichen Ordnung vor wirklich verfassungsfeindlichen Bestrebungen, nicht mehr mit der nötigen Neutralität nachkommen. Statt die freiheitliche demokratische Grundordnung zu schützen, entwickelt sich der Verfassungsschutz zunehmend zu einem Instrument zum Schutz der Regierung.

Die AfD fordert daher, den Verfassungsschutz aus dem Innenministerium herauszulösen und zu einer unabhängigen Behörde umzubauen – frei von politischem Einfluss.

Nur ein unabhängiger, neutral besetzter Verfassungsschutz kann seine wichtigen Aufgaben objektiv erfüllen. Ein politisch unabhängiger Verfassungsschutz kann seine

Kräfte dort einsetzen, wo tatsächlich eine Gefahr für Bürger, Land und Verfassung besteht – und nicht dort, wo eine Regierung politisches Interesse sieht. In demokratisch verfassten Staaten dienen Inlandsgeheimdienste dazu, Terrorismus und Bestrebungen zum gewaltsamen Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung aufzudecken und zu bekämpfen und konkrete Taten zu verhindern. Dies muss auch Ziel des Verfassungsschutzes sein. Es kann nicht Aufgabe des Verfassungsschutzes sein, Oppositionsparteien zu überwachen und als Gedankenpolizei lächerliche Gutachten über die angebliche Verfassungsfeindlichkeit von Werken der Weltliteratur wie des Nibelungenliedes und Herrn der Ringe zu ersinnen.

Justizvollzugsdienst durch höhere Besoldung und ruhegehaltsfähige Zulage attraktiver machen

Der Justizvollzug ist personell unterbesetzt, es gibt viele offene Stellen. Die Stellen können nicht besetzt werden, weil die Arbeit im Justizvollzug in den vergangenen Jahren stets unattraktiver geworden ist: Gewalt und Konflikte unter den Gefängnisinsassen sind an der Tagesordnung, Gewalt gegen die JVA-Mitarbeiter hat zugenommen. Das Klientel ist, u.a. in Folge der Masseneinwanderung, vielfältiger, schwerer beherrschbar und gewalttätiger geworden. Die größeren Gefahren im Justizvollzug spiegeln sich nicht im Gehalt wider.

Die AfD fordert, dass JVA-Bedienstete wählen können, ob sie anstelle der Beihilfe im Krankheitsfall eine optionale freie Heilfürsorge beanspruchen. Zudem fordert die AfD, dass die sogenannte Gitterzulage wieder auf das Ruhegehalt angerechnet wird.

In Nachbarbundesländern wie Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ist die Gitterzulage ruhegehaltsfähig. Um Bewerber und aktive JVA-Bedienstete nicht an andere Bundesländer zu verlieren, werden die Konditionen angeglichen.

JVA-Bedienstete brauchen eine persönliche Schutzausrüstung

Für das Personal des Justizvollzugs mangelt es an geeigneter Schutzkleidung wie z. B. stichfesten Schutzwesten. Die Schutzkleidung ist wichtig, damit JVA-Bedienstete bei kritischen Lagen eingreifen können. Schutzkleidung ist zu oft entweder zu groß oder zu klein, da keine persönliche Schutzkleidung existiert.

Die AfD fordert, jeden JVA-Bediensteten, der mit Gefangenen in Kontakt kommt, mit persönlicher Schutzausrüstung auszustatten.

Gegenwärtig kostet es zu viel Zeit, in lebensbedrohlichen Situationen die passende Schutzkleidung herauszusuchen. Das ist nicht hinnehmbar!

Opfer statt Täter schützen

Das kriminalistische Lagebild in Deutschland hat sich in den letzten zehn Jahren drastisch gewandelt. Mit ihm auch die Rechtsprechung, die Situation in den Justizvollzugsanstalten und vor allem auch die Situation auf der Geschädigten-, der Opferseite. Eine Zunahme an Rohheitsdelikten und Sexualstraftaten hinterlässt eine andere Opferstruktur als sie in einer Gesellschaft vorzufinden ist, die von Eigentums- und Betrugsdelikten geprägt ist. Die Opfer sind psychisch stärker belastet, bei schwersten Delikten sind ganze Familien- oder Gesellschaftsstrukturen betroffen. Opfer fühlen sich oft allein gelassen, während die Täter zu oft mit Strafen oder gerichtlichen Entscheidungen bedacht werden, welche die Opferseite ratlos und am Rechtsstaat zweifelnd zurücklässt.

Die AfD setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, dass der Opferschutz wieder vor den Täterschutz gestellt wird. Wir fordern eine bessere Betreuung und Versorgung von Opfern und Angehörigen und einen konsequenteren Umgang mit Straftätern. Insbesondere



bei ausländischen Straftätern sind bürokratische Hindernisse, die eine dem Gerechtigkeitsempfinden entsprechende Behandlung erschweren oder unmöglich machen, konsequent abzubauen. Konkret bedeutet das: Ausweisungs- und Abschiebevoraussetzungen für verurteilte ausländische Straftäter sind drastisch herabzusetzen, Einbürgerungen nachweislich Krimineller sind zu verhindern. Die Sicherheit unserer Bürger und die Wahrung der Rechtsordnung, insbesondere im öffentlichen Raum, muss höchste Priorität genießen. Der Justiz müssen Instrumente an die Hand gegeben werden, die für potenzielle Kriminelle und mögliche Wiederholungstäter gleichermaßen wieder eine abschreckende Wirkung entfalten.

Eine starke Justiz, die sich durch Abschreckung wieder auf den Opferschutz konzentriert, indem Täter schlichtweg vom Begehen von Straftaten abgehalten werden, trägt einen erheblichen Anteil zur Stärkung des Sicherheitsgefühls im öffentlichen Raum und zur Reduktion der Opferzahlen bei. Konsequente Abschiebungen bei Straffälligkeit sowie die Untersagung einer Einbürgerung straffällig gewordener Ausländer erhöht die Abschreckungswirkung und reduziert die Gefahr einer wiederholten Begehung von Straftaten.

Geltendes Waffenrecht beibehalten

Immer wieder werden Rufe nach einer Verschärfung des Waffenrechts laut. Vor allem nach schwersten Straftaten fühlen sich politische Kräfte berufen, eine Verschärfung des

Waffenrechts zu fordern. Dabei ist das Waffenrecht bereits sehr restriktiv ausgelegt. Eine Verschärfung würde unweigerlich auch jene betreffen, die beruflich auf ihre Waffen angewiesen sind, allen voran unsere Jäger. Völlig außer Acht gelassen wird seitens der Fordernden, dass in der Regel nicht die bereits registrierten Waffen der Waffenbesitzkarteninhaber eine Gefahr für Dritte darstellen, sondern jene, die von den Tätern illegal erworben worden sind. Diesen Waffen würde man aber mit einer Verschärfung des Waffenrechts ohnehin nicht beikommen.

Die AfD setzt sich daher für eine Beibehaltung der bestehenden waffenrechtlichen Regelungen ein. Sofern die Bedrohungslage durch illegale, nicht registrierte Schusswaffen bekämpft werden soll, sehen wir den richtigen Hebel in der Verschärfung der Strafgesetze in Bezug auf den illegalen Besitz einer Schusswaffe oder eben der Verwendung einer Schusswaffe bei der Begehung einer Straftat. Bei der (statistischen) Erfassung von Delikten mit Schusswaffen soll differenziert werden, ob die Waffe legal oder illegal besessen wurde.

Unsere Forderung nach einer Beibehaltung des aktuellen Waffenrechts schützt all jene, die ihre Waffen legal erworben haben und besitzen. Sie schafft auch Rechtssicherheit für jene, die auf den Besitz oder gar Gebrauch von Schusswaffen im Zusammenhang mit ihrer beruflichen Tätigkeit angewiesen sind. Hinsichtlich des kleinen Waffenscheins bleibt auch der Zugang zu Waffen zu Selbstverteidigungszwecken erhalten.

7. ASYL UND ZUWANDERUNG



WIR REGELN DAS

AfD

Leitbild: Chancen und Probleme ehrlich benennen und lösen

Zuwanderung kann eine Gesellschaft bereichern, wenn sie zum Nutzen der heimischen Bevölkerung stattfindet, regelbasiert und kontrolliert erfolgt und die Aufnahmegerellschaft nicht überfordert.

Heute leben in Rheinland-Pfalz viele gut integrierte Menschen mit Migrationsgeschichte, die einen wertvollen Beitrag zu unserer Wirtschaft und Gesellschaft leisten und im besten Wortsinn Patrioten sind. Als AfD vertreten wir auch die Interessen dieser Menschen, indem wir dafür kämpfen, dass Rheinland-Pfalz ein sicheres, lebenswertes und wohlhabendes Land bleibt bzw. wieder wird.

Leider hat die unkontrollierte Asylzuwanderung seit 2015 unser Zusammenleben stark negativ verändert: Wir erleben u.a. eine zunehmende Bedrohung der allgemeinen Sicherheit durch illegale Migranten, einen steilen Sinkflug beim Bildungsniveau und eine explodierende Ausgabenlast für die öffentlichen Haushalte.

Als AfD begegnen wir diesen Herausforderungen mit klarer Kante und pragmatischen Lösungsansätzen für Rheinland-Pfalz, die allen Bürgern und legal Zugewanderten zugutekommen.

Leitbild: Integration oder Remigration

Remigration bedeutet für die AfD, dass eingewanderte Ausländer ohne Bleiberecht Deutschland wieder verlassen müssen, wenn sie kriminell geworden, extremistisch oder gefährlich sind, auf Sozialleistungen angewiesen sind oder der Fluchtgrund entfallen ist. Dies gilt besonders für die Gruppe der Syrer nach dem Ende des dortigen Bürgerkriegs. Remigration umfasst dabei Maßnahmen wie Abschiebungen und Programme zur freiwilligen Rückkehr. Vormali-

ge Ausländer, die einen deutschen Pass erhalten haben, sind deutsche Staatsbürger. Deutsche Staatsbürger sind von Remigrationsmaßnahmen ausgeschlossen, da sie keine Ausländer sind.



Der deutsche Pass darf künftig nur an jene Ausländer vergeben werden, die sich kulturell integriert haben, die deutsche Sprache beherrschen, ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familie ohne Sozialleistungen bestreiten können und keine Straftaten begangen haben.

Gerade weil die AfD jede staatliche Remigration von deutschen Staatsbürgern ablehnt, darf der deutsche Pass nicht zur Ramschware verkommen, sondern muss sich von den Ausländern, die eingebürgert werden wollen, verdient werden. Der deutsche Pass krönt die Integrationsleistung.

Bewährte Grenzkontrollen fortführen und auf Flughäfen erweitern

Die eingeführten Grenzkontrollen haben sich im Kampf gegen Schleuserkriminalität und illegale Einwanderung bewährt. Hunderte Festnahmen und Zurückweisungen im Jahr 2025 sind ein großer Erfolg. Allerdings stellen Flughäfen immer noch ein Schlupfloch zur illegalen Einreise dar, weil Asylbewerber innerhalb des Schengenraums ungehindert mit dem Flugzeug nach Deutschland einreisen können.

Im Interesse unserer nationalen Sicherheit und einer dringend gebotenen Migrationswende müssen die gezielten Grenzkontrollen aufrechterhalten und fortgesetzt werden. Außerdem fordert die AfD, dass illegalen Einreisen über Flughäfen verhindert werden.

Ausweisung von Gefährdern und Straftätern sicherstellen

Die Zahl der Straftaten, die durch Ausländer und Asylzuwanderer begangen werden, hat neue Rekordstände erreicht. Vielfach sind die Täter polizeibekannt und bereits vorbestraft. Unter Strafgefangenen liegt der Ausländeranteil inzwischen bei 37 Prozent. Trotz der immensen Gefahren und Kosten, die von gefährlichen Ausländern auf unsere Gesellschaft ausgehen, kommt es in den seltenssten Fällen zu einer Abschiebung.

Die AfD wird sämtliche rechtliche Möglichkeiten ausschöpfen, straffällige oder gefährliche Asylzuwanderer und Ausländer auszuweisen, insbesondere Gewalttäter, Islamisten und Antisemiten. Eine AfD-Landesregierung wird auch die Kommunen dabei unterstützen, Gefährder und Straftäter abzuschieben.

Die Sicherheit in Deutschland muss wieder verbessert werden. Die Abschiebung gefährlicher Ausländer und Asylzuwanderer muss dabei oberste Priorität haben.

Abschiebeoffensive gegen illegale Zuwanderer starten

In Rheinland-Pfalz leben mehr als 8.200 ausreisepflichtige Ausländer ohne regulären Aufenthaltstitel. Obwohl ihr Aufenthalt illegal ist, erhalten diese Personen staatliche Zuwendungen und vollen Zugang zu Sozialleistungen.

Die AfD wird diesen Zustand beenden und eine Abschiebeoffensive starten. Dazu wird das Rückführungsverfahren zentral auf Landesebene gebündelt und entbürokratisiert. Zudem wird die Zahl der Abschiebehaftplätze in Rheinland-Pfalz erhöht, damit Personen, die das Land verlassen müssen, nicht untertauchen. Freiwillige Ausreisen werden gefördert. Der in Rheinland-Pfalz liegende Flughafen Hahn soll als zentraler Abschiebeflughafen mit einem angeschlossenen Landesrückführungszentrum genutzt werden.

Illegale Einreise und illegaler Aufenthalt kommen die deutsche Gesellschaft teuer zu stehen. Infolge der hohen Migrationskosten steigen Steuern und Abgaben. Mieten steigen wegen der zuwanderungsbedingten Wohnungsknappheit. Mädchen und Frauen werden Opfer von Sexualverbrechen, auch die übrige Gewaltkriminalität ist infolge der Asylzuwanderung gestiegen. Diese Probleme werden durch die AfD-Abschiebeoffensive konsequent angegangen. Ein direkt am Abschiebeflughafen angeschlossenes Landesrückführungszentrum ermöglicht effiziente und kurzfristige Abschiebungen.

Härtefallkommission abschaffen, Kirchenasyl eindämmen

Die sogenannte Härtefallkommission ist ein fakultatives Gremium in Rheinland-Pfalz, das dem regulären Asylverfahren nachgeordnet ist. Sie kann eine negative Asylentscheidung des BAMF oder eines Gerichts aufheben, selbst dann, wenn diese bereits



rechtskräftig ist. Die Härtefallkommission ist derzeit mehrheitlich mit Vertretern der Asyllobby besetzt.

Die AfD wird die Härtefallkommission ersatzlos abschaffen. Ebenso werden wir rechtmäßige Abschiebungen aus dem Kirchenasyl heraus durchsetzen.

Rechtsstaatliche Asylentscheidungen dürfen weder durch Sondergremien des Landes noch durch Kirchen, die unter dem Einfluss der Asyllobby stehen, unterwandert werden.

Ermessensduldungen aussetzen

Die Erteilung sogenannter Duldungen für abgelehnte Asylbewerber liegt teilweise im Ermessen der Ausländerbehörden.

Die AfD lehnt solche Ermessensduldungen grundsätzlich ab. Ohne zwingende Gründe sollte keine Duldung erteilt werden. Hier braucht es Rechtssicherheit für die Ausländerbehörden. Die Verwaltungsvorschrift zur Ermessensduldung wird entsprechend geändert. Es darf kein Aufenthaltsrecht durch

die Hintertür geben. Abgelehnte Asylbewerber sind nicht zu dulden, sondern konsequent abzuschieben.

Alle freiwilligen Aufnahme- und Asylprogramme sofort beenden

Seit 2010 hat sich die Zahl der in Rheinland-Pfalz lebenden Asylzuwanderer und Flüchtlinge von damals 20.000 auf heute mehr als 146.000 versiebenfacht. Die Folgen sind extrem hohe Kosten für Bund, Land und Kommunen, was steigende Steuern und Sozialabgaben nach sich zieht. Die Kriminalität durch Zuwanderer ist sprunghaft gestiegen, die öffentliche Sicherheit droht zu kollabieren. Das Bildungsniveau an Schulen sinkt und bezahlbarer Wohnraum für Deutsche wird knapp.

Die AfD wird alle Aufnahme-, „Spurwechsel-“ und Integrationsprogramme sofort beenden. Eine Ausnahme davon bildet das Programm zur freiwilligen Ausreise. Damit entlasten wir die Sozial- und Bildungssysteme, die öffentlichen Haushalte und den Wohnungsmarkt sowie unsere Kommunen

und Bürger nachhaltig. Die Aufnahmefähigkeit unserer Gesellschaft ist längst überschritten.

Frühzeitige und zwangsweise Verteilung auf Kommunen stoppen

Abgelehnte Asylbewerber werden nach ihrem AfA-Aufenthalt auf die Kommunen umgesiedelt. Die gesetzliche Höchstverweildauer in AfAs beträgt 24 Monate. Tatsächlich erfolgt die Verteilung auf die Kommunen aber in der Regel wesentlich früher, wodurch Städte und Gemeinden die Probleme verfrüht übernehmen und in finanzielle Vorleistung treten müssen.

Die AfD wird abgelehnte Asylbewerber erst nach 24 Monaten auf Kommunen verteilen, wenn sie bis dahin nicht abgeschoben wurden. Kommunen, die eine begründete Überlastungsanzeige stellen, dürfen nicht gezwungen werden, zusätzliche Asylbewerber aufzunehmen zu müssen. Viele Städte und Kommunen sind mit der Aufnahme und Versorgung der zahlreichen Asylbewerber überfordert. Der Migrationsdruck muss verringert werden, damit Kommunen wieder ihre Kernaufgaben für die eigenen Bürger erfüllen können.

Kommunen sämtliche Asylkosten erstatten. Die Kosten für die die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern sind aus dem Ruder gelaufen. Allein im Landshaushalt betrugen die unmittelbaren Ausgaben im Jahr 2022 mehr als 380 Mio. Euro. Für Straßenbau standen im selben Jahr nur 168 Mio. Euro zur Verfügung, zur Investitionsförderung für Schulgebäude nur 69 Mio. Euro.

Die AfD wird alle kommunalen Asylkosten erstmals statistisch erfassen. Dazu zählen neben den kommunalen Leistungen für (abgelehnte) Asylbewerber auch Verwaltungs- und Investitionskosten, die mit der Asylaufnahme zusammenhängen. Die kommunalen Asylkosten müssen vom Land vollständig erstattet werden.

Die Bürger haben ein Recht darauf, endlich zu erfahren, wie viel die ungeregelte Asylzuwanderung kostet. Insbesondere die kommunalen Aufwendungen werden bislang nicht separat erfasst, sind also in Summe unbekannt. Transparenz ist geboten. Kommunen können ihre Grundsteuern und die Gewerbesteuer wieder senken, wenn das Land endlich eine Asyl-Vollkostenerstattung vornimmt.

Sachleistungen statt Geld

Durch das Asylbewerberleistungsgesetz erhalten Asylbewerber, wenn sie in einer AfA leben, großzügige Geldleistungen durch den Staat. Rechtlich ist es nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zulässig, die persönlichen Bedarfe durch Sachleistungen zu decken.

Die AfD fordert, Asylbewerber in den Erstaufnahmeeinrichtungen grundsätzlich nur Sachleistungen nach dem Prinzip „Bett, Brot, Seife“ zu stellen – nämlich Nahrung, Kleidung und Hygienemittel. Sogenannte Bezahlkarten sind auf 50 Euro im Monat zu deckeln, Überweisungsmissbrauch ist vorzubeugen. Die bereits geltende Rechtslage (§ 5 Asylbewerberleistungsgesetz), wonach Asylbewerber zu gemeinnütziger Arbeit herangezogen werden können, wird mit der AfD endlich umgesetzt.

Es darf sich finanziell nicht mehr lohnen, illegal nach Deutschland einzuwandern. Werden Sachleistungen statt Geld zur Verfügung gestellt, sinkt der Migrationsanreiz. Wer tatsächlich Schutz im Sinne des grundgesetzlichen Asylgedankens sucht, benötigt keine Geldgeschenke.

Integration konsequent einfordern

Integration und Spracherwerb sind in erster Linie Bringschulden von Zuwanderern gegenüber ihrer Aufnahmegergesellschaft. Sie müssen aber auch aktiv eingefordert und

sichergestellt werden. Entsprechend wollen wir als AfD, dass Integrationskurse und -tests mehr Verbindlichkeit erhalten und Konsequenzen auf den Sozialleistungsbezug und das Bleiberecht haben. Weitergehende Integrationsmaßnahmen sind nur dann sinnvoll, wenn eine längerfristige Bleibe perspektive besteht.

Einbürgerung streng kontrollieren

Der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft kann am Ende eines erfolgreich abgeschlossenen Integrationsprozesses stehen, der in aller Regel mindestens zehn Jahre in Anspruch nimmt. Da mit der deutschen Staatsbürgerschaft alle Rechte und Pflichten des Staatsbürgers einhergehen, muss sie an hohe Voraussetzungen geknüpft werden.

Neben einer ausreichend langen Wartezeit sind sprachlich-kulturelle Integration, eigenständige Lebensführung ohne Sozialleistungsbezug und Vorstrafenfreiheit obligatorisch. Der deutsche Pass darf nicht zur Ramschware verkommen, die ohne nennenswerte Integration, Sprach- und Bildungserwerb sowie Arbeit vergeben wird.



Qualifizierte Fachkräfteeinwanderung regelbasiert gestalten

Regelbasierte Fachkräfteeinwanderung ist streng von unkontrollierter Asylmigration zu unterscheiden. Während wir als AfD jede Form der illegalen Migration ablehnen, begrüßen wir qualifizierte Arbeitszuwanderung im Rahmen vorhandener Bedarfe, so-

fern diese Lücke nicht durch einheimische Arbeitskräfte geschlossen werden kann. Die rheinland-pfälzische Fachkräftestrategie zur „Erschließung des internationalen Nachwuchs- und Fachkräftepotentials“ hat sich als praxisfern, konzept- und fruchtlos erwiesen. Qualifizierte Fachkräftezuwanderung kann nur gelingen, wenn Rheinland-Pfalz wieder attraktiver für internationale Spitzearbeitskräfte und deren Familien wird; durch weniger Abgabenbelastung, ein besseres Bildungssystem und mehr öffentliche Sicherheit.

Unterstützen wollen wir diesen Prozess durch unbürokratische Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, wobei die Standards nicht geringer als bei deutschen Abschlüssen sein dürfen, um das hohe Qualifikationsniveau in unserem Land zu erhalten.

Rückkehranreize für ausgewanderte Deutsche schaffen

Im Jahr 2023 sind rund 300.000 Deutsche ausgewandert. Häufigste Zielländer sind die Schweiz, Österreich und die USA. Damit verliert Deutschland jedes Jahr qualifizierte Arbeitskräfte, Steuerzahler und Leistungsträger unserer Gesellschaft.

Die AfD will Rückkehranreize für qualifizierte Deutsche schaffen, die bereits ausgewandert sind, und Bleibeanreize für all jene, die ans Auswandern denken. Wie auch für ausländische Fachkräfte wird ein Unterstützungsangebot eingerichtet, um die Rückkehr in die deutsche Heimat zu erleichtern.

Alle Bürger profitieren davon, wenn die Rückkehr nach und der Verbleib in Deutschland attraktiver werden. Das Programm der AfD schafft diese Anreize, indem das Leben in Rheinland-Pfalz signifikant verbessert wird: Mehr Netto vom Brutto, weniger Bürokratie, bessere Bildung für die Kinder, mehr Sicherheit!



8. WIRTSCHAFT

WIR REGELN DAS

AfD

Leitbild: Soziale Marktwirtschaft schafft Wohlstand

Die soziale Marktwirtschaft hat in Westdeutschland zum Wirtschaftswunder geführt. Die soziale Marktwirtschaft steht für freie Entfaltung des einzelnen Menschen, für sozial verantwortungsvolle Unternehmen und für einen Staat, der Mensch und Wirtschaft arbeiten und gedeihen lässt. Diese Zeiten sind vorbei. Inzwischen ist der Staat übergriffig. Dirigistisch glauben Bundes- und Landespolitiker mit überbordender Bürokratie und Förderprogrammen, private Unternehmen und Arbeitnehmer lenken zu können. Steigende Steuern und Sozialabgaben und niedriges Wirtschaftswachstum sind nur zwei von unzähligen negativen Folgen.

Die AfD bekennt sich zur sozialen Marktwirtschaft. Die Politik der AfD ist daher ganzheitlich darauf ausgerichtet, die Prinzipien einer freien Wirtschaftsordnung wiederherzustellen. Wohlstand wächst dort, wo die Wirtschaft wächst, nicht wo der Staat wächst. Javier Milei hat es in Argentinien vorgemacht: Wenn Bürger und Betriebe von kleinteiliger Regulierung befreit werden, bringt dies Wohlstand für alle.

Leitbild: Das Handwerk stärken – Rückgrat unserer Heimat stärken

Das Handwerk ist das Fundament unserer Wirtschaft, unserer regionalen Identität und unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Während Globalisierung, Bürokratie und Fachkräftemangel viele Betriebe bedrohen, steht die AfD fest an der Seite der Handwerker in Rheinland-Pfalz.

Die AfD will, dass Leistung, Können und Tradition wieder zählen, nicht Ideologie und Regulierungswut aus Brüssel oder Berlin.

Das Handwerk ist ein verlässlicher Partner für die Berufsausbildung und bietet sichere Arbeitsplätze in allen Regionen einschließlich

strukturschwacher Gebiete. Dadurch trägt das Handwerk besonders zur Wertschöpfung und zum Erhalt des Lebensstandards in unserer Heimat bei.

Handwerksausbildung vom Lehrling bis zum Meister stärken

Eine abgeschlossene Handwerksausbildung ist ein wichtiger Karriereschritt. Auszubildende werden Gesellen, Gesellen können Meister werden. Doch anders als die akademische Ausbildung ist die Ausbildung zum Handwerksmeister mit Gebühren belastet.

Die AfD fordert, dass die Gebühren zur Meisterprüfung im Falle ihres Bestehens erlassen werden. Zusätzlich wird der Aufstiegsbonus I bei bestandener Meisterprüfung von 2.000 auf 3.000 Euro erhöht. Für Auszubildende im Handwerk werden die staatlich geförderten Studentenwohnheime gleichermaßen zugänglich gemacht. Für Auszubildende im ländlichen Raum wird die AfD Wohnzuschüsse



se und Fahrkostenerstattungen einführen. Um Jugendliche mit Handwerksberufen vertraut zu machen, wird unter anderem die Berufsorientierung an Schulen intensiviert.

Das Handwerk bietet den sprichwörtlichen goldenen Boden sowohl für den im Handwerk arbeitenden Bürger als auch für die gesamte Gesellschaft. Die regionale Wertschöpfung ist im Handwerk besonders tief, so dass das ländlich geprägte Rheinland-Pfalz von der Förderung des Handwerks profitiert.

Keine Absenkung der Standards: Meistertitel erhalten

Der Meisterbrief ist hochanerkannt. Die anspruchsvolle Meisterausbildung und -prüfung sichert die Qualität und das Ansehen des Handwerks.

Die AfD stellt sicher, dass der Meisterbrief nicht entwertet wird. Der Meistertitel darf weder verramscht noch verkürzten vermeintlichen Ersatzqualifikationen gleichgestellt werden.

Kunden werden sich auch in Zukunft auf das Qualitätsmerkmal Meisterbetrieb verlassen können.

Digitale Plattform „Handwerk Rheinland-Pfalz“ einrichten

Handwerksbetriebe sind, wie alle Branchen der freien Wirtschaft, durch Bürokratie stark belastet. Verschiedene staatliche und kommunale Stellen verlangen Genehmigungen, Ausbildungsnachweise, Meldungen und (Förder-)Anträge. Eine einheitliche Plattform gibt es nicht, auf der die Unterlagen nur einmal eingestellt werden müssen.

Die AfD fordert, für das rheinland-pfälzische Handwerk eine digitale Plattform „Handwerk Rheinland-Pfalz“ einzurichten, in der sämtliche Dokumente, Nachweise und Anträge einmal von dem Betrieb eingestellt werden

können und durch den Betrieb mit einem Klick an die staatlichen und kommunalen Stellen in Rheinland-Pfalz versendet werden können, die das Dokument angefordert haben oder bearbeiten sollen. Die Datenschutzgrundverordnung wird dabei durch Staat und Kommunen sowie den Plattformbetreiber selbst eingehalten.

Sind Unterlagen nur einmal einzustellen und ggf. lediglich zu aktualisieren, erspart dies den Handwerksbetrieben Bürokratie, Zeit und Kosten. Die Handwerker und ihre Mitarbeiter können ihrer Arbeit nachgehen statt Akten zu bearbeiten.

Handwerk als Kulturgut schützen

Handwerk ist gelebte Heimat, von der Bäckerei im Dorf bis zum Winzer im Weinort. Handwerk ist Kultur und Kunst, wie der Begriff Kunsthandwerk veranschaulicht. Fast alle Handwerksberufe und -techniken haben eine lange Tradition. Jedoch gibt es auch aussterbende Berufe und Techniken im Handwerk. Ihre Erinnerung zu pflegen und das Wissen zu bewahren, hat einen kulturellen Wert.

Die AfD möchte das Handwerk als Kulturgut schützen. Dazu soll ein digitales Archiv zum Handwerks-Erbe eingerichtet werden, in dem die Geschichte des Handwerks, historische Handwerksbetriebe und Ausbildungen vorgestellt und lebendig gehalten werden. Durch landesweite Wochen des Handwerks an Schulen lernen Schüler handwerkliche Techniken und Berufe kennen. Handwerksbetriebe, die traditionelle Techniken und Handwerkskunst pflegen wie Restauratoren, Musikinstrumentenbauer und Steinmetze, sollen unterstützt werden.

Ist das Handwerks-Erbe im Bewusstsein vor allem von jungen Bürgern, trägt dieses Kulturgut zum Interesse und zur Begeisterung am Handwerk bei. Somit führt das Kulturgut Handwerk zu Ausbildungsberufen im Handwerk.

Bürokratie abbauen, unternehmerische Freiheit stärken

Bürokratie und staatliche Vorgaben sind ein großes Problem für Unternehmen jeder Größe. Die direkten Bürokratiekosten der deutschen Unternehmen schätzte das ifo-Institut 2024 auf 65 Mrd. Euro pro Jahr. Die indirekten Kosten, die durch Bürokratie entgangene Wirtschaftsleistung, auf sogar 146 Mrd. Euro. Die enorme Bürokratiebelastung ist ein massiver Wettbewerbsnachteil des Standorts Deutschland.

Die AfD wird die rheinland-pfälzischen Unternehmen von Bürokratie entlasten. Dazu soll ein unabhängiger Normenkontrollrat eingerichtet werden, der bestehende und neue Regelungen überprüft. Für jede neue Regelung werden zwei alte gestrichen, so dass Bürokratie abgebaut wird.

Weniger Bürokratie führt zu mehr unternehmerischer Freiheit. Der Wettbewerb um die besten Produkte und Ideen wird gestärkt. Die Verbraucher profitieren durch eine höhere Auswahl und von niedrigeren Preisen.

Steuern und Abgaben senken und vereinfachen

Rheinland-Pfalz plant 2026 mit Steuereinnahmen in Höhe von 19,8 Mrd. Euro, der Bund mit 384 Mrd. Euro. Hinzukommen kommunale Steuern wie die Grundsteuern und Gewerbesteuer. Die Steuerbelastung ist hoch, der Steuerdschungel kaum zu überblicken. Auch die steigenden Sozialabgaben belasten Arbeitgeber wie Arbeitnehmer immer stärker. Die hohen Steuern und das komplizierte Steuerrecht sind ein massiver Wettbewerbsnachteil des Standorts Deutschland.

Im Bundesrat wird sich die AfD für Steuerreformen einsetzen, z. B. für die Abschaffung der Gewerbesteuer, die durch einen kommunalen Zuschlag auf die Körperschaft- bzw. Einkommensteuer ersetzt werden soll. Insbesondere müssen Abschreibungen verein-

facht werden. Forschung und Entwicklung muss steuerlich gefördert werden.

Nur ein einfaches, verständliches Steuerrecht ist gerecht. Das derzeitige System kennt zwar viele Ausnahmen, die aber regelmäßig nur diejenigen nutzen können, die sich einen guten Steuerberater leisten können. Zudem müssen die insgesamt zu hohen Steuern und Abgaben sinken. Unternehmen können schließlich nur die Mittel, die in ihm verbleiben, zum Forschen und Investieren nutzen.

Stärkung der beruflichen Bildung

Die duale Berufsausbildung in Unternehmen und Berufsschulen ist weltweit anerkannt. Darum suchen Unternehmen händeringend nach Auszubildenden und Ausgebildeten. Dennoch kann nicht mehr jeder Ausbildungsort besetzt werden.

Die AfD wird die berufliche Bildung stärken. Erstens müssen alle Schulabschlüsse zu einer Berufsausbildung befähigen. Insbesondere mathematische Fähigkeiten sowie Textverständnis sind zu fördern. Zweitens werden die Berufsschulen besser ausgestattet; es werden Technische Gymnasien eingerichtet. Drittens sollen alle staatlich geförderten Studentenwohnheime in Rheinland-Pfalz auch Auszubildenden offenstehen, die eine günstige Unterkunft suchen. Viertens sollen Handwerksgesellen auf dem Weg zum Meister gefördert werden.

Die berufliche Ausbildung ist ein Garant für gute, sichere Arbeitsplätze. Ausgebildete Handwerker werden perspektivisch noch höhere Verdienstmöglichkeiten und Karrierewege als Meister haben als bisher.

Förderung von Unternehmensgründungen und der Unternehmensnachfolge

Rheinland-Pfalz ist bei der Zahl der Start-up-Neugründungen pro Einwohner auf Platz 13 von 16 unter den deutschen Bundesländern.

Dies beeinträchtigt die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

Die AfD wird Unternehmensgründungen durch eine deutliche Verbesserung und Ausweitung der Gründerstipendien fördern. Ein Junggründer bzw. Start-Up-Beauftragter, selbst erfolgreicher Unternehmer, wird zielscharf Gründer und Investoren vernetzen, die Gründerlandschaft weiterentwickeln und für den Wirtschaftsstandort bundesweit und international werben. Handwerksmeister, die sich selbstständig machen wollen, sollen spezielle Gründerstipendien erhalten. Zudem soll die Unternehmensnachfolge erleichtert werden. Dazu baut die AfD Bürokratie ab und fordert, dass der Bund steuerliche Regelungen zur Unternehmensnachfolge wirtschaftsfreundlich ausgestaltet.

Neue Unternehmen tragen auch zur Regionalentwicklung bei, indem sie Investitionen anziehen. Dies ist insbesondere in Strukturwandelregionen wichtig, die eine breiter aufgestellte wirtschaftliche Basis benötigen. Etablierte Unternehmen sind oft Bestandteil einer Lieferkette oder für den Endverbraucher wichtig. Wenn wirtschaftlich gesunde Firmen allein aus Altersgründen ihrer Inhaber aus dem Markt ausscheiden, verlieren Zulieferer und Kunden an Wertschöpfung.

Risikokapital für Start-Ups

Start-Ups sind Unternehmen mit hohem Wachstumspotential. Oft fehlt es ihnen an Kapital, um sich erfolgreich am Markt zu etablieren. Derzeit fehlt es in Deutschland – anders als zum Beispiel in den USA – an sogenanntem Risikokapital (engl. venture capital). Die AfD möchte, dass Rheinland-Pfalz – Risikokapital-Fonds für aussichtsreiche Start-Ups besser ausstattet. Die Fonds sollen professionell – also staatsfern – verwaltet werden und frei von ideologischen Vorgaben sein.

Eine finanziell gut ausgestattete Förderlandschaft für Start-Ups führt dazu, dass inno-

vative Unternehmen sich in Rheinland-Pfalz ansiedeln und hierzulande Arbeitsplätze schaffen. Zudem können die Kapitalgewinne des Fonds zum Teil wieder in den Landeshaushalt zurückfließen.

Künstliche Intelligenz als Schlüssel-industrie fördern

Das Potential von Künstlicher Intelligenz (KI) ist enorm. Unternehmen und Verwaltungen werden durch KI-Einsatz produktiver. Neue Firmen und Produkte entstehen. Künstliche Intelligenz ist bereits heute u.a. in Kalifornien und Texas sowie in Teilen Asiens wirtschaftlicher Wachstumstreiber – aber leider noch nicht bei uns.

Die AfD hat das Potential von KI erkannt und will es für Rheinland-Pfalz und Deutschland verfügbar machen. Insbesondere die Rheinland-Pfälzische Technische Universität Kaiserslautern-Landau (RPTU) benötigt ein höheres Budget für KI. Die AfD möchte, dass die Stadt und der Kreis Kaiserslautern das deutsche KI-Zentrum werden. Auch private Projekte wie das Hochleistungsrechenzentrum in Nierstein müssen durch das Land bestmöglich unterstützt werden.

Künstliche Intelligenz ermöglicht Produktivitäts- und Innovationssprünge. Volkswirtschaftlich ist es wichtig, die rasante Entwicklung nicht zu verschlafen, sondern sich – zumindest in Deutschland und Europa – zum Vorreiter für KI zu entwickeln.

Ladenöffnungszeiten ausweiten

In Rheinland-Pfalz sind die Ladenöffnungszeiten viel restriktiver geregelt als in anderen Bundesländern wie Hessen oder Baden-Württemberg. Hierzulande dürfen Verkaufsstellen grundsätzlich nicht an Sonnabenden und zwischen 22 Uhr abends und 6 Uhr morgens geöffnet sein.

Die AfD wird das rheinland-pfälzische Ladenöffnungszeitengesetz reformieren. Die zulässigen Öffnungszeiten werden liberalisiert. Insbesondere wird die AfD es gesetzlich ermöglichen, dass Geschäfte abends bis 24 Uhr offen sein dürfen und dass Tankstellen auch sonntags Dienstleistungen wie die Autowäsche anbieten dürfen. Zudem soll es einfach werden, automatisierte 24 Stunden geöffnete Ladengeschäfte zu betreiben.

Das derzeitige Ladenöffnungszeitengesetz ist für rheinland-pfälzische Betriebe und Verbraucher nachteilig. Insbesondere sollen Arbeitnehmer auch in der Dienstleistungsbranche – wie es in der Industrie üblich ist – die Möglichkeit erhalten, über steuerfreie Nacht- und Sonntagszuschläge ihren Netto- lohn zu steigern.

Mehr verkaufsoffene Sonntage in Rheinland-Pfalz

Rheinland-pfälzische Gemeinden dürfen maximal viermal im Jahr einen verkaufsoffenen Sonntag zulassen. Die Öffnungszeit der Geschäfte darf dabei nicht länger als fünf Stunden betragen. Für die Sonntagsöffnung muss ein Anlass, z. B. ein Markt, eine Ausstellung oder ein anderes relevantes öffentliches Ereignis mit räumlichem Bezug zu den Geschäften vorliegen.



Die AfD wird das rheinland-pfälzische Ladenöffnungszeitengesetz auch bezüglich der Sonntagsöffnung reformieren. Die Zahl der möglichen verkaufsoffenen Sonntage soll auf sechs erhöht werden. Die Geschäfte dürfen bis zu acht Stunden geöffnet sein. Einzige Bedingung soll sein, dass ein zusätzliches Rahmenprogramm stattfindet.

Die AfD erkennt damit an, dass das gemeinsame Einkaufen den Status einer Familien- und Freizeitbeschäftigung erhalten hat. Verkaufsoffene Sonntage mit entsprechendem Rahmenprogramm beleben die Innenstädte und machen sie für Besucher attraktiv.

Keine Belastung der Wirtschaft durch Klimaschutz

Deutschland und Rheinland-Pfalz haben einen minimalen Anteil am weltweiten Ausstoß von CO₂. Ein relevanter Einfluss auf das Klima ist damit nicht verbunden. Hingegen haben sogenannte Klimaschutzmaßnahmen enormen negativen Einfluss auf die Wirtschaft und Menschen in Rheinland-Pfalz.

Klimaschutz darf unsere Wirtschaft nicht belasten. Die AfD wird das Landesklimaschutzgesetz wieder abschaffen. Die AfD setzt sich dafür ein, die CO₂-Steuer und auch das ineffiziente Zertifikatshandelssystem (emission trading system, ETS) wieder abzuschaffen. ETS verhindert keine Emissionen, sondern verlagert diese nur in andere Länder – darunter in Länder mit niedrigen Umweltstandards, so dass der weltweite Gesamtausstoß steigt, während bei uns Arbeitsplätze wegfallen.

Jahrzehntelang bewies die deutsche Umweltpolitik, dass Wohlstand und Umweltschutz gut miteinander zu vereinbaren sind. Erst die ideologische Klimaschutzpolitik verursacht den Widerspruch zwischen Wirtschaft und Umwelt. Die AfD löst diesen Widerspruch auf, um für uns Bürger sowohl Wohlstand als auch eine intakte Umwelt zu erhalten.

Gastgewerbe unterstützen, um das Gaststättensterben zu beenden

Gastgewerbe und Tourismus bilden eine wichtige Stütze der Wirtschaft in Rheinland-Pfalz. Allein das Gastgewerbe schafft Arbeit für mehr als 120.000 Menschen in unserem schönen Bundesland. Darüber hinaus sind Gaststätten, insbesondere im ländlichen Raum, nicht nur für Touristen relevant, sondern bilden auch für die Einheimischen Anker, Dorfmittelpunkt und Kommunikationszentrum ganzer Gemeinschaften. Allerdings hat die Branche in besonderem Maße mit Kostensteigerungen und Bürokratie zu kämpfen und litt zuletzt unter realen Umsatzeinbußen.

Die AfD wird Bürokratie abbauen, sich massiv für ein Ende des Gaststättensterbens einzusetzen und fordert u.a. die sofortige Abschaffung der Schankerlaubnissteuer.

Die rheinland-pfälzische AfD unterstützt mit aller Kraft die Forderung der AfD-Bundestagsfraktion, die Mehrwertsteuer nicht nur auf Speisen, sondern auch auf Getränke auf 7% zu senken.

Darüber hinaus wollen wir mit einer attraktiven Dachmarke, die Alleinstellungsmerkmale wie Weintourismus und geschichtliche Aspekte unseres Landes in den Fokus rückt, für steigende Besucherzahlen sorgen. Diese attraktive Dachmarke werden wir mithilfe einer deutschlandweiten Tourismuskampagne bewerben und somit den Trend des heimischen Tourismus verstärkt nach Rheinland-Pfalz lenken.

Mittelstand fördern

Der Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen und rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im produzierenden Gewerbe, Handwerk und Dienstleistungssektor sind wichtige private Arbeitgeber und Quelle des Wohlstands im Land.

Die AfD wird den Mittelstand fördern. Dazu sind Gesetzesvorhaben, die KMU betreffen, vorab einem Praxis-Check zu unterziehen, um die Auswirkungen auf die freie Wirtschaft zu ermitteln. Die Umsetzung von EU- oder Bundesrecht ist grundsätzlich auf die Mindestvorgaben zu beschränken; eine Verschärfung zulasten von Unternehmen soll nicht stattfinden.

Der Mittelstand muss bei regionalen Förderinstrumenten wie die Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) und „Verbesserung der Agrarstruktur“ besser als bisher einbezogen werden. Dazu sind die Mindestfördersummen bei der GWR zu senken und Handwerksbetriebe bei der Förderung zur Sicherung der Grundversorgung und zur Einrichtung von Basisdienstleistungen zu berücksichtigen.

Öffentliche Ausschreibung vereinfachen

Die öffentliche Hand ist ein wichtiger Auftraggeber für Unternehmen. Jedoch sind die Verfahren für öffentliche Ausschreibungen langwierig und kompliziert geworden. Der Europäische Rechnungshof hatte schon 2023 beklagt, dass das öffentliche Auftragswesen so bürokratisch ist, dass es dem Wettbewerb schadet. In 42 Prozent der Ausschreibungen hat sich nur ein Bieter beworben; im Durchschnitt bewerben sich nur drei Unternehmen auf eine Ausschreibung. Die Folge des fehlenden Wettbewerbs sind überhöhte Preise.

Die AfD fordert von Bund und EU, dass öffentliche Ausschreibungen einfacher und rechtsicherer werden. Zudem müssen sie schneller ablaufen.

Ausschreibungen müssen so einfach werden, dass auch kleine mittelständische Betriebe und lokale Handwerksbetriebe an ihnen teilnehmen können. Mehr Wettbewerb bei den Ausschreibungen senkt die Preise.



9. ENERGIE

WIR REGELN DAS

AfD

Strom günstig und zuverlässig erzeugen: Wiedereinstieg in die Kernenergie

Energie ist in Deutschland hochbesteuert. Die hohen Steuern und die Auswirkungen der grünen Energiewende führen zu den mitunter höchsten Strompreisen der Welt. Hohe Energiepreise sind ein massiver Wettbewerbsnachteil des Standorts Deutschland. Insbesondere die energieintensive Industrie in Rheinland-Pfalz ist auf niedrige Energiepreise angewiesen, um wettbewerbsfähig produzieren zu können.

Die AfD wird sich auf Bundes- und Landesebene für den Wiedereinstieg in die Kernenergie einsetzen. Kernkraft ist günstig, sicher und sauber. Kernkraft wird Teil eines breiten Energiemixes, zu dem auch Windkraft und Photovoltaik gehören – wenn sie sich auf dem freien Energiemarkt behaupten können. Ein breit aufgestellter Strommarkt mit sicherer und sauberer Kernkraft aus Deutschland ist der Schlüssel zu niedrigeren Strompreisen für alle Unternehmen und Verbraucher – nicht nur für diejenigen, die von des Staates Gnade gefördert werden. Dadurch wird Rheinland-Pfalz als Wirtschaftsstandort in puncto Energie wieder international wettbewerbsfähig.

Erneuerbare Energie ohne Subventionen

Da der Ausbau von Erneuerbarer Energie (EE) durch staatliche Privilegierung derzeit am Markt vorbeiläuft, entstehen Probleme wie Instabilität der Netze und hohe Strompreise. Windkraft und Solaranlagen sind wetterabhängig, wodurch sie nicht grundlastfähig sind. Dadurch müssen teure Reservekraftwerke, in der Regel basierend auf Gas als Energieträger, vorgehalten werden. Zudem ist Deutschland bei der Energieversorgung zunehmend abhängig vom Ausland. Dass ein ungehemmter Ausbau von volatilen Energieträgern problematisch für die Versor-

gungs- und die innere Sicherheit ist, zeigte der verheerende Blackout auf der Iberischen Halbinsel im April 2025.

Die AfD fordert, den Ausbau von Erneuerbarer Energie zu bremsen. PV-Anlagen auf Dächern müssen abgeregelt werden können, um die Netzstabilität nicht zu gefährden. Der Strompreis von PV-Anlagen soll nicht mehr über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und die Bundesnetzagentur festgelegt werden, sondern dem Markt unterliegen.

Die Privilegierung der Erneuerbaren Energien kostet die Verbraucher und Steuerzahler Jahr für Jahr Milliarden Euro. So fielen allein für das Jahr 2024 ca. 6 Milliarden Euro für mehrere Zehntausend Netzeingriffe (Redispatch-Maßnahmen) an, um Blackouts in Deutschland und Rheinland-Pfalz zu verhindern. Die durch die Erneuerbaren Energien hervorgerufene Netzinstabilität macht Stromimporte bei Unterproduktion in Höhe von rund 4 Milliarden Euro notwendig. Bei Überproduktion der EE-Anlagen belaufen sich die Exportkosten auf mehrere Hundertmillionen Euro, um die überschüssige Energie ins Ausland abzugeben und damit das Stromnetz wieder zu stabilisieren.

Den EE-Ausbau zu bremsen, spart Geld und ermöglicht es, staatliche Regulierungen abzubauen und Erneuerbare Energien dem freien Markt zuzuführen.

Windräder nicht im Wald bauen

Allein in Rheinland-Pfalz sind bisher für den Bau von 527 Windrädern mindestens 530 Hektar Wald zum Opfer gefallen – das entspricht fast 750 Fußballfeldern (Stand: Ende 2024). Nach dem Willen der Altparteien sollen noch mehr Bäume gefällt werden, um Windkraftanlagen in den Wald zu stellen. Für jedes Windrad muss viel Natur zerstört werden: Die Anfahrtswände sind so breit, dass zwei Schwertransporter nebeneinander vorbeifahren können; dabei wird der Boden so sehr



verdichtet, dass kein Regenwasser mehr versickert. Die Stahlbeton-Fundamente für die Windräder haben das Volumen von vier Einfamilienhäusern und wurden in der Vergangenheit nicht vollständig zurückgebaut. Sie bleiben als Ewigkeitslast im Boden. Dadurch werden die Böden bereits in der Bauphase langfristig verseucht sowie dauerhaft versiegelt.

Außerdem stellen Windräder insbesondere in Waldgebieten eine enorme Gefahr für verschiedene Fledermaus- und Vogelarten dar, die es zu schützen gilt. Jedes Windrad erschlägt mehr als 100 Fledermäuse und Vögel im Jahr.

Die AfD wird es untersagen, dass künftig noch Windräder im Landeswald errichtet werden. Handelt es sich um Körperschafts- oder Privatwald, werden Anreize gesetzt, damit freiwillig auf den Windkraftausbau im Wald verzichtet wird.

Der Wald ist für Tiere und Pflanzen Lebensraum, für uns Menschen ein wertvolles Naherholungsgebiet zum Wandern, Radfahren und Entspannen. Der Wald ist unser ältestes Kulturerbe und die „grüne Lunge“ von Rheinland-Pfalz. Der hohe Wert des Waldes und seine vielfältigen Funktionen müssen erhalten bleiben.

PV-Freiflächenanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen einschränken

Die AfD setzt sich dafür ein, den weiteren Ausbau von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen (FF-PVA) in einem vernünftigen Rahmen zu gestalten. Obwohl Erneuerbare Energien von großer Bedeutung sind, sollte die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen besonders sorgfältig geprüft werden. Aktuell kämpfen FF-PVA oft um die gleiche Fläche, die für die Nahrungsmittelproduktion benötigt wird. Da täglich etwa acht Hektar landwirtschaftlicher Fläche verloren gehen, ist es unerlässlich, dass wir die Qualität unserer Böden und die Versorgung mit regionalen Lebensmitteln sicherstellen. Durch das Stoppen des weiteren Ausbaus von FF-PVA auf diesen Flächen leisten wir einen wertvollen Beitrag zum Schutz der Umwelt und zur Stärkung der heimischen Landwirtschaft – und damit zu dem Wunsch der Verbraucher, frisches und regionales Obst und Gemüse zu genießen.

Vollständigen Rückbau von Windkraftanlagen sicherstellen

Nach ihrer Nutzung müssen Windräder zurückgebaut werden. Dabei sorgen hauptsächlich zwei Dinge für Probleme: Die Entsorgung der Windrad-Flügel sowie der Rückbau des

riesigen Fundaments. Fallen die Betreiber durch Insolvenz aus, und kann auch der Bodeneigentümer nicht zahlen, kommen die Kommunen – somit der Steuerzahler – für die Entsorgungskosten auf.

Die AfD fordert, den vollständigen Rückbau von Windkraftanlagen einschließlich der Fundamente sicherzustellen. Regelmäßige Nachschüsse aus den Gewinnen der Windrad-Betreiber führen dazu, dass Kostensteigerungen beim Rückbau berücksichtigt werden.

Der Steuerzahler darf nicht Ausfallbürge von Windrad-Betreibern sein. Stetig angepasste Sicherheitsleistungen verhindern dies. Aus Umweltschutzgründen ist es besonders wichtig, dass die Flügel fachgerecht entsorgt und die Fundamente vollständig zurückgebaut werden.

gleich besonders teuer. Inzwischen schließen selbst große Industrieunternehmen Werke in Deutschland ausdrücklich aufgrund der nicht mehr wettbewerbsfähigen Energiepreise. Sie verlagern ihre Produktion ins Ausland, wo sie oft ineffizienter und umweltschädlicher produzierende Standorte unterhalten und ausbauen. Auch für uns Bürger ist teure Energie im Alltag – beim Tanken, Heizen, Einkaufen – überall finanziell spürbar. Der CO2-Preis auf Energie wird sich in den kommenden Jahren gemäß des Europäischen Emissionshandelsystems (ETS) weiter erhöhen.

Die AfD fordert, die CO2-Bepreisung bzw. -Besteuerung von Energie vollständig abzuschaffen. Darüber hinaus soll die Stromsteuer für alle Verbraucher auf das europäisch zulässige Minimum reduziert sowie die Energiesteuer abgeschafft werden. Dazu sind entsprechende Initiativen im Bundesrat und gegenüber der EU einzuleiten.

Steuern und Abgaben auf Energie senken

Energie wie Kraftstoffe, Heizstoffe und Strom sind in Deutschland im internationalen Ver-

Nur ohne hohe CO2-Kosten kann Energie wieder so günstig werden, dass Industriebetriebe ihre Produktion in Deutschland fortsetzen. Auch private Verbraucher werden finanziell entlastet.





10. BILDUNG

WIR REGELN DAS

AfD

Differenzierung statt Einheitsschule

Das Ziel linker Bildungspolitik, eine Einheitsschule ohne Differenzierung nach Fähigkeiten und Leistung zu schaffen, wird den Schülern nicht gerecht. Wenn Anforderungen gesenkt werden, sinkt auch die Qualität der Bildung. Längst befähigen Mittlere Reife und Abitur oft nicht mehr zu Ausbildung und Studium.

Die AfD will ein differenziertes, dreigliedriges Schulsystem mit einer neuen technisch-praktisch ausgerichteten Schulform einführen. Das Ziel der AfD ist ein höheres Bildungsniveau, sodass jeder Schüler nach seinem Abschluss befähigt ist, entweder eine berufliche Ausbildung oder ein Studium erfolgreich zu absolvieren – und zwar ohne zusätzliche Hilfe. Insbesondere das Handwerk und technische Berufe benötigen dringend junge Nachwuchskräfte. Nur mit einer guten Schulbildung kann jeder Schüler seine Stärken entfalten und seinen eigenen Weg gehen.

Leistungsorientiertes Bildungswesen

Ein leistungsorientiertes, mehrgliedriges Bildungswesen ist die Grundlage unseres Wohlstands und Teil unserer Kultur. Die einst weltbeste Bildung und Forschung an Hochschulen machte Deutschland zu einer führenden Wissenschafts- und Industriernation.

Die AfD wird die Bildungsstandards an allen Schulförmern wieder auf dieses hohe Niveau anheben. Bildungshunger und Leistungsfreude der Kinder müssen wieder belohnt werden. Schulen werden wieder Wissen vermitteln statt Transgender-Ideologie, Klimahysterie und den Kampf gegen rechts zu propagieren. Die Bildungsstandards für die Mittlere Reife sollen Qualität sichern, nicht den Leistungen nach unten angepasst werden. Zudem wird die AfD eine standardisierte Abschlussprüfung für die Mittlere Reife (Sekundarabschluss I) einführen.

Ein gutes Bildungsniveau ist notwendig, um wirtschaftlich und technisch mit anderen Ländern mitzuhalten. Nur innovative Volkswirtschaften können wohlhabend bleiben oder werden. Die AfD-Bildungspolitik ist eine Investition in die wirtschaftliche Zukunft.

Bildungswende braucht Migrationswende

Unser Bildungssystem ist durch die Masseneinwanderung überfordert. Die Integration vieler Zuwanderer ist gescheitert. Eine echte Bildungswende wird ohne eine Migrationswende nicht gelingen.

Deshalb wird die AfD eine Migrationswende einleiten: Die unkontrollierte Masseneinwanderung wird gestoppt, illegale Zuwanderer werden konsequent abgeschoben.

Nur wenn Klassen wieder kleiner werden und Lehrer entlastet sind, kann das Niveau steigen und Gewalt an Schulen abnehmen.

Deutsch vor Regelunterricht

Immer mehr Kinder werden eingeschult, obwohl sie kaum oder gar kein Deutsch sprechen.

Die AfD richtet ihre Bildungspolitik nicht nur an den zugewanderten Kindern aus, sondern auch an die Schüler, deren Mutter- und Familiensprache Deutsch ist. Die deutschsprachigen Schüler dürfen nicht durch Schüler ohne ausreichende Deutschkenntnisse in ihrem Unterricht beeinträchtigt werden. Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse dürfen erst dann den Regelunterricht besuchen, wenn sie ausreichend die deutsche Sprache beherrschen („Deutsch vor Regelunterricht“). Deutsch vor Regelunterricht sorgt dafür, dass Unterrichtszeit effizient genutzt und Lernerfolg gesichert wird. Alle Schüler mit Deutschkenntnissen können so ungestört lernen.

Schulkindergärten einrichten

Bislang gibt es in Rheinland-Pfalz nur wenige Schulkindergärten. Hingegen gibt es immer mehr Kinder, die trotz fehlender oder geringer Deutschkenntnisse eingeschult werden. In Rheinland-Pfalz sollen mehr Schulkindergärten entstehen. Dort erhalten schulpflichtige, aber noch nicht schulfähige Kinder gezielt Sprachförderung, um vor der Einschulung ausreichende Deutschkenntnisse zu erwerben.

Gute Deutschkenntnisse aller Schüler sind Grundlage dafür, dass Unterricht gelingt und Kinder erfolgreich lernen. Der Spracherwerb ist für einen erfolgreichen Bildungsweg und somit für das Berufsleben wesentlich.

Inklusion mit Augenmaß

Die umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderung im Rahmen ihrer Möglichkeiten ist ein hohes Gut und Ziel. Besonders wichtig ist, dass Kinder mit Behinderung in der Schule gefördert werden und lernen können. Die derzeitige Inklusionspolitik ver-

fehlt dieses Ziel, sie wird den Kindern nicht gerecht. Inklusion um jeden Preis schadet mehr als sie nützt.

Die AfD steht für eine pragmatische und vernünftige Inklusion im Bildungsbereich, die für alle Beteiligten sinnvoll ist. Daher wird die AfD spezialisierte Förderschulen erhalten und stärken. Besuchten behinderte Schüler Regelschulen, soll diesen Regelschulen mehr Flexibilität zugestanden werden. So sollen sie nach persönlichen Stärken und Schwächen in den einen Fächern gemeinsam, in anderen Fächern getrennt unterrichtet werden können. Die Schule vor Ort entscheidet selbst, was im Einzelfall am besten ist.

Inklusion mit Augenmaß berücksichtigt die Perspektiven aller Beteiligten vor Ort. Insbesondere werden die Fähigkeiten der behinderten Kinder einbezogen. Der langjährige Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes Josef Kraus betont: Eine differenzierte und höchstindividuelle Beschulung eines behinderten Kindes in einer spezialisierten Förderschule ist einem inklusiven Ansatz in vielen Fällen überlegen.



Schulen sollen wieder sichere Orte sein

Gewalt, Mobbing und Respektlosigkeit nehmen zu. Allein die registrierten Fälle an Körperverletzung an rheinland-pfälzischen Schulen nahmen von 646 Taten im Jahr 2014 auf 1.000 Taten 2023 zu.

Die AfD fordert eine Null-Toleranz-Politik gegen Gewalt an Schulen. Straftaten sind konsequent zu melden, Lehrer werden rechtlich geschützt, Opferschutz hat Vorrang vor Täterschutz. Lehrer sollen in ihrer Autorität gestärkt werden. Dadurch werden Schulen wieder zu sichereren Orten.

Schulen mit Augenmaß digitalisieren

Die Digitalisierung des Unterrichts darf kein Selbstzweck sein. Vorreiter-Länder wie Schweden, Dänemark oder die Niederlande führen ihre umfassende Digitalisierung mittlerweile zurück, da zu viel Bildschirmnutzung die Konzentration und Lernleistung mindert.

Die AfD fordert, digitale Technik dort einzusetzen, wo sie den Unterricht verbessert. Künstliche Intelligenz kann Lehrer entlasten, darf aber Lehrer nicht ersetzen. Grundschulen bleiben frei von Tablet-Computern. Datenschutz ist Pflicht.

Altersgerechte Sexualerziehung schützt Kinder

Kinder haben Anspruch auf Schutz und altersgerechte Bildung.

Die AfD fordert: Sexualerziehung darf das Kinderwohl nicht gefährden. Eltern müssen über Inhalte informiert und mitbestimmen dürfen. Sexualerziehung darf keine Ideologie vermitteln, daher wird die AfD bestehende Programme auf ihre pädagogische Eignung prüfen.



Altersgerechte Aufklärung vermittelt Wissen und Verantwortung.

Schulgemeinschaften durch Rituale fördern. Schulen sind Orte der Gemeinschaft. Gemeinschaften brauchen Rituale. Schulen sollen eigenverantwortlich wertvolle Rituale ausüben dürfen wie etwa feierliche Schulversammlungen oder das gemeinschaftliche Hissen der Landes- und Bundesflagge. Auch gemeinsames Singen und Musizieren des deutschen Volks- und Kinderliedguts verbindet Schüler über Alters- und Herkunfts-grenzen hinweg.

Durch Rituale werden Schulen Orte einer identitätsstiftenden Gemeinschaft und wirken dadurch integrativ. So werden Werte und Respekt im Schulalltag erlebbar.



11. WISSEN- SCHAFT UND HOCHSCHULEN

WIR REGELN DAS

AfD 

Ausgründungen von Start-Ups fördern

Als Start-Up werden Unternehmensgründungen mit hohem Wachstumspotential bezeichnet. Bereits in unseren Hochschulen müssen Innovationen und Unternehmergeist gefördert werden, das passiert bislang zu wenig. Wissenschaftliches wie wirtschaftliches Potential bleibt so ungenutzt.

Die AfD wird allen rheinland-pfälzischen Hochschulen finanziell ermöglichen, Ausgründungen von Start-Ups in angemessener Weise zu fördern. Dazu wird die nötige Infrastruktur – also Personal und Budgets – bereitgestellt, damit an Hochschulen Produkte und Dienstleistungen entwickelt werden können. Die AfD will an unseren Hochschulen Professuren einrichten, die zielscharf und im Schwerpunkt jenen Studenten helfen, die aus dem Hochschulbetrieb heraus ein Unternehmen gründen oder eine Idee zur Marktreife hin weiterentwickeln wollen. Insbesondere wird die AfD dafür Sorge tragen, dass Entwicklungen von rheinland-pfälzischen Hochschulen nicht entwertet oder durch fremde Dritte verwertet werden. Daher wird auch der Erwerb von gewerblichen Schutzrechten (Patenten) gefördert.

Innovationsfähigkeit, Unternehmensgründungen und wirtschaftlicher Erfolg gehen Hand in Hand. Die zusätzliche Wertschöpfung aus dem innovativen Sektor bringt Bürgern neue Berufschancen, Unternehmen neue Geschäftspartner und dem Staat sowie den beteiligten Hochschulen Einnahmen.

Freiheit der Forschung und Lehre bewahren

Die Freiheit der Forschung und Lehre ist durch die große Abhängigkeit von Drittmitteln gefährdet. Drittmittel sind zum überwiegenden Teil von Bund und EU bereitgestellte Steuergelder; nur ein kleiner Teil kommt aus der freien Wirtschaft. Die meisten Drittmittel

werden durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) vergeben, deren Vergabekriterien oft nicht transparent sind. Meistens handelt es sich um staatlich gelenkte Auftragsforschung.

Die AfD setzt sich für eine höhere Grundfinanzierung der Hochschulen ein, statt dass diese über bürokratische Drittmittel-Programme staatliche Forschungsgelder eintreiben müssen. Das Spektrum an Forschungsgebieten darf nicht durch die Fördermittel-Abhängigkeit und durch Geldgeber eingegrenzt werden. Die AfD setzt sich für Technologieoffenheit in Forschung und Entwicklung ein.

Die höhere Grundfinanzierung und die geringere Abhängigkeit von staatlichen Drittmitteln gibt den Wissenschaftlern wieder Zeit, sich verstärkt um Forschung und Lehre statt um Förderanträge zu kümmern. Die Wissenschaftler erhalten wieder die Freiheit, genau die Forschung zu betreiben, die aus ihrer wissenschaftlichen Sicht sinnvoll ist – und nicht die Forschung betreiben zu müssen, die auf der politischen Agenda von Regierungen steht.

Cancel Culture und Meinungseinschränkungen an Hochschulen entgegentreten

Hochschulen waren über Jahrzehnte Orte des freien Denkens und der offenen Debatte. Die sogenannte Cancel Culture bedroht die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit.

Die AfD stellt sich gegen die Cancel Culture und tritt für die Freiheit der Meinung, Wissenschaft und Forschung ein.

Forscher, Dozenten und studentische Gruppen, die sich außerhalb des Mainstreams bewegen, müssen ohne Druck forschen und diskutieren können. Nur so kann die Wissenschaft blühen.

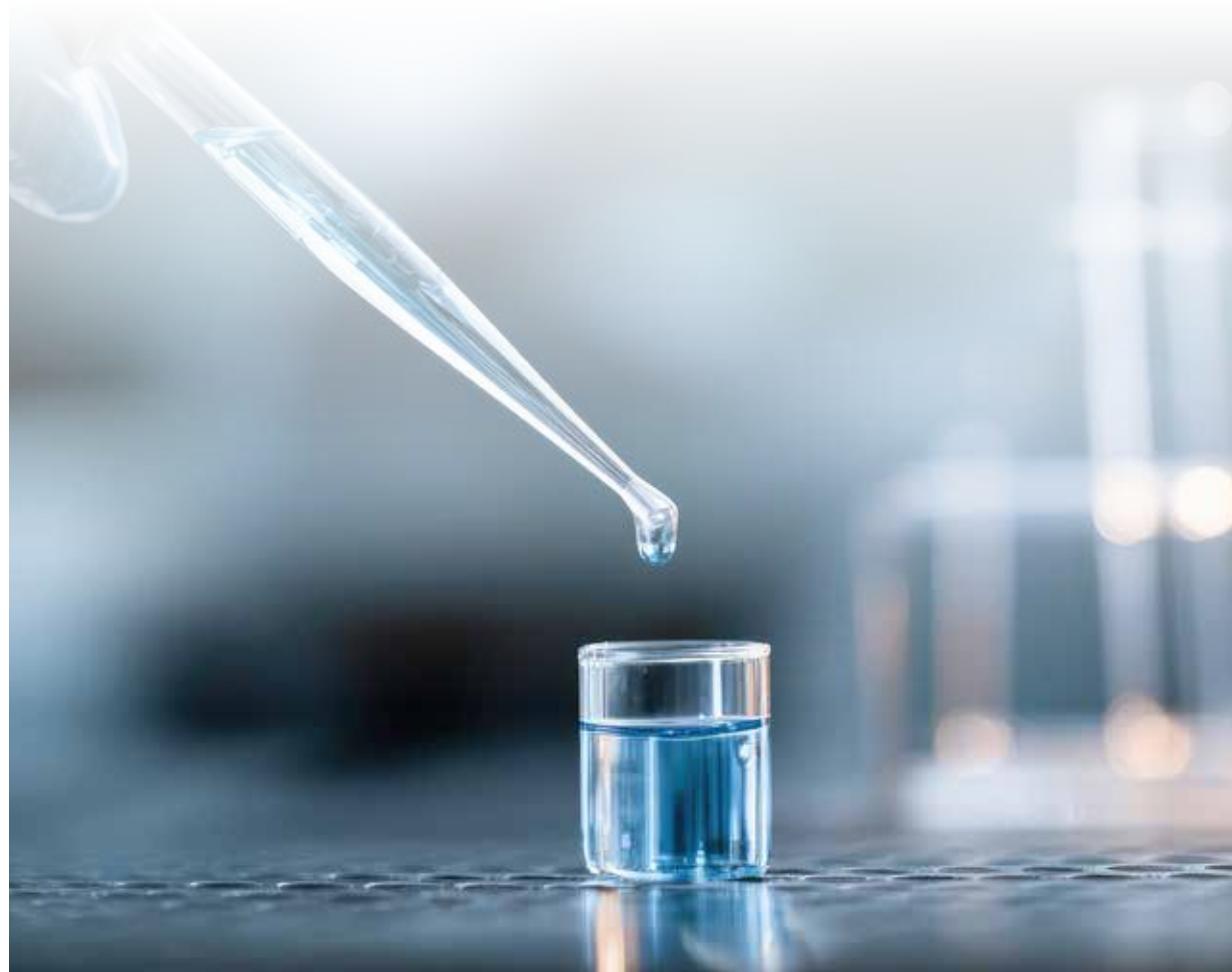
Mehr Medizinstudienplätze bereitstellen

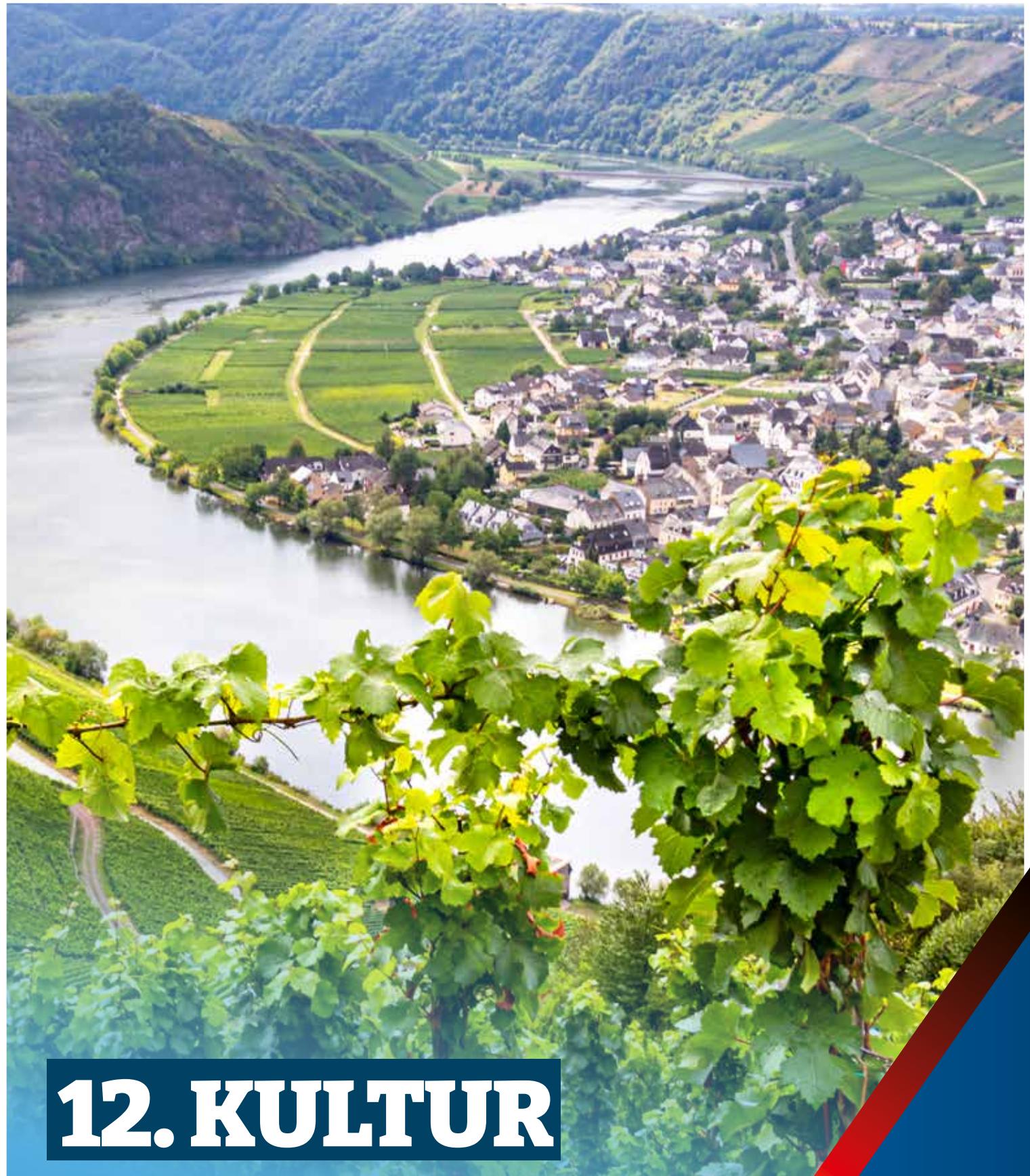
Die Altersstruktur der Ärzteschaft in Rheinland-Pfalz ist besorgniserregend. Unter den niedergelassenen Ärzten sind mehr als 40 Prozent 60 Jahre oder älter. In den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern sind es mehr als 30 Prozent. Die Kassenärztliche Vereinigung schätzt für Rheinland-Pfalz den altersbedingten Nachbesetzungsbedarf von Haus- und Fachärzten auf knapp 3.000 Ärzte – allein im ambulanten Bereich.

Die AfD wird den anwachsenden Ärztemangel durch mehr Medizinstudienplätze an der Universitätsmedizin Mainz samt ihren dezentralen Angeboten in Trier und Koblenz sowie der Gründung einer zweiten medizinischen Fakultät an einer weiteren rheinland-

pfälzischen Universität beseitigen. In den nächsten fünf Jahren soll die Zahl an Medizinstudienplätzen um 250 auf insgesamt 750 erhöht werden. Langfristiges Ziel sind 1000 Medizinstudienplätze. An qualifizierten Bewerbern mangelt es nicht. Allerdings erhielt im Jahre 2024 nur ein Drittel der über 30.000 Bewerber bundesweit einen Medizinstudienplatz. Das muss sich ändern! Rheinland-Pfalz kann hier künftigen Leistungsträgern eine berufliche Perspektive bieten (siehe hierzu auch Kapitel 21 Gesundheit).

Dank der signifikant höheren Anzahl an Absolventen im medizinischen Bereich wird der Ärztemangel abgebaut und schließlich behoben. Alle Rheinland-Pfälzer erhalten dann wieder zeitnah Arzttermine. Arztpraxen sind nicht mehr überfüllt, so dass Ärzten mehr Zeit für den einzelnen Patienten bleibt.





12. KULTUR

WIR REGELN DAS

AfD

Denkmale erhalten, Denkmalförderung stärken

Rheinland-Pfalz ist reich an Kulturdenkmälern, darunter römische Bauten, mittelalterliche Burgen und prachtvolle Kirchen. Auch regionaltypische Gebäude und Baustile wie das Eifeler Langhaus, das Hunsrücker Einhaus sowie Drei- und Vierseithöfe in der Pfalz und Rheinhessen („Hofreiten“) sind Denkmale hohen Ranges. Die oft privaten Eigentümer investieren viel Liebe, Geld und Zeit in die Hege und Pflege.

Die AfD möchte die regionale Kultur und das Ortsbild prägende Gebäude erhalten. Die Förderkulisse zugunsten von Baudenkmälern ist daher bedarfsgerecht anzupassen.

Baudenkmale zu erhalten, erhält die regionale Identität. Schmucke Gebäude beeinflussen die Lebensqualität positiv und erzeugen ein Heimatgefühl. Kulturelle und künstlerische Bildung fördern. Die AfD steht für eine umfassende kulturelle Bildung unserer Schüler. Deshalb lehnt die AfD Kürzungen in der Stundentafel hinsichtlich des schulischen Musik- und Kunstunterrichtes ab. Außerdem werden wir die Förderung der Musikschulen erhöhen.

Unsere Kinder sollen ihre kulturelle Heimat kennenlernen. Dabei darf die finanzielle Situation der Eltern nicht entscheidend dafür sein, dass Kindern Musik- oder Kunstunterricht zuteilt wird.

Kulturgut in Museen und Kirchen schützen und erhalten

Im Oktober 2019 versuchten bislang unbekannte Kriminelle, den berühmten Trierer Goldmünzenschatz zu rauben. Sie gelangten ins Museum und scheiterten erst an der Vitrine aus Panzerglas. Im Gegensatz dazu gelang es einem arabischstämmigen Clan im November 2019, unersetzbliche Schmuckstücke aus dem Historischen Grünen Gewölbe

in Dresden zu rauben. Der Verbleib der mehrerer Beutestücke ist bis heute ungeklärt. Es wird vermutet, dass die Stücke zerstört und in Einzelteilen verkauft wurden.

Die AfD wird dafür sorgen, dass alle historisch wie materiell bedeutenden Museumsstücke in rheinland-pfälzischen Museen vor Raub und Zerstörung geschützt sind. Schutzmaßnahmen müssen den neuen technischen Möglichkeiten entsprechen und sind somit regelmäßig anzupassen.

Das historische Erbe für unsere Nachkommen zu erhalten, ist Ziel der Kulturpolitik der AfD. Die Kunstwerke und Zeugnisse vergangener Zeit sind Teil unserer Identität. Dass sie vor Raub und Zerstörung geschützt und erhalten bleiben bedeutet, dass auch unsere Kinder und Enkel diese einzigartigen Werte in Museen und Kirchen erleben können.

Deutsches Kulturerbe aus Vertreibungsgebieten pflegen – BdV institutionell fördern

Bund und Länder haben sich gesetzlich dazu verpflichtet, das Kulturgut der Vertriebenen aus den früheren deutschen Ostgebieten sowie aus den ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten in Ostmittel- und Osteuropa im Bewusstsein zu erhalten. Diese Verpflichtung hat Rheinland-Pfalz in den letzten Jahrzehnten sträflich vernachlässigt. Die gängige Praxis rheinland-pfälzischer Landesregierungen, die geringen Haushaltssmittel nur auf Antrag bereitzustellen, wird der großen Bedeutung dieses Erbes in keiner Weise gerecht.

Um das zu ändern, wollen wir den rheinland-pfälzischen Landesverband des Bundes der Vertriebenen (BdV) institutionell fördern und mehr Mittel bereitstellen. Um das Kulturerbe an Schulen zu vermitteln, werden Lehrerfortbildungen angeboten über die Geschichte und Kultur der Deutschen aus dem östlichen Europa.

Vor diesem Hintergrund fordern wir eine Landesinitiative im Bundesrat, die darauf hinwirkt, den ursprünglichen Namen des „Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen in Osteuropa“ wiederherzustellen. Die im September 2023 vorgenommene Streichung der Worte „der Deutschen“ ist rückgängig zu machen, um den klaren Bezug des Instituts zu seinem gesetzlichen Auftrag nach § 96 BVFG wiederherzustellen und seine Arbeit wieder eindeutig auf die Kultur und Geschichte der Deutschen in den historischen Siedlungsgebieten Osteuropas auszurichten.

Das deutsche Kulturerbe aus den Vertreibungsgebieten ist Teil unseres gesamtdeutschen Kulturerbes. Eine deutsche Geschichte und Kultur ohne Schlesien und Ostpreußen, ohne Breslau und Königsberg, ohne die schlesischen Nobelpreisträger Paul Ehrlich und Gerhart Hauptmann, ohne den großen Königsberger Philosophen Immanuel Kant ist nicht denkbar. Das soll auch künftigen Generationen vermittelt werden.

Begegnungsstätte für die Russlanddeutschen

Unter „Russlanddeutschen“ werden in der Regel jene Deutschen verstanden, die als (Spät-)Aussiedler aus der Sowjetunion beziehungsweise deren Nachfolgestaaten nach Deutschland gekommen sind. Seit 1992 zogen im Rahmen der Kriegsfolgenschicksale vor allem Menschen aus Kasachstan und Russland sowie der Ukraine zu uns. Im Jahr 2019 lebten in Rheinland-Pfalz 153.000 (Spät-)Aussiedler sowie weitere 80.000 Personen als Nachkommen von (Spät-)Aussiedlern - das sind fast sechs Prozent der Gesamtbevölkerung.

Für die (Spät-)Aussiedler soll eine Begegnungsstätte errichtet werden. Dort ist es ihnen dann möglich, ihr kulturelles Erbe zu pflegen und weiterzuentwickeln. Diese Begegnungsstätte wird darüber hinaus über

die früheren deutschen Siedlungsgebiete informieren.

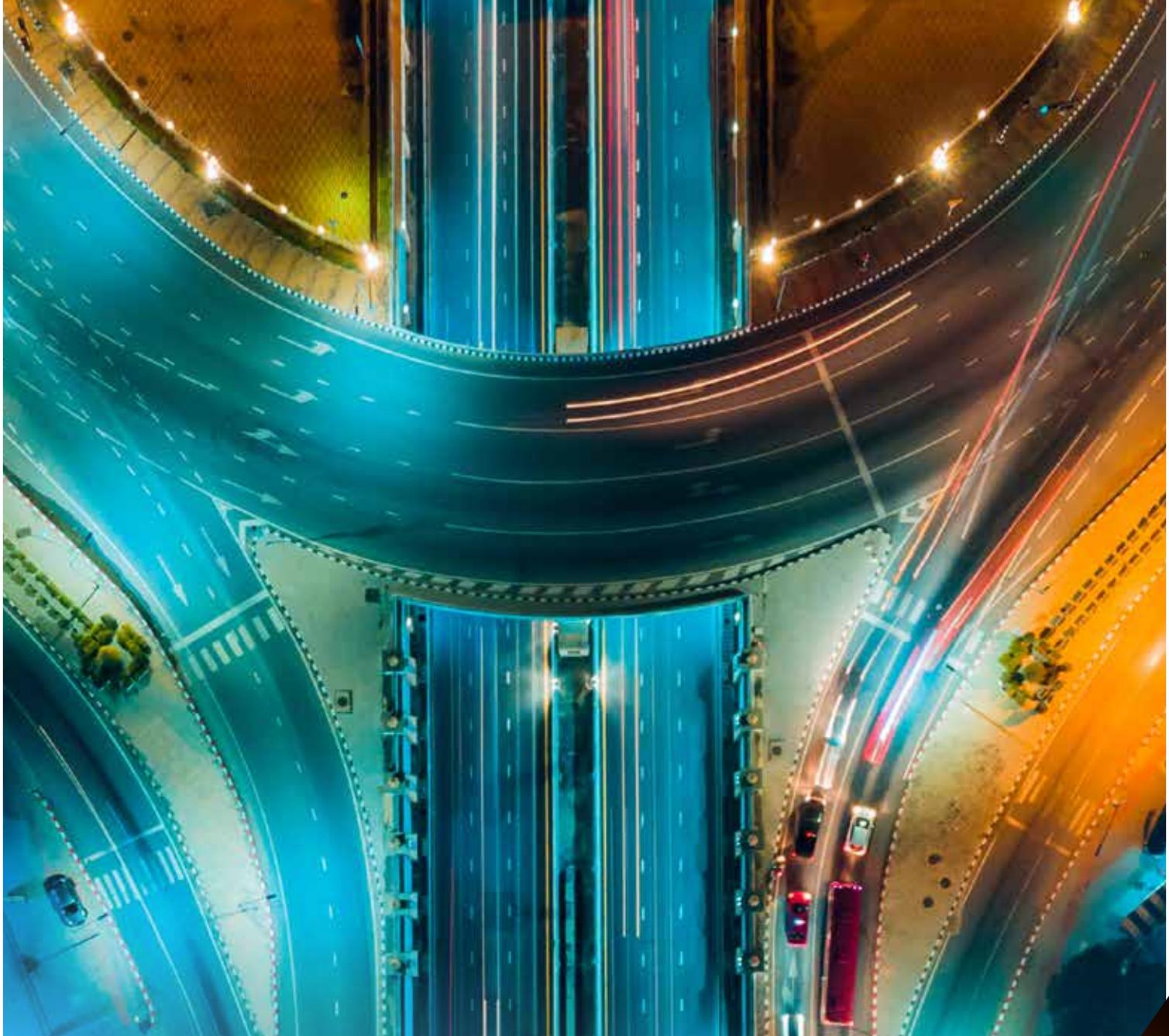
Öffentliche Gebäude mit Schwarz-Rot-Gold beflaggen



Die schwarz-rot-goldene Fahne ist unsere Nationalflagge. Als nationales Symbol steht sie für Einigkeit, Freiheit und das demokratische Selbstverständnis unseres Gemeinwesens.

Die AfD fordert, die rheinland-pfälzische Flaggenverordnung zu ändern, dass öffentliche Gebäude wie Schulen und Ämter dauerhaft ohne besondere Anordnung mit der deutschen Bundesflagge beflaggt werden. Diese kann um die rheinland-pfälzische Landesflagge ergänzt werden. Eine Beflaggung mit der sogenannten Regenbogenfahne und ihren Abwandlungen ist nicht nur abzulehnen, sondern aus Gründen der parteipolitischen und weltanschaulichen Neutralität des Staates zu verbieten.

Die Beflaggung soll ein positives Verhältnis zur deutschen Nation und deren freiheitlich-demokratischer Grundordnung fördern und so dazu beitragen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gestalten.



13. VERKEHR UND INFRASTRUKTUR

WIR REGELN DAS

AfD

Leitbild: Sichere Straßen und funktionstüchtige Infrastruktur wiederherstellen

Intakte Straßen, gute Verkehrsanbindungen und schnelles Internet sind Standortfaktoren. Jahrzehntelang gehörte Deutschland in puncto Infrastruktur zu den weltweit führenden Nationen. Jedoch haben es die Altparteien versäumt, Deutschland und seine Infrastruktur ins digitale Zeitalter zu führen.

Die AfD wird die Infrastruktur sanieren und ausbauen. Daher liegen Schwerpunkte auf Bürokratieabbau bei Infrastrukturprojekten und der Digitalisierung sowie dem Netzausbau für schnellstes Internet.

Straßen und Brücken sanieren

Der Landesbetrieb Mobilität ist für den Betrieb von knapp 17.000 km Straßen und 2.000 km Radwegen zuständig. Vor allem die Straßen sind oft in einem schlechten Zustand und dringend sanierungsbedürftig. Den schlechten Erhaltungszustand der Straßenbrücken hat die AfD-Landtagsfraktion mehrfach abgefragt und im Plenum debattiert.

Die AfD wird das Budget und die Personalausstattung des Landesbetriebs Mobilität drastisch erhöhen, damit mehr Straßen und Brücken saniert und ausgebaut werden können. Straßen und Brücken sind ein wichtiger Teil der staatlichen Infrastruktur und ein Standortfaktor. Schlechte Straßen erhöhen das Unfallrisiko. Zudem verschleißt Fahrzeuge auf Schlaglochpisten schneller als auf guten Fahrbahnen.

Freie Wahl des Verkehrsmittels

Verschiedene Lebenslagen und Wohnorte führen zu verschiedenen Verkehrsmöglichkeiten. Zudem haben Menschen individuelle Bedürfnisse, wie sie sich fortbewegen.

Die AfD möchte, dass Fußgänger, Radfahrer, Nutzer von Bus und Bahn sowie Autofahrer

weiterhin ihr Verkehrsmittel frei wählen können. Ökonomische Belastungen über Steuern und Abgaben zulasten bestimmter Verkehrsmittel, insbesondere des privaten PKW, lehnt die AfD ab. Vielmehr gilt es, durch den Ausbau von Verkehrsnetzen und einer nützlichen Taktung von Bus und Bahn allen Bürgern die Wahlfreiheit des Verkehrsmittels zu geben. Jeder Bürger kann selbst entscheiden, wie er von A nach B kommt.

Bundesverkehrswegeplan umsetzen, Lückenschluss der A 1 vollenden

Im Bundesverkehrswegeplan 2030 sind für Rheinland-Pfalz über 20 Straßenprojekte im vordringlichen Bedarf ausgewiesen. Sie sind entscheidend, um Engpässe zu beseitigen und die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Dazu zählen zum Beispiel der Lückenschluss der A 1 zwischen Adenau und Kelberg in der Eifel, der durchgängig vierstreifige Ausbau der B 10 in der Pfalz, die Untertunnelung der B 9 bei Nierstein in Rheinhessen sowie der Ausbau der A 61 zwischen Sinzig und Mendig im nördlichen Rheinland-Pfalz. Diese Projekte stehen stellvertretend für viele weitere Maßnahmen im Land.

Die AfD fordert, den Bundesverkehrswegeplan in Rheinland-Pfalz vollständig umzusetzen. Nötige gesetzliche und planerische Schritte sind einzuleiten, damit die Projekte zügig ausgeschrieben und verwirklicht werden.

Die Strecken des Bundesverkehrswegeplans sind für die Regionen von strukturpolitischer Bedeutung. So werden Engpässe beseitigt, Ortschaften durch Umgehungsstraßen entlastet und die Verkehrsinfrastruktur in allen Regionen des Landes nachhaltig gestärkt.

Weitere Rheinbrücken errichten

Zwischen Koblenz und Mainz gibt es keine Rheinbrücke. Auch zwischen Mainz und Worms fehlt eine Brücke über den Rhein. Für

die wirtschaftlich starke und hochfrequentierte Metropolregion Rhein-Main reichen eine innerstädtische Brücke und zwei Autobahnbrücken zwischen Mainz und Wiesbaden nicht aus, das Verkehrsaufkommen effizient zu bewältigen – es kommt zu Staus.

Die AfD wird die Mittelrheinbrücke bei St. Goar mit Landesmitteln bauen. Eine weitere Rheinbrücke soll zwischen Mainz und Worms errichtet werden. Die AfD wird prüfen lassen, wo eine zweite innerstädtische Autobrücke zwischen den beiden Landeshauptstädten Mainz und Wiesbaden und wo zwischen Bingen und Rüdesheim eine Brücke gebaut werden kann. Landespersonal unterstützt jeweils die Planung und Umsetzung.

Brücken verbinden und ermöglichen es den Menschen, jederzeit die andere Flussseite zu erreichen. Dank der neuen Brücken entfallen Umwege bzw. Wartezeiten an Fähren. Die neuen Brücken erleichtern wirtschaftliche Aktivitäten auf beiden Rheinseiten.

Radwege ausbauen

Radwege sind Teil der Infrastruktur. Vor allem in Städten dienen sie vielen Berufspendlern als Weg zur Arbeit. Im ländlichen Raum tragen sie zusätzlich zur freizeitlichen und touristischen Nutzung bei.

Die AfD spricht sich dafür aus, das Netz an eigenständigen Radwegen weiter auszubauen. Dies betrifft auch sogenannte Pendlerradrouten, die Städte und Dörfer möglichst durchgehend verbinden. Andere Verkehrsmittel, insbesondere der motorisierte Individualverkehr, dürfen dabei nicht verdrängt werden. Insbesondere dürfen durch den Ausbau von Radwegen keine Parkplätze wegfallen – gerade in Städten ist der Erhalt von Parkraum unverzichtbar. Radfahren ist eine Mobilitätsmöglichkeit unter vielen. Ein gut ausgebautes Radwegenetz macht das Fahrradfahren angenehm und sicher. Davon profitieren Bürger, Pendler und Touristen gleichermaßen. Neue Radwege sollen zudem so

geplant werden, dass sie auch den Anforderungen des zukünftigen autonomen Fahrens gerecht werden. Eine klare Trennung der Verkehrsarten trägt entscheidend zur Sicherheit und Effizienz im Straßenverkehr bei.

Verbrennungsmotoren brauchen eine Zukunft

Das Verbrenner-Verbot führt dazu, dass ab dem Jahr 2035 in der EU keine neuen Autos mit Verbrennungsmotoren zugelassen werden dürfen. Ob Ausnahmen für synthetisch hergestellte Kraftstoffe („E-Fuels“) bestehen, ist bisher unklar.

Die AfD steht zur deutschen Automobilindustrie und zum Verbrennungsmotor. Neue „Verbrenner“ müssen auch in Zukunft erlaubt sein. Die AfD setzt sich dafür ein, dass Motoren und Kraftstoffe technologieoffen weiterentwickelt und uneingeschränkt verkauft werden dürfen. Eine einseitige Abhängigkeit von Rohstoffen wie seltene Erden oder Bau teilen aus China lehnt die AfD ab.

Angesichts der knappen öffentlichen Kassen bevorzugt die AfD den Erhalt und Ausbau des ÖPNV statt des Einsatzes von viel Steuergeld für stark verbilligte Fahrscheine.

Rheinland-Pfalz ist ein wichtiger Automobilstandort; mehrere tausend Beschäftigte arbeiten im Automobilbau. Nur technologieoffene, vom Staat unabhängige Investitions- und Entwicklungentscheidungen der Automobilhersteller können diese Arbeitsplätze sichern.

ÖPNV-Angebot im ländlichen Raum verbessern

Im ländlichen Raum ist der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) häufig unzureichend. Entweder besteht gar keine Busanbindung oder die Taktung ist ungenügend. Die AfD will das ÖPNV-Angebot im ländlichen Raum gezielt verbessern, um Arbeitnehmern und

Familien mit Kindern ein verlässliches und attraktives Mobilitätsangebot bereitzustellen. Dabei wird der ÖPNV bedarfsgerecht ausgebaut; kaum genutzte oder leer fahrende Linien auf Nebenstrecken sollen durch kleinere Fahrzeuge, Rufbusse oder flexible Fahrpläne an das Nutzerverhalten angepasst werden.

Nur ein gutes ÖPNV-Angebot ermöglicht die Wahlfreiheit zwischen Auto, Rad und Bus, um mobil zu sein.

Schifffahrt für den Gütertransport stärker nutzen

Rhein und Mosel sind schifffbare Flüsse in Rheinland-Pfalz. Jedoch ist ihr verkehrspolitisches Potential noch lange nicht ausgeschöpft. Hoch- und Niedrigwasser schränken die Schiffbarkeit derzeit ein. Viel mehr Güter könnten per Schiff auf Rhein und Mosel transportiert werden.

Die AfD will, dass Rhein und Mosel stärker als bisher für den Gütertransport genutzt werden. Dazu werden die Untiefen, zum Beispiel im Mittelrhein, beseitigt. Die Moselschleusen werden ausgebaut. Durch diese Maßnahmen werden Rhein und Mosel dauerhaft schiffbar gehalten. Schiffe können große Gütermengen günstig transportieren. Dadurch werden Straßen entlastet: Sie verschleißt nicht so schnell und es gibt weniger und kürzere Staus.

Stillgelegte Bahnstrecken reaktivieren, wenn es sinnvoll ist

In Rheinland-Pfalz gibt es mehrere stillgelegte Bahnstrecken wie die Brexbachtalbahn, die Strecke Koblenz-Lützel-Bassenheim, die Strecke Landau-Germersheim, die Zellertalbahn, die Glantalbahn Nord und die Aartalbahn. Diese Strecken könnten wieder in Betrieb genommen werden.

Die AfD fordert, dass die Strecken nur dann reaktiviert werden, wenn sich ein klarer Vor-

teil ergibt – also der Nutzen die Kosten übersteigt. Die Nutzen-Kosten-Untersuchungen sind auf realistischen Annahmen aufzubauen, die bisher oft betriebene Schönrechnerei ist abzustellen. Steuergeld zur Reaktivierung soll nur dann eingesetzt werden, wenn die Reaktivierung einen spürbaren Nutzen bringt, der die Kosten übersteigt. Andernfalls kann das Steuergeld sinnvoller eingesetzt werden.

Schallschutz an Bahnstrecken finanzieren

Das Lärmsanierungsprogramm für das Mittelrheintal läuft 2026 aus. Bisher ist unklar, ob dafür weiterhin Bundesmittel fließen.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass das Bundesprogramm fortgeführt wird. Für notwendige darüber hinausgehende Maßnahmen sollen auch Landesmittel eingesetzt werden. Zur Entlastung des Mittelrheintals und zur Kapazitätssteigerung für den Güterverkehr ist eine Alternativtrasse zu planen, der sogenannte Westerwald-Taunus-Basistunnel.

Die AfD will, dass die Bürger und Touristen im Mittelrheintal und an den anderen Bahnstrecken in Ruhe schlafen können. Andauernder Lärm ist gesundheitlich belastend, davor müssen unsere Bürger geschützt werden. Zudem schadet Bahnlärm dem Tourismus im malerischen Mittelrheintal. Den Bahnlärm zu minimieren, trägt somit zur wirtschaftlichen Entwicklung bei.

Digitale Infrastruktur ausbauen, schnelles Internet sicherstellen

Heutzutage sind die meisten Betriebe auf schnelles Internet angewiesen. Es ermöglicht, von jedem Ort aus effizient zu arbeiten – vorausgesetzt es gibt eine gute Breitbandverbindung. In Rheinland-Pfalz gibt es aber immer noch Lücken, zum Beispiel Funklöcher im Mobilfunknetz oder Orte ohne Breitband-Internet.

Die AfD wird ein Programm aufsetzen, mit dem Funklöcher geschlossen und schnelles Internet im ganzen Land bereitgestellt wird. Dadurch wird auch das Arbeiten von zu Hause aus erleichtert und Pendelverkehr vermieden. Insbesondere der oftmals noch immer digital abhängige ländliche Raum wird attraktiver.

LKW-Fahrverbot an Feiertagen entschärfen
An Feiertagen wie Weihnachten und Ostern besteht aufgrund von erhöhtem Konsum entsprechend erhöhter Transportbedarf. Dieser erhöhte Transportbedarf steht im Widerspruch zum LKW-Fahrverbot an Feiertagen. Besonders problematisch sind für Spediteure bundesuneinheitliche Feiertage, da Strecken umgeplant oder Fahrten unterbrochen werden müssen, wenn diese durch ein Feiertags-Bundesland führen.

Die AfD fordert, das LKW-Fahrverbot an Feiertagen zu entschärfen. Zum einen soll eine Transitregelung eingeführt werden für bundesuneinheitliche Feiertage. Zum anderen soll das LKW-Fahrverbot an Feiertagen nicht mehr von 00:00 bis 22:00 Uhr, sondern nur noch von 07:00 bis 20:00 Uhr gelten, also nicht während verkehrsarmen Zeiten.

Wird das LKW-Fahrverbot entschärft, sinken Logistikkosten. Das nimmt ein Stückweit Inflationsdruck aus den Verbraucherpreisen. Insbesondere nächtliche Durchfahrten er-

möglichen es LKW-Fahrern, ihre Ladung am Zielort abzugeben und schließlich noch nach Hause zu ihren Familien zu fahren, um den Feiertag gemeinsam zu begehen. Zudem sinkt der Parkdruck auf den ohnehin zu wenigen LKW-Stellplätzen entlang von Fernstraßen. Dank des Fahrverbots zu Stoßzeiten werden Verkehrsbehinderungen für PKW vermieden.

Mehr LKW-Stellplätze schaffen

LKW-Fahrer müssen gesetzliche Ruhezeiten einhalten. Dies dient der Verkehrssicherheit, da Übermüdung stets ein Unfallrisiko darstellt. Jedoch sind die Bedingungen für LKW-Fahrer schlecht. Deutschlandweit fehlen nach Angaben der bundeseigenen Autobahn GmbH mindestens 20.000 LKW-Stellplätze an Autobahnen und Bundesstraßen.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass an rheinland-pfälzischen Fernstraßen notwendige LKW-Stellplätze errichtet werden. Die dadurch entstehenden Rastplätze sollen auch PKW-Stellplätze und Infrastruktur wie ein WC enthalten.

LKW-Fahrer können dank ausreichender Anzahl an Stellplätzen ihre Pausen einhalten. Das Plus an Sicherheit nützt allen Verkehrsteilnehmern. Zudem sind mehr Rastplätze für alle ein Gewinn an Reisekomfort.



14. KOMMUNALES

WIR REGELN DAS

AfD

Leitbild: Kommunale Selbstverwaltung garantieren

Rheinland-Pfalz hat mehr als 2.400 Kommunen – Städte, Kreise, Verbandsgemeinden und Gemeinden. Staatsrechtlich sind sie Teil des Landes, jedoch ist ihre Eigenständigkeit und Selbstverwaltung gesetzlich festgeschrieben. Bund und Land übertragen den Kommunen immer neue Aufgaben, ohne die dafür nötigen Finanzmittel bereitzustellen. Dadurch sind viele rheinland-pfälzische Kommunen hochverschuldet und erhöhen ihre Steuern, vor allem die Grundsteuern und Gewerbesteuer, immer weiter.

Die AfD steht für eine neue Kommunalpolitik des Landes. Die AfD bekennt sich zur kommunalen Selbstverwaltung und dazu, dass das Land durch die Verfassung verpflichtet ist, eine auskömmliche Kommunalfinanzierung sicherzustellen. Die AfD wird kommunale Entscheidungen fördern, statt durch Förderprogramme festzulegen, wofür Mittel verwendet werden dürfen. Funktionierende Kommunen mit einer auskömmlichen Finanzausstattung führen zu guter Infrastruktur und niedrigen kommunalen Steuern. Davon profitieren Bürger wie Betriebe gleichermaßen.

Konnexitätsprinzip einhalten

Das Konnexitätsprinzip besagt: Wer eine Leistung oder Aufgabe vorgibt, der sorgt auch für die notwendige Finanzierung („Wer bestellt, der bezahlt“). Die Landesregierung hat diesen Grundsatz jahrelang verletzt und dadurch das Land auf Kosten der Kommunen entschuldet. Das Konnexitätsprinzip ist in der Landesverfassung (Art. 49 Abs. 4 und 5) verankert. Dennoch ignoriert die Landesregierung dieses Prinzip immer wieder: zum Beispiel beim „Kita-Zukunftsgesetz“, der Asylunterbringung und der ÖPNV-Finanzierung.

Die AfD fordert: Wenn das Land den Kommunen eine neue Leistung aufbürdet oder eine

bestehende Aufgabe erweitert, müssen die daraus entstehenden Kosten aus dem Landeshaushalt vollständig erstattet werden. Die AfD wird das Konnexitätsprinzip strikt anwenden. Dadurch werden teure Ideologieprojekte entweder von vorneherein verhindert oder auf ein bezahlbares Maß gestutzt. Das Konnexitätsprinzip einzuhalten, ist eine Voraussetzung für gesunde Kommunalfinanzen.

Altschulden aller Kommunen übernehmen

Das Entschuldungsprogramm PEK-RP war ein Anfang, mit dem das Land drei Milliarden Euro kommunaler Liquiditätskredite übernommen hat – allerdings nur von 650 der insgesamt 2.450 Kommunen. Viele Kreise, Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz, die nicht an PEK teilnahmen, sind noch immer hochverschuldet.

Die AfD will, dass das Land die Liquiditätsverschuldung aller rheinland-pfälzischen Kommunen übernimmt, nicht nur einiger Kommunen. Mit der sogenannten Haushaltssicherungsrücklage steht dafür mehr als 3 Mrd. Euro zur Verfügung. Die Entschuldung der Kommunen führt zu niedrigeren Zinslasten, so dass die Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuern nicht weiter steigen müssen, solange diese beiden Steuerarten noch existieren.

Kommunalen Finanzausgleich reformieren und besser ausstatten

Der kommunale Finanzausgleich (KFA) regelt, wie Finanzmittel zwischen dem Land und den Kommunen sowie zwischen den Kommunen untereinander verteilt werden. Von 2007 bis 2020 war diese Verteilung verfassungswidrig. Die aufgezwungene Reform trat allerdings erst zum Jahresanfang 2023 in Kraft. Auch der reformierte kommunale Finanzausgleich weist den Kommunen zu geringe Landesmittel zu. Die Folge sind steigende Hebesätze für die Grund- und Gewer-

besteuern. Die AfD wird den kommunalen Finanzausgleich deutlich besser ausstatten. Einer abermaligen Verfassungswidrigkeit soll entgegengewirkt werden. Das verhindert, dass Bürger und Unternehmen durch höhere Steuern zusätzlich belastet werden. Die von der AfD angestrebte KFA-Reform sieht neben mehr Geld vor allem mehr Zuweisungen ohne Zweckbindung vor. Die Kommunen können dann frei entscheiden, wofür sie die bereitgestellten Mittel verwenden. Das stärkt die verfassungsrechtlich verbriegte kommunale Selbstverwaltung und die Demokratie vor Ort, da die kommunalen Räte mehr entscheiden können als bisher.

Abschaffung der Straßenausbau-beiträge

Straßenausbaubeiträge sind ungerecht, ineffizient und bürokratisch. Sie sind ungerecht, weil Grundeigentümer selbst dann für den Ausbau einer Straße ein Sonderopfer bezahlen müssen, wenn sie diese Straße entweder gar nicht nutzen oder einen Nachteil durch den Ausbau erleiden wie mehr Verkehrs-dichte vor der eigenen Haustür oder höhere Geschwindigkeiten. Straßenausbaubeiträge sind ineffizient, weil sie für Kommunen den Fehlanreiz setzen, Schlaglochpisten nicht zu sanieren, sondern so lange abzuwarten, bis ein beitragspflichtiger Ausbau notwendig ist. Sie sind bürokratisch, weil im langjährigen Durchschnitt mehr als 22 Prozent des Beitragsaufkommens für die Erhebung und Durchsetzung der Straßenausbaubeiträge verschwendet werden.

Die AfD wird die ungerechten Straßenausbaubeiträge in Rheinland-Pfalz abschaffen. Der Einnahmeausfall der Kommunen wird mit mindestens 90 Mio. Euro pro Jahr aus dem Landeshaushalt ausgeglichen. Dieser Ausgleich erfolgt unbürokratisch über den kommunalen Finanzausgleich, Verteilungsmaßstab ist die Länge des beitragspflichtigen Straßennetzes (vor allem Gemeindestraßen). Für die Umschulung der bisher für den Vollzug der Ausbaubeuräge eingesetzten Mitar-

beiter stehen 5 Mio. Euro bereit. Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge entlastet die bisher betroffenen Bürger. Zudem wird auch die Kommune entlastet und zwar von Bürokratie. Die bislang für die ungerechten Ausbaubeuräge eingesetzten Verwaltungsmitarbeiter können einer sinnvolleren Beschäftigung nachgehen, um den Fachkräfte-mangel zu lindern.

Interkommunale Zusammenarbeit verbessern

Mit Interkommunaler Zusammenarbeit (IKZ) erzielen die beteiligten Kommunen Effizi-enzgewinne und Synergieeffekte. Die Zusam-menarbeit von Kommunen spart Ressourcen und ermöglicht es ihnen, gemeinsam spezialisierte Mitarbeiter zu beschäftigen, die ohne IKZ nicht ausgelastet werden. Dadurch gibt es mehr Fachpersonal vor Ort.

Die AfD will die Interkommunale Zusammenarbeit fördern und verbessern. Dazu wird die AfD die Rahmenbedingungen verbessern, z. B. durch einfachere landesrechtliche Vorga-ben, flexibler handhabbare Kooperationsfor-men und bürokratiearme Förderungen über den kommunalen Finanzausgleich. Inter-kommunale Zusammenarbeit trägt zu einer effizienten und somit günstigeren öffentli-chen Verwaltung bei. Bürger und Betriebe haben dadurch spezialisierte, also kompe-tente Ansprechpartner in der Verwaltung.

Digitalisierung und künstliche Intel-ligenz in der Kommunalverwaltung

Rheinland-pfälzische Kommunen haben, wie in ganz Deutschland, im internationalen Ver-gleich enorme Defizite bei der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen. Dies liegt unter anderem daran, dass Verwaltungsprozesse zu kompliziert sind und mitunter Jahrzehnte lang nicht angepasst wurden. Der Misserfolg des Onlinezugangsgesetzes (OZG), wonach bis Ende 2022 alle Verwaltungsleistungen hätten digital angeboten werden müssen,

zeigt die Misere auf: Bis heute sind die Ziele des OZG nicht erreicht.

Die AfD wird die Digitalisierung der kommunalen Verwaltung vorantreiben. Dazu werden wir unnötige Bürokratie abbauen und Verwaltungsprozesse so verändern, dass sie endlich digital darstellbar sind. Verwaltungsinterne Medienbrüche (z. B. von digital zurück auf Papier) darf es nicht geben. Der schnellste und einfachste Weg zum Amt ist der aus dem eigenen Arbeits- oder Wohnzimmer bzw. Büro. Dies spart Geld und Zeit. Nur eine umfassende Digitalisierung ermöglicht diesen komfortablen Zugang zur öffentlichen Verwaltung. Die Digitalisierung wird auch analoge Anträge vereinfachen, so dass das Recht auf einen analogen Zugang zu Verwaltungsleistungen einfacher als bisher ausgeübt werden kann.

Kommunalen Baulandfonds einrichten

Derzeit sind die Grundstückspreise vielerorts in Rheinland-Pfalz vergleichsweise niedrig. Aber sie steigen schon wieder.

Solange Grundstücke noch günstig sind, will die AfD einen Baulandfonds einrichten. Dieser wird mit 50 Mio. Euro ausgestattet und ermöglicht es Kommunen bürokratiearm, Landesmittel zum Erwerb von unbebauten Grundstücken zu erhalten. Verkaufen die Kommunen die Grundstücke, zum Beispiel zum Bauland aufgewertet, mit Gewinn, fließt der Zuschuss an den Baulandfonds zurück, der Gewinn verbleibt bei der Kommune. Kommunen erhalten durch den Baulandfonds die Möglichkeit, die günstige Marktlage zum Grunderwerb auszunutzen. Bodenbevorratung wird für die öffentliche Hand aus strategischen Gründen immer wichtiger.

Kommunalen Sanierungsstau abbauen

Die rheinland-pfälzischen Kommunen schieben einen milliardenschweren Investitionsstau vor sich her. Straßen, Schulden, Sport-

plätze, Kindergärten und Krankenhäuser sind teilweise gefährlich marode. Wie hoch der Sanierungsstau in den rheinland-pfälzischen Kommunen ist, weiß die Landesregierung nicht und will es wohl auch nicht wissen. Anträge der AfD-Landtagsfraktion, den kommunalen Sanierungsstau in Höhe und Struktur zu ermitteln, wurden mehrheitlich abgelehnt.

Die AfD wird den kommunalen Sanierungsstau ermitteln und gemeinsam mit den Kommunen einen Finanzierungs- und Maßnahmenplan aufstellen, wie der Sanierungsstau binnen 15 Jahren vollständig abgebaut werden kann. Eine funktionierende Infrastruktur ist Teil der Daseinsvorsorge von Staat und Kommunen gegenüber unseren Bürgern. Eine funktionierende Infrastruktur ist Voraussetzung für eine gut funktionierende Wirtschaft. Den Sanierungsstau zu beheben, ist zudem ein Konjunkturprogramm für den Mittelstand und unser Handwerk.

Allgemeine Zuweisungen statt bürokratischer Förderprogramme

Den rheinland-pfälzischen Kommunen fehlt Geld, um vor Ort zu gestalten. Die Landesregierung nutzt die prekäre Finanzlage der Kommunen aus: Statt Zuweisungen ohne Zweckbindung zugewähren, setzt sie auf ideologische Förderprogramme wie „KIPKI“ oder „RZN“. So schreibt sie den Kommunen vor, für welche Projekte die Mittel verausgabt werden dürfen. Die AfD wird das Förderwesen des Landes entbürokratisieren, indem die Kommunen Zuweisungen ohne Zweckbindung erhalten. Die bisherige Förderbürokratie ist immens: Projekte an die Förderbedingungen anpassen, Anträge stellen, Verwendungsnachweise erstellen und die Mittelverwendung rechtfertigen – und bei Fehlern müssen die teuer verwalteten Zuwendungen zurückgezahlt werden. Diese Bürokratie entfällt, so dass Personal eingespart werden kann. Zudem ist die Mittelverwendung effizient, da die Entscheider vor Ort am besten wissen, was die eigene Kommune braucht.

15. FINANZEN UND STEUERN



WIR REGELN DAS

AfD

Leitbild: Bürger und Betriebe entlasten

Deutschland ist ein Hochsteuerland. Die gesamtstaatliche Steuer- und Abgabenbelastung liegt bei rund fünfzig Prozent – Bürger geben die Hälfte ihres Einkommens an den Staat ab. Durch indirekte Steuern wie Mehrwertsteuer und Energiesteuern zahlen vor allem Bevölkerungsschichten mit einem niedrigen Einkommen relativ viel Steuern.

Die AfD will Bürger und Betriebe entlasten. Deswegen sollen bestehende Steuern gesenkt oder abgeschafft werden. Neue Steuern werden nicht eingeführt. Im Bund setzt sich die AfD bereits für eine umfangreiche Steuerreform ein: Die Einkommensteuer soll auf einen einheitlichen Satz von 25 % gesenkt werden, der Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag sollen erhöht werden. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer soll entfallen, die Grundsteuern und die Gewerbesteuer sollen ersetzt werden.

Das Steuersystem ist durch eine Vielzahl von Steuern mit geringen Erträgen sehr komplex. Einkommen- und Körperschaftsteuer sind hochbürokratisch. Der deutsche Steuerdschungel ist kaum durchdringbar. Dadurch ist das Steuersystem ungerecht: Wer sich gute Steuerberater und Steueranwälte leisten kann, verringert die Steuerzahlungen. Wer sich diese nicht leisten kann, zahlt zu viel Steuern.

Belastung durch Grunderwerbsteuer senken
Die Grunderwerbsteuer erschwert es, Immobilieneigentum zu erwerben. Sie muss vollständig aus dem angesparten Kapital beglichen werden, da Banken für die Kaufnebenkosten regelmäßig keinen Kredit gewähren. Entsprechend geringer ist das zur Verfügung stehende Eigenkapital. Mit geringerem Eigenkapital gehen höhere Zinssätze einher. Der derzeitige Steuersatz von fünf Prozent des Kaufpreises stellt durch die stark gestiegenen Immobilienpreise eine hohe Belastung dar.

Die AfD will diese Belastung durch einen auf 3,5 Prozent verringerten Steuersatz deutlich reduzieren. Dieser Steuersatz wird übrigens von jedem Bundesland selbst bestimmt. Zudem fordert die AfD, über den Bundesrat einen Freibetrag auf die Grunderwerbsteuer für selbstgenutztes Wohneigentum einzuführen. Dieser Freibetrag berücksichtigt insbesondere die Zahl der Kinder. Perspektivisch soll die Grunderwerbsteuer für Selbstnutzer aufgehoben werden.

Durch den niedrigen Steuersatz werden alle Immobilientransaktionen steuerlich vergünstigt. Durch den Freibetrag werden diejenigen Familien besonders entlastet, die ihrer Kinder wegen einer großen Wohnung oder ein großes Haus benötigen.

Keine Verpackungssteuer in rheinland-pfälzischen Kommunen

In vielen rheinland-pfälzischen Städten wird derzeit über die Einführung einer Verpackungssteuer debattiert. Erstmals wurde diese 2022 in Tübingen erhoben. Die Verpackungssteuer besteuert die Einwegverpackungen von verzehrfertigen Lebensmitteln zum Mitnehmen wie Kaffeebecher, Brötchenküten, Salatschalen und Eisbecher. Eine Studie der Universität Tübingen ergab, dass die erhoffte Reduzierung des Müllaufkommens ausblieb.

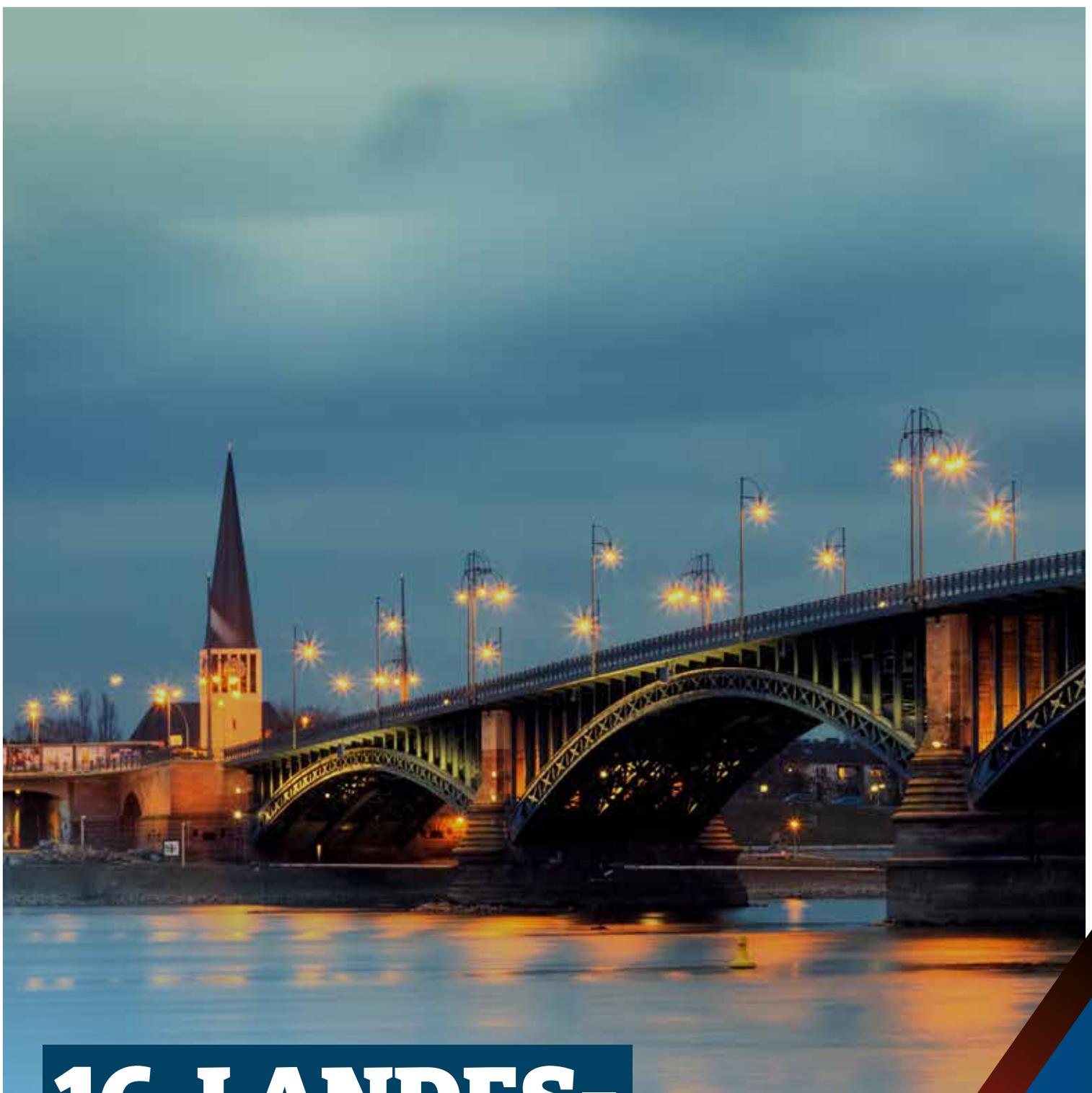
Die AfD spricht sich gegen die Verpackungssteuer aus. Sie soll in rheinland-pfälzischen Städten und Gemeinden nicht eingeführt werden. Die Verpackungssteuer ist ökologisch wirkungslos, aber hochbürokratisch. Die Landesregierung empfiehlt den Kommunen sogar, dass die Verpackungssteuer-Satzung ein Betretungsrecht für Geschäftsräume vorsieht, um Steuerhinterziehung zu kontrollieren. Für die betroffene Gastronomie und den Verbraucher kommen erhebliche Mehrkosten hinzu, die die AfD durch Nichteinführung der Verpackungssteuer vermeiden wird.

Grundsteuern und Gewerbesteuer abschaffen

Für die meisten Gemeinden ist die Grundsteuer B nach der Gewerbesteuer die wichtigste Kommunalsteuer, bei der sie den Hebesatz selbst bestimmen können. Durch die Grundsteuerreform ist die Zahllast der Bürger seit dem 1. Januar 2025 vielerorts merklich gestiegen. Dabei orientiert sich die jeweilige Grundsteuer nicht an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, sondern an dem sogenannten Äquivalenzprinzip. Damit sind die Grundsteuern ein Fremdkörper im Steuersystem. Mit der Einkommen- bzw. der Körperschaftsteuer werden bereits Steuern erhoben, die dem Leistungsfähigkeitsprinzip gerecht werden.

Die AfD setzt sich auf Bundesebene dafür ein, die Grundsteuern und die Gewerbesteuer abzuschaffen. Sie sollen zu einem Teil durch einen höheren Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, zum anderen durch einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer ersetzt werden.

Bürger und Betriebe sparen sich künftig die Grundsteuererklärung, die voraussichtlich wieder 2029 abzugeben ist. Die Grundsteuern entfallen, so dass eine unzeitgemäße Steuerart nicht mehr erhoben wird. Die Gewerbesteuer wird abgeschafft, da sie mit der Körperschaftsteuer gleichartig ist. Insbesondere die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe erhöht sich ohne die Gewerbesteuer.



16. LANDES- HAUSHALT

WIR REGELN DAS

AfD

Leitbild: Steuergeldverschwendungen beenden

Die Landesministerien verschwenden mitunter Steuergeld. Es gibt zu viele Ministerien. Politisch einseitige regierungsnahen Organisationen, NGOs, werden großzügig mit Steuergeld unterstützt. Der Haushaltsvollzug ist intransparent.

Die AfD wird die Landesverwaltung effizienter aufstellen, insbesondere indem Ministerien abgeschafft und die NGO-Förderung gestrichen wird. Zudem soll der Haushaltsvollzug zwecks besserer öffentlicher und parlamentarischer Kontrolle transparent werden.

Je transparenter der Landeshaushalt ist, desto eher kann Steuergeldverschwendungen rechtzeitig erkannt und gestoppt werden. Transparenz setzt den Anreiz, effizient und sparsam mit Steuergeld umzugehen. Bereits mittelfristig ermöglicht dies Steuersenkungen.

Zwei Ministerien abschaffen, Leitungspersonal abbauen

Die rheinland-pfälzische Verwaltung verfügt in dieser Legislaturperiode, einschließlich der Staatskanzlei, über zehn Ministerien. Aus der hohen Zahl an Ministerien erwächst ein hoher Personalbedarf: 14 Staatssekretäre, mehrere dutzend persönliche Referenten, mehr als fünfzig Mitarbeiter in den Pressestellen sowie etliche Stabs- und Koordinierungsstellen blähen den Personalapparat auf. Nutznießer sind gefügige Parteigenossen in gutbezahlter Position.

Die AfD wird zwei Ministerien abschaffen. Das Bildungsministerium und das Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit werden zusammengelegt. Das selbsternannte „Integrationsministerium“ (MFFKI) entfällt vollständig, dessen Abteilungen werden auf die verbliebenen Ministerien aufgeteilt. Der Kulturbereich wird beispielsweise – wie es lange üblich war – dem Bildungsministerium zu-

geordnet, das Migrationsthema wie im Bund dem Innenministerium.

Weniger Ministerien haben einen geringeren Personalbedarf im Führungsbereich. Die Entscheidungswege sind kürzer, interne Abstimmungen zwischen den Abteilungen des selben Hauses sind leichter. Die Arbeit wird effizienter und für den Steuerzahler günstiger.

NGO-Finanzierung beenden

Bereits über den Bundeshaushalt werden zahlreiche regierungsnahen Organisationen (NGO: non-governmental organisation, treffender wäre near governmental organisations) in Rheinland-Pfalz gefördert. Auch die Landesregierung fördert NGOs jedes Jahr mit mehreren Millionen Euro Steuergeld. Darunter sind sich Vereine und Verbände, die in undemokratischer Weise gegen politische Gegner der Regierung agitieren – teils sogar gemeinsam mit der linksextremen und gewalttätigen Antifa.

Die AfD wird kein Steuergeld mehr an politisch tätige Organisationen geben. Jeder darf und soll sich politisch betätigen und privates Geld spenden. Aber um den politischen Wettbewerb nicht zu verzerren, dürfen einschlägige Organisationen keine Landesmittel mehr erhalten.

Ohne die NGO-Finanzierung aus dem Landeshaushalt werden Steuermittel in Höhe von mehr als 2,5 Mio. Euro gespart und der demokratische Wettbewerb gestärkt.

Fördernehmerdatenbank einrichten

Bislang ist es für Bürger und Journalisten nicht öffentlich, welche Vereine, Stiftungen und Organisationen sowie Körperschaften durch die Landesregierung für welche Zwecke und in welcher Höhe Steuergeld erhalten. Die AfD wird eine Fördernehmerdatenbank

einrichten, in der die Fördernehmer veröffentlicht werden.

Wenn private oder kirchliche Organisationen Steuergeld erhalten, ist Transparenz angebracht. Nur dadurch kann eine breite Öffentlichkeit über die Verwendung von Steuergeld in konkreten Fällen debattieren. Im Übrigen ist die Fördernehmerdatenbank ein wichtiges Kontrollinstrument, dass nicht demokratiefeindliche Organisationen wie linksextreme Vereine mit Steuergeld unterstützt werden.

Sondervermögen sind als Schattenhaushalte abzulehnen

Der Bund hat in den vergangenen 20 Jahren mindestens 13 Sondervermögen errichtet, zu den in der Öffentlichkeit bekanntesten gehören der Klima- und Transformationsfonds (2011 als Energie- und Klimafonds aufgelegt, Volumen 2025: rund 317 Mio. Euro) und das Sondervermögen für die Bundeswehr (2022,

Volumen: 100 Mrd. Euro). Bei Sondervermögen handelt es sich um einen schuldenfinanzierten Schattenhaushalt. Auch das Land Rheinland-Pfalz nutzt „Sondervermögen“ wie den 2025 aufgestellten „Rheinland-Pfalz-Plan für Bildung, Klima und Infrastruktur“ (Volumen: 600 Mio. Euro). Das Corona-Sondervermögen wurde für teilweise verfassungswidrig erklärt.

Die AfD lehnt es grundsätzlich ab, Sondervermögen zu errichten. Die AfD fordert Haushaltsdisziplin, Haushaltstransparenz und Schuldenabbau, statt meist ideologische Programme durch einen großen Schuldentopf zu finanzieren.

Sondervermögen stellen Schattenhaushalte dar, durch die künftige Generationen Milliarden Euro an Schulden überwälzt bekommen. Nur nachhaltig finanzierte öffentliche Haushalte führen dazu, dass Schulden abgebaut und Steuern endlich wieder gesenkt werden können.

17. BAUEN UND WOHNEN



WIR REGELN DAS

AfD

Asylwende entlastet den Wohnungsmarkt

Der Wohnungsmarkt ist durch die inzwischen mehr als zehnjährige Massenzuwanderung von Asylbewerbern aus den Fugen geraten. Der Neubau konnte den massiven Nachfrageschock nicht ausgleichen. Zunächst wurden Wohnungen im unteren Preissegment schlagartig teurer, dann stiegen die Mietpreise in allen höheren Preislagen („Preisauftrieb-Effekt“). Bezahlbarer Wohnraum und offene Grenzen schließen sich aus.

Die AfD wird den Wohnungsmarkt nachfragegünstig entlasten, in dem abgelehnte Asylbewerber in ihre Heimatländer abgeschoben werden.

Dadurch sinkt die Nachfrage nach Wohnraum, der starke Preisdruck lässt nach.

Wohnnebenkosten senken

Die Wohnnebenkosten wie Grundsteuer, Energiekosten, Wasser- und Abwasserkosten sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Längst machen sie eine 13. oder sogar 14. Monatsmiete aus. Preistreiber sind regelmäßig Staat und Kommunen. Beispielsweise machen Steuern und Abgaben den größten Teil der Kosten für Strom und Heizenergie aus.

Die AfD fordert Entlastungen bei den Wohnnebenkosten. Die AfD wird die Grundsteuern komplett streichen und für die Kommunen einen finanziellen Ausgleich schaffen. Die AfD wird es Kommunen nicht erlauben, beispielsweise eine Wassersteuer, wie es die hessische Landeshauptstadt Wiesbaden tun will, oder eine Wohnflächensteuer einzuführen.

Durch die Maßnahmen der AfD sinken die Wohnnebenkosten und die Steuerlast. Jeder Haushalt wird dadurch finanziell entlastet.

Bürokratie beim Bauen reduzieren

Die Landesbauordnung (LBauO) von Rheinland-Pfalz macht den Bauwilligen zu viele Vorschriften und sie ist noch immer nicht vollständig an die Musterbauordnung des Bundes angepasst. Auch die Möglichkeit, den Bauherren sogar weniger Vorgaben als die MusterBauO zu machen, wird nicht genutzt. Die AfD wird die Bauvorschriften massiv vereinfachen. Die AfD wird insbesondere die Landesbauordnung konsequent an die Musterbauordnung (MBO) anpassen. Dort, wo die MBO nur den kleinsten gemeinsamen Nenner der Bundesländer abbildet, werden die Regeln in Rheinland-Pfalz zusätzlich vereinfacht.

Durch bundeseinheitliche Standards sinken die Baukosten. Architekten, Hersteller von Baumaterialien und Handwerksbetriebe müssen nicht mehr teure rheinland-pfälzische Sonderregeln beachten. Für die Bauherren bedeutet das niedrigere Preise und mehr Auswahl bei Architektur und Materialien.

Kleine Bauvorlagenberechtigung für Handwerksmeister einführen

In Rheinland-Pfalz dürfen Dachdeckermeister keine Dachgaube planen, obwohl sie fachlich dazu fähig sind. Ihnen, wie auch Handwerksmeistern der meisten anderen Gewerke, wird in Rheinland-Pfalz für ihren Fachbereich die sogenannte kleine Bauvorlagenberechtigung verwehrt. Kunden müssen sich mit der Planung an Architekten wenden. Die AfD wird die kleine Bauvorlagenberechtigung auf Handwerksmeister aller Baugewerke ausweiten.

Dadurch können Handwerksbetriebe ihren Kunden ein vollumfängliches Paket aus einer Hand anbieten: von der Planung bis zur Ausführung. Dies ist für den Kunden einfach und günstig. Zudem wird der Verbraucherschutz erhöht, wenn die Verantwortung nicht geteilt wird.

Umwandlung von Ein- und Zweifamilienhäusern erleichtern

Die AfD spricht sich klar gegen jede Form staatlicher Wohnflächenbesteuerung aus und bekämpft die klimaideologische Wohnsuffizienz, die unterstellt, dass Deutsche zu große Flächen bewohnen. Gleichwohl erleichtern wir die Umwandlung von Einfamilien- zu Zweifamilienhäusern, wenn dies aus freien Stücken geschieht. Allerdings ist es bislang kompliziert, Einfamilienhäuser in Zweifamilienhäuser umzuwandeln. Es bestehen über die Landesbauordnung rechtliche Hürden, die unter anderem Umbauten erforderlich machen. Sollen Eigentumswohnungen entstehen, ist ein Notar zu beauftragen.

In jedem Fall ist eine Abgeschlossenheitsbescheinigung notwendig.

Die AfD wird einen rechtlichen Rahmen schaffen, der die Umwandlung erleichtert. Insbesondere sollen die Begründung für neue Wohnungen sowie ein zusätzlicher Brandschutz entfallen. Der Charakter der Nachbarschaft wird berücksichtigt.

Wer aus bestehenden Ein- oder Zweifamilienhäusern neue Wohnungen schaffen will, muss dies ohne bürokratische Hürden und ohne unnötige Auflagen tun können. Unter anderem wird dadurch Wohnraumpotential ausgeschöpft, wenn Haushalte z. B. durch den Auszug der Kinder kleiner werden.



18. LANDWIRT- SCHAFT, WEINBAU UND FORST

WIR REGELN DAS

AfD 

Leitbild: Regionale Landwirtschaft unterstützen

Die heimische Landwirtschaft stellt hochwertige Lebensmittel her. Immer mehr Verbraucher wünschen sich regional angebaute Lebensmittel.

Die AfD wird die heimische Landwirtschaft unterstützen und finanziell fördern. Die AfD bekennt sich zu vielseitiger Landwirtschaft und Nutztierhaltung sowohl in konventioneller als auch in ökologischer Produktionsweise. Die AfD wird den Selbstversorgungsgrad unter anderem bei Obst und Gemüse erhöhen. Beispielsweise setzt sich die AfD auf Bundesebene gemeinsam mit den Landwirten für eine rückwirkende Wiedereinführung der vollen Agrardiesel-Rückerstattung rückwirkend für die Jahre 2024 und 2025 und nicht wie geplant erst ab 2026 ein.

Für die AfD hat die Unterstützung der Landwirtschaft eine große Bedeutung. Die heimische Landwirtschaft stellt auch in Krisenzeiten die Lebensmittelversorgung sicher – Deutschland darf nicht abhängig von ausländischen Lebensmittelimporten werden. Deswegen gilt es, die Agrarpolitik zu rationalisieren, um unsere Landwirtschaft unabhängiger von Brüssel und damit unabhängiger von Bürokratie zu machen sowie eine gezielte und bessere Förderung der heimischen Landwirtschaft in Angriff zu nehmen.

Bürokratie in der Landwirtschaft abbauen

Für eine wirtschaftliche und ertragreiche Landwirtschaft brauchen die Bauern keine Bürokratie, sondern Entfaltungsfreiheit. Als ausgebildete Fachleute wissen unsere Landwirte, was am besten auf ihrem Boden wächst und welche Nutztiere sie am besten halten können. Doch Bürokratie wie Dokumentationspflichten, Fördermittelanträge und Verwendungsnachweise lähmt die Landwirtschaft.

Die AfD vertraut auf die Fachkompetenz der Landwirte. Wer stundenlange Schreibtischarbeit liebt, wird kein Landwirt.

Dienstleistungszentren Ländlicher Raum stärken

Die sechs Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) vereinen in sich Aufgaben wie Landentwicklung und berufsbildende Schulen der landwirtschaftlichen Fachrichtungen sowie Agrarforschung. Ihnen fehlt es an Personal.

Die AfD wird die Arbeit in den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum attraktiver gestalten, insbesondere durch Bürokratieabbau und stärkere Praxisnähe. Das Steillagenzentrum soll dauerhaft gesichert und das Aufgabenfeld Tourismusmarketing durch Landwirtschaft und Weinbau ausgebaut werden.

Landwirtschaftliche Forschung und Entwicklung kommt den Landwirten durch effizientere Anbaumethoden zugute. Dadurch können Lebensmittel in noch besserer Qualität und zu niedrigeren Kosten erzeugt werden – beides nützt auch dem Verbraucher.

Steuerfreien Agrardiesel auf Bundesebene einführen

Die Agrardiesel-Rückvergütung wurde zunächst schrittweise gesenkt und soll nach massiven Protesten erst ab 2026 wiedereingeführt werden. Damit wird den Landwirten deutschlandweit für die Jahre 2024 und 2025 ein Betrag von 485 Mio. € vorenthalten. Dies möchte die AfD auf Bundesebene ändern, indem die rückwirkende Agrardieselrückerstattung für die Jahre 2024 und 2025 vollständig genehmigt wird.

Zudem setzt sich die AfD auf Bundesebene dafür ein, Agrardiesel steuerfrei zu stellen. Weitere fiskalische Belastungen von Kraft-

stoffen, z. B. durch eine CO2-Abgabe, sind abzuschaffen.

Ein steuerfreier Agrardiesel entlastet landwirtschaftliche Betriebe finanziell, da Treibstoffkosten einen erheblichen Teil der Produktionsausgaben ausmachen. Die bisherige Rückvergütungsbürokratie entfällt. Dies stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft gegenüber dem Ausland. Gleichzeitig profitieren Verbraucher indirekt durch stabilere Lebensmittelpreise, da geringere Energiekosten für die Landwirte Preissteigerungen an anderer Stelle abfedern können.

Bäuerliche Familienbetriebe erhalten, Junglandwirte und Jungwinzer unterstützen

Der Generationenübergang ist für viele Betriebe schwierig. Dies gilt besonders für Landwirtschaft und Weinbau.

Die AfD wird die Existenzgründung von Junglandwirten und Jungwinzern durch staatliche Förderung anhand einer Hofübernahmeprämie fördern. Bäuerliche Familienbetriebe sollen erhalten bleiben.

Vom Erhalt der bäuerlichen und winzerlichen Betriebe profitiert der ländliche Raum. Die Höfe sind oft ortsbildprägend, die von Landwirten und Winzern geschaffene Kulturlandschaft dient vielen Menschen als Naherholungsgebiet. Zudem sind Landwirtschaft und Winzerei ein Wirtschaftsfaktoren und regionale Arbeitgeber.

Freiwilliges landwirtschaftliches Jahr einführen

Landwirtschaftliche Betriebe, insbesondere Familienbetriebe, haben es schwer, Berufsnachwuchs und Betriebsnachfolger zu finden, weswegen in den letzten 15 Jahren über 5.000 Betriebe geschlossen wurden.

Die AfD will die Nachwuchsgewinnung in Landwirtschaft und Weinbau fördern und zwar durch die Einführung eines freiwilligen landwirtschaftlichen Jahres (FLJ) analog zum freiwilligen ökologischen Jahr. Dabei können junge Schulabgänger ein Jahr in einem Betrieb mitarbeiten und so prüfen, ob eine Ausbildung als Landwirt oder Winzer ihrem Berufswunsch entspricht.

Sonderregelungen für Saisonarbeitskräfte beim Mindestlohn sowie 5-Monate-Regelung auf Bundesebene einführen

Der branchenunabhängige Mindestlohn belastet personalintensive Branchen sehr. Das gilt umso mehr, wenn die Produktivität der einzelnen Arbeitskraft kaum gesteigert werden kann. Beides trifft auf viele Bereiche in der Landwirtschaft zu. Deshalb ist die Landwirtschaft sehr hart vom höheren Mindestlohn, der auch für Saisonarbeitskräfte gilt, betroffen.

Die AfD fordert, auf Bundesebene für Saisonarbeitskräfte Sonderregelungen beim Mindestlohn sowie die 5-Monate-Regelung einzuführen, um vor allem kleine bäuerliche Betriebe vor existenzbedrohenden Lohnkosten zu schützen und Saisonarbeitern die Möglichkeit zu geben, länger und ohne bürokratische Hürden in den Betrieben zu arbeiten.

Wenn Landwirte wegen stark gestiegener Kosten ihre Höfe aufgeben, ist niemandem geholfen. Durch hohe Personalkosten sind vor allem in der schonenden extensiven Landwirtschaft arbeitende und nebenerwerbliche Landwirte gefährdet. Besonders diese Art der Landwirtschaft bietet Verbrauchern kurze Wege zum Hofladen und damit zu regionaler Wertschöpfung und Lebensmitteln.

Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemittel nach guter fachlicher Praxis ermöglichen

Landwirte benötigen umfangreiche Wirkstoffe zum Schutz der Pflanzen und zur Gewährleistung der Ernte. Wirksame Pflanzenschutzmittel sind dafür unverzichtbar. Durch die Gefahrenbewertung der Pflanzenschutzwirkstoffe auf EU-Ebene können immer weniger notwendige Wirkstoffe im Pflanzenschutz eingesetzt werden. Aber auch die Schutzanforderungen im nationalen Zulassungsverfahren sind zu komplex. Allein in Deutschland wurde seit 2019 kein chemischer Wirkstoff mehr neu zugelassen; gleichzeitig haben 76 Wirkstoffe ihre Zulassung verloren. Außerdem stellt die Düngeverordnung eine unverhältnismäßige, in erster Linie bürokratische Belastung der Landwirte dar.

Die AfD will auf allen Ebenen den Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln nach guter fachlicher Praxis gewährleisten. Die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln in Deutschland ist zu vereinfachen. Außerdem soll die EU-Pflanzenschutzverordnung aus Sicht der AfD reformiert werden, um den praktischen Nutzen der Wirkstoffe für die Landwirtschaft mehr ins Zentrum zu stellen.

Im Vertrauen auf die Fachkompetenz der Bauern und Winzer steht die AfD für eine weitere Erforschung moderner Aufbringungsmethoden von Pflanzenschutz- und Düngemitteln wie durch den Einsatz von Drohnen in den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) und entsprechende Schulung der Anwender.

Des Weiteren setzt sich die AfD auf Bundesebene für eine umfassende Überarbeitung und Entschlackung der Düngeverordnung ein, um insbesondere kleinere Betriebe von der Überregulierung zu befreien. Beispielsweise sollen pauschale Düngebeschränkungen in den „roten Gebieten“ sachgerecht aufgeweicht werden; vielmehr sollen sie durch verursachergerechte Maßnahmen ersetzt werden.

Die vorgeschlagenen Vereinfachungen haben zur Folge, dass Landwirte zuverlässiger und unbürokratischer produzieren können. Davon profitieren Verbraucher durch stabile oder sinkende Lebensmittelpreise und eine ver-

lässliche Versorgung mit regionalen Produkten. Gleichzeitig kann die Qualität der Erzeugnisse erhalten bleiben, wenn funktionierende und sichere Wirkstoffe gezielt und fachgerecht eingesetzt werden.

Weidetiere schützen: konsequentes, aktives Bestandsmanagement für den Wolf

Der Wolf breitet sich in Rheinland-Pfalz zunehmend aus. Er ist eine große Gefahr für Weidetiere. Die Landesregierung lässt unsere Weidetierhalter mit der Raubtierproblematik weitgehend im Stich, da teure Herdenschutzmaßnahmen unzureichend sind. Derzeit dürfen Wölfe aufgrund des vorherrschenden Schutzstatus auf EU-Ebene nur in Ausnahmefällen getötet werden. Dass dieser Schutzstatus nun abgesenkt und der Wolf ins rheinland-pfälzische Jagdrecht überführt wird, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Dennoch sind weitere Anpassungen nötig, um Wölfe rechtssicher und gezielt entnehmen zu können.

Die AfD setzt sich für ein konsequentes, aktives Wolfsmanagement und damit verbunden für eine Bestandsregulierung ein, um Weidetiere zu schützen. Der jährliche Zuwachs gehört konsequent bejagt, auffällige Wölfe sind zu erlegen. Nach Verkehrsunfällen sollen verunfallte Wölfe durch die Polizei und die Jäger getötet werden dürfen.

Im dicht besiedelten Deutschland und in einer artgerechten Landwirtschaft mit Weideflächen für das Nutzvieh hat der Wolf allenfalls in den Gebieten einen Platz, in denen keine Interessenskonflikte zu erwarten sind. Eine Bestandsregulierung verspricht hier nur Vorteile: für die Landwirtschaft, den Tierschutz und die Bürger.

Vermarktung regionaler Produkte fördern

Viele Verbraucher möchten gerne regionale Produkte kaufen. Kurze Transportwege sor-

gen für frische Waren, schonen die Umwelt und stärken die heimische Landwirtschaft. Die Kennzeichnung regionaler Produkte ist oft bürokratisch, weil sie umfangreiche Nachweispflichten und Dokumentationen erfordert. Betriebe müssen exakt belegen, dass sämtliche Produktionsschritte den Vorgaben entsprechen. Zusätzlich kommen verschiedene, teils uneinheitliche Siegel zum Einsatz, was den Verwaltungsaufwand erhöht und gerade kleinere Betriebe belastet.

Die AfD fördert die Vermarktung regionaler Produkte, indem ihre Kennzeichnung einfacher und unbürokratischer wird. Mit einer Herkunfts kennzeichnung werden Nahrungsmittel transparenter und für den Verbraucher leichter ersichtlich, woher das Produkt stammt.

Betriebe profitieren von einer vereinfachten Kennzeichnung durch weniger Bürokratiaufwand. Verbraucher profitieren, da mehr Landwirte bereit sind, ihre Produkte zu kennzeichnen – entsprechend steigt die Auswahl an regionalen gekennzeichneten Produkten. Ausländische Fleischimporte sind zu kennzeichnen, damit Verbraucher sich bewusst entscheiden können, ob sie Fleisch aus Ländern mit ggf. geringeren Haltungs- und Tierschutzstandards kaufen.

Unser Fair Trade für die deutsche Landwirtschaft

Alle sprechen von fair gehandelten Erzeugnissen, wir wollen sie auch für die deutschen Landwirte. Daher unterstützen wir die Direktvermarktung über Hofläden, in denen die Verbraucher regionale Erzeugnisse direkt vor Ort kaufen können. So erhält der Landwirt ohne Zwischenhändler den vollen Lohn für seine Arbeit.

Weinbau prägt unsere Kulturlandschaft

Mit den Anbaugebieten Rheinhessen, Pfalz, Mosel, Nahe, Mittelrhein und Ahr verfügt

Rheinland-Pfalz von Größe und Qualität über herausragende Weinbauregionen. Die Weinberge prägen unsere Kulturlandschaft. Durch besteht eine enge Symbiose mit der Tourismuswirtschaft.

Die AfD würdigt und unterstützt die Arbeit der Winzer. Der besonders arbeitsintensive Steillagenanbau soll gefördert werden. Pauschale Verbote von Pflanzenschutzmitteln wie das Verbot des Einsatzes von Backpulver lehnt die AfD ab. Stattdessen sollen gezielte und sparsame Ausbringungsmethoden mittels Drohnen erleichtert werden, zum Beispiel durch Schulungen und allgemeine Zulassungen von Drohnenflügen über Anbauflächen. Winzer werden gestärkt durch eine Erweiterung des Strafenrechts auf 180 Tage im Jahr. Der regionale Weinbau ist – auch dank der Bedeutung für den Tourismus – ein wichtiger Wirtschaftszweig in Rheinland-Pfalz. Rheinland-pfälzischer Wein genießt in der ganzen Welt einen hervorragenden Ruf und trägt dazu bei, das Land positiv zu präsentieren.

Wasserentnahmeentgelt abschaffen

Das Wasserentnahmeentgelt, der „Wassercents“, wurde in Rheinland-Pfalz 2024 auf die gesamte Land- und Forstwirtschaft ausgeweitet. Seitdem müssen Land- und Forstwirte für die eigene Entnahme von Grund- oder Oberflächenwasser, zum Beispiel aus Flüssen, Geld an das Land bezahlen. Die Erfassung der Entnahmemenge geht mit Bürokratie einher. Allein im Landesdienst sind mehr als 22 Vollzeitkräfte für den Vollzug des „Wassercents“ erforderlich.

Die AfD wird das Wasserentnahmeentgelt vollständig abschaffen.

Die Bürokratiebelastung für die betroffenen Betriebe und für das Land selbst steht in keinem Verhältnis zum Aufkommen von rund 30 Mio. Euro im Jahr. Wichtiger ist die Entlastung von Bürokratie und Kosten.

19. TIERSCHUTZ



WIR REGELN DAS

AfD

Leitbild: Tiere sind schützenswerte Lebewesen

Tiere sind unsere ständigen Begleiter: Als geliebte Haustiere, als Nutztiere oder als Teil des Ökosystems, von dem wir als Menschen abhängig sind. Tierschutz ist deshalb eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Die AfD bekennt sich zu einem aktiven Tierschutz. Tiere haben Rechte und verdienen als Lebewesen Respekt und Schutz vor unnötigem Leid. Deshalb wird die AfD Tierheime besser ausstatten, Tierversuche reduzieren und das Landesjagdgesetz reformieren.

Tiere schützen!

Tierschutz ist unsere gesamtgesellschaftliche Verpflichtung und ein wesentlicher Bestandteil eines ethisch verantwortungsvollen Handelns. Ehrenamtliche Tierschützer und Tierheime leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Pflege, Rettung und Vermittlung von Tieren in Not, oft unter schwierigen Bedingungen und mit begrenzten Ressourcen. Für diesen wertvollen Dienst verdienen Tierheime Anerkennung und Unterstützung.

Die AfD setzt sich für mehr Tierschutz ein. Tierleid sowohl bei Haustieren, Wildtieren und sogenannten Nutzieren muss möglichst vermieden werden.

Tierschutz stärkt das gesellschaftliche Verantwortungsbewusstsein gegenüber unseren Mitgeschöpfen. Zudem fördert die artgerechte Tierhaltung hygienische Standards in der Lebensmittelproduktion, was den Verbrauchern zugutekommt. Ferner unterstützt Tierschutz den Erhalt ökologischer Gleichgewichte und damit die Nachhaltigkeit unserer Lebensgrundlagen.

Mehr Geld für Tierheime

In Tierheimen bekommen Tiere in Not Obdach und Pflege. In Rheinland-Pfalz gibt es zu

wenige Tierheime. Die bestehenden Tierheime befinden sich oft in einem baulich schlechten Zustand, da sie unterfinanziert sind. Darunter leiden Hunde, Katzen, Kaninchen und andere Tierheimbewohner sehr.

Die AfD wird die Landesmittel für Tierheime deutlich aufstocken.

Ein Ziel ist es, dass der Aufnahme-Stopp vieler Tierheime beendet wird, damit allen Tieren in Not geholfen werden kann. Die Lebensqualität der Heimtiere wird sich verbessern. Die vielen ehrenamtlichen Helfer können ihrer wichtigen Aufgabe endlich unter guten Bedingungen nachgehen. Zudem werden die Städte und Kreise, die für die Versorgung von Fundtieren aufkommen müssen, finanziell entlastet.

Kommunen bei Katzenschutzverordnung unterstützen

Viele Kommunen in Rheinland-Pfalz haben keine Katzenschutzverordnung erlassen. Eine solche Verordnung verpflichtet Katzenhalter, dass Freigängerkatzen kastriert, gekennzeichnet und registriert sein müssen. Ziel der Katzenschutzverordnung ist es, die unkontrollierte Vermehrung von Haus- und Straßenkatzen einzudämmen.

Die AfD fordert, dass Kommunen bei der Einführung und Umsetzung von Katzenschutzverordnungen durch das Land unterstützt werden. Die AfD setzt sich für landesweit einheitliche Regelungen ein.

Die Maßnahmen zum Katzenschutz mildern Tierleid. Wildlebende Straßenkatzen sind oft unterernährt und krank, sie erwartet ein kurzes, leidvolles Leben. Katzenschutzverordnungen tragen dazu bei, Tierheime von wilden Fundtieren zu entlasten, und dienen auch dem Schutz und der Gesundheit von geliebten Freigängerkatzen.

Onlinehandel mit Haustieren und Exoten regulieren

Der Online-Tierhandel fördert Impulskäufe, was oft zu falscher Haltung, Vernachlässigung oder späterer Abgabe der Tiere führt. Ferner bleiben Herkunft, Gesundheitszustand und Zuchtbedingungen der Tiere oft intransparent, was besonders bei Haustierarten großes Tierleid verursacht. Die Jungtiere werden oft viel zu früh von ihren Müttern getrennt, was zu lebenslangen Verhaltensauffälligkeiten führt.

Die AfD setzt sich dafür ein, den Onlinehandel mit Haustieren und exotischen Tieren zu regulieren. Insbesondere will die AfD den Tierschutz und die Verbraucherrechte im Onlinehandel mit Tieren stärken. Bei Haustieren müssen die Zucht- und Aufwuchsbedingungen nachvollziehbar sein, bei Exoten die entsprechende CITES- Bescheinigung der zuständigen Artenschutzbehörde.

Hunde, Katzen und Co. sind von ihren Besitzern geliebte Haustiere. Für Tier und Tierhalter sind gute Aufzuchtbedingungen wichtig, um dem Tier Lebensfreude und dem Mensch Freude am Haustier zu schenken.

Tierversuche auf notwendiges Minimum beschränken

Tierversuche verursachen unvorstellbare Qualen und sind ethisch kaum zu rechtfertigen. Für die medizinische Forschung sind sie dennoch bedeutend. Zuständig für die Genehmigung und Überwachung von Tierversuchen sind die Bundesländer.

Die AfD strebt langfristig eine tierversuchsfreie Forschung an. Dazu werden tierversuchsfreie Forschungsmethoden wie 3D-Zellkulturen und computergestützte Modelle gefördert. Werden bei Produkten oder ihrer Entwicklung dennoch Tierversuche eingesetzt, soll dies für die Verbraucher transparent werden. Die landesweite Überwachung von Tierversuchen wird verbessert. Forschung und Produktentwicklung ohne Tierversuche

werden immer wichtiger, da die Alternativen immer besser werden. Voraussichtlich werden künftig tierfreundlichere Forschungen zu aussagekräftigeren (medizinischen) Ergebnissen führen als Tierversuche.

Artgerechte Tierhaltung fördern

Artgerechte Tierhaltungssysteme bieten Tieren deutlich mehr Platz, Zugang zu Auslauf im Freien, Beschäftigungsmöglichkeiten sowie Rückzugsorte. Sie orientieren sich an den natürlichen Verhaltensbedürfnissen der Tiere und vermeiden Schmerz, Leid und Stress. Die AfD wird in der Nutztierhaltung artgerechte Haltungssysteme fördern. Hier steht die AfD für die Förderung der ganzjährigen Weidehaltung, insbesondere der Arten, die von besonderer Qualität sind, und der Zucht von Arten, die wie z.B. das „Rätische Grauvieh“ vom Aussterben bedroht sind.

Das Fleisch von Nutztieren, die unter guten Bedingungen artgerecht gelebt haben, ist qualitativ hochwertig.

Regionale Schlachtung fördern, lange Tiertransporte beenden

Die regionale Schlachtung fördert das Tierwohl, indem sie eine erhebliche Stressreduktion darstellt, da lange Transportwege entfallen und die Tiere in vertrauter Umgebung verbleiben können.

Die AfD setzt sich für eine regionale Schlachtung, einschließlich Weideschlachtung, ein. Die AfD setzt sich dafür ein, dass lebende Tiere nicht mehr quälend lange transportiert werden dürfen. Höchsttransportzeiten und Standards, dass den Tieren ausreichend Wasser zur Verfügung steht, sind im Gesetz zu verankern.

Tierschutz ist auch auf dem letzten Weg der Nutztiere wichtig. Kurze Transportwege und regionale Schlachtung tragen zu hoher Fleischqualität bei. Zudem werden die regionalen Wertschöpfungsketten gestärkt.

Neues Landesjagdgesetz rückabwickeln und ergänzen

Das neue Landesjagdgesetz hat in der Jägerschaft für sehr großen Unmut gesorgt. Unter anderem werden die Jäger verpflichtet, gebietsweise ganze Wildtierbestände durch verpflichtenden Abschuss auszurotten. Das neue Gesetz verlangt unerbittlich, die Parole „Wald vor Wild“ umzusetzen.

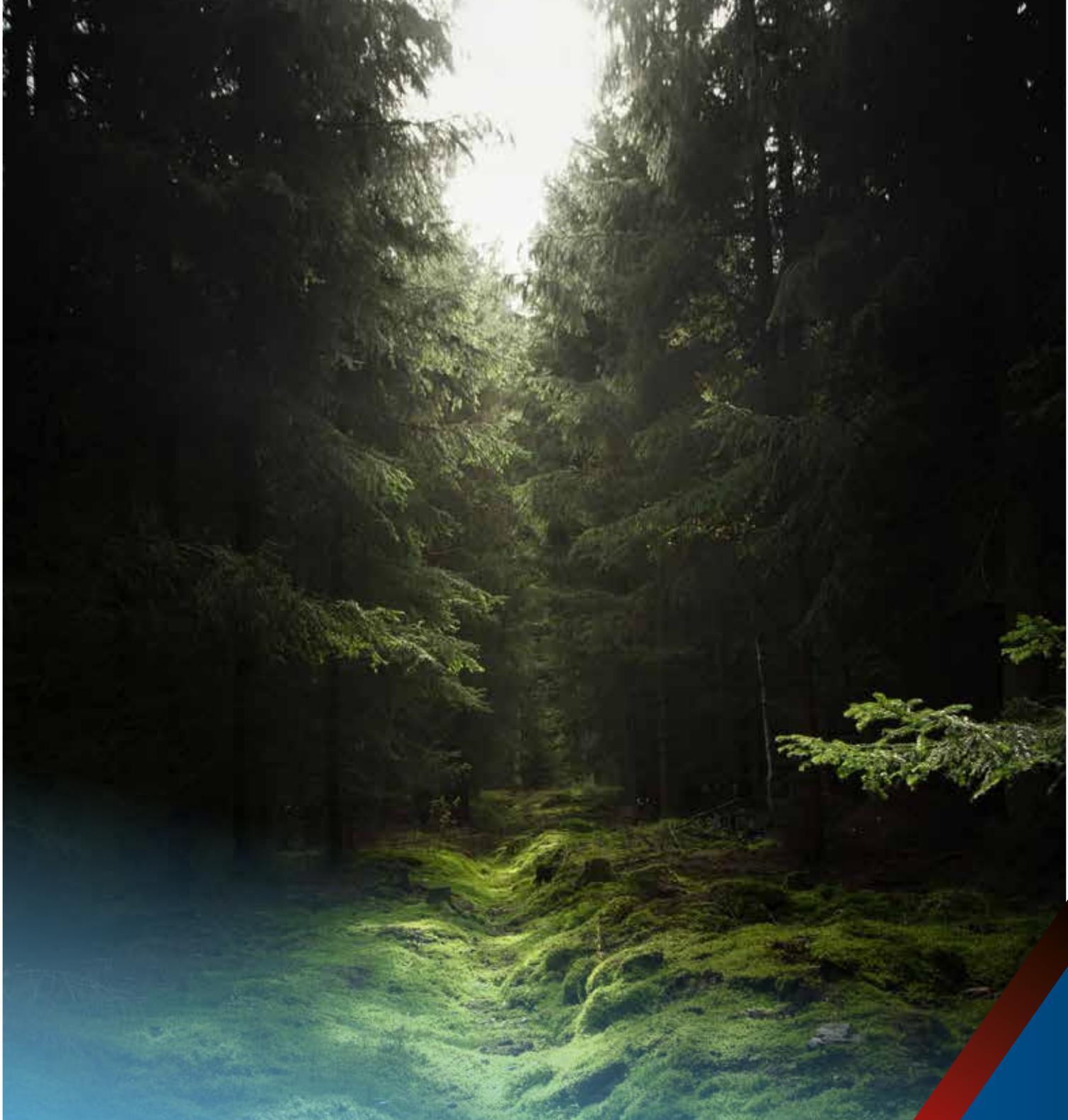
Die AfD wird das novellierte Landesjagdgesetz rückabwickeln. Das Landesjagdgesetz wird zusammen mit der Jägerschaft neu aufgestellt. Dabei fordert die AfD, zu den Grundsätzen der deutschen Waidgerechtigkeit zurückzukehren und dass die Jagdausübungsberechtigten die Jagd eigenverantwortlich ohne dirigistische Staatseingriffe ausüben. Die AfD bekennt sich zur waidgerechten Hege mit einem artenreichen und gesunden Wildbestand. Die rotwildfreien Gebiete werden aufgehoben und der Wolf als

jagdbare Art mit Jagd- und Schonzeiten in das Gesetz aufgenommen. Zur Wahrung des Eigentumsrechts der Jagdausübungsberechtigten wird der Jagdschutz mit den ursprünglichen rechtlichen Befugnissen wiedereingeführt.

Jagdsteuern abschaffen

Die rheinland-pfälzischen Kommunen nehmen jährlich knapp vier Mio. Euro an Jagdsteuer ein. Es handelt sich hierbei um eine Bagatellsteuer, die ausgerechnet von jenen Jagdausübungsberechtigten zu bezahlen ist, die ohnehin mit der Jagdausübung und Hege eine gesellschaftlich bedeutsame Aufgabe wahrnehmen.

Die AfD schafft die Jagdsteuer ab; das Kommunalabgabengesetz wird entsprechend geändert. Die Kommunen werden für den Einnahmeausfall aus Landesmitteln entschädigt.



20. UMWELT

WIR REGELN DAS

AfD

Leitbild: Umweltschutz ist Heimat-schutz

Eine intakte Umwelt ist lebenswichtig. Unsere Landwirtschaft produziert in einer blühenden Kulturlandschaft hochwertige regionale Lebensmittel. Der Wald dient Pflanzen und Tieren als Lebensraum, uns Menschen ist er ein Erholungsgebiet und Holzlieferant. Flusslandschaften bieten Artenreichtum, Flüsse dienen als Transportweg für Güter.

Für die AfD ist Umweltschutz nicht nur Selbstzweck, sondern auch Heimatschutz. Die Umwelt gilt es für unsere Kinder und Enkel zu bewahren.

Landesklimaschutzgesetz abschaffen

Das neue, verschärfte Landesklimaschutzgesetz schadet den Bürgern und der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Es schreibt unter anderem verbindlich vor, dass Rheinland-Pfalz bis 2040 „klimaneutral“ sein muss. Das Ziel soll also fünf Jahre vor dem Bund und zehn Jahre vor der EU-Vorgabe erreicht sein. Umwelt- oder Klimaschutz geht damit nicht einher.

Die AfD wird das Landesklimaschutzgesetz abschaffen.

Für unsere Bürger und Wirtschaft bedeutet die Rückabwicklung weniger Gängelei, weniger Bürokratie und geringere Kosten. Vor allem Industriearbeitsplätze bleiben in Rheinland-Pfalz erhalten, statt wegen vermeintlich nicht ausgleichbarem CO2-Ausstoß die Produktion zumindest hierzulande einzustellen zu müssen.

An den Klimawandel anpassen, statt Deutschland zu de-industrialisieren

Deutschland und Rheinland-Pfalz können

das Klima nicht beeinflussen. Aber das Klima beeinflusst Rheinland-Pfalz. Entsprechend wichtig ist es, sich an den Klimawandel anzupassen. Die Ampelregierungen in Bund und Land haben eine Deindustrialisierungsstrategie versucht, um den Klimawandel aufzuhalten. Die neue Bundesregierung setzt diesen Kurs fort.

Die AfD lehnt es ab, dass Deutschlands Industrie abwandert. Vielmehr ist es das Ziel der AfD, die wirtschaftsfeindliche Klimapolitik zu beenden, um Industrie und Arbeitsplätze im Land zu erhalten. Insbesondere die CO2-Abgabe muss als Kostentreiber abgeschafft werden. Es nützt dem Klima gar nichts, wenn Industrien in Länder abwandern, in denen geringere Umweltstandards gelten als hierzulande. Dadurch steigt der weltweite Ausstoß an sogenannten Treibhausgasen. Die Industrie ist die Basis des deutschen Wohlstands – nur sie ermöglicht dem Staat und seinen Bürgern, ausreichend hohe Einnahmen zu erzielen, um sich dem Klimawandel anzupassen.

Hochwasser-Management priorisieren

Durch dichte Bebauung und Flächenversiegelungen hat Hochwasser oft stärkere Folgen als früher. Wasser kann nämlich nicht mehr so schnell abfließen, zudem kann sich Treibgut an den Bauten verfangen, so dass sich Wasser staut.

Die AfD wird moderne Frühwarn- und Simulationssysteme etablieren. Zudem sollen neue Baugebiete nach der Idee der „Schwammstadt“ ausreichend Sickerflächen erhalten. Regenrückhaltebecken sind zu schaffen; im Landkreis Ahrweiler wird die AfD den Bau von Regenrückhaltebecken besonders unterstützen. Flüsse und Bäche sollen renaturiert werden.

Ein effizientes Hochwassermanagement kann die Folgen zumindest eindämmen.

Warnsysteme dienen dazu, Bürger rechtzeitig zu evakuieren, um Tote zu verhindern. Durch das Schwammstadt-Prinzip profitieren Neubaugebiete zudem von vermehrten Grünflächen und Bäumen, die ein Gebiet aufwerten.

Wald schützen und aufforsten

Fast die Hälfte von Rheinland-Pfalz ist mit Wald bedeckt. Wald bietet Tieren und Pflanzen Lebensraum, ist ein Wasserspeicher und für uns Menschen Erholungsgebiet und Holzquelle. Durch Stürme und Parasitenbefall (Kalamitäten) sind landesweit große Kahlflächen entstanden. Hier hat die Landesregierung in den letzten 20 Jahren versäumt, diese Flächen aufzuforsten. Stattdessen hat sie Waldgebiete durch das Aufstellen von Windrädern zerstört und die Landschaft verspargelt.

Die AfD steht für eine Aufforstung der Kalamitätsflächen durch klimaangepasste Mischwälder ein. Die sogenannte Wildlingswerbung wird gefördert, d. h. die Nutzung von Jungbäumen, die der Wald selbst reproduziert hat, zur Aufforstung. Die Fehler der Vergangenheit, für unsere Breitengrade ungeeignete, aber schnellwachsende Nadelbäume zu pflanzen, werden korrigiert. Zwecks Bürokratieabbau lehnt die AfD die übermäßige Zertifizierung des Forstbetriebs ab, da hierdurch nur der Arbeitsaufwand steigt, nicht aber die Erntemenge, die Holzqualität und der Verkaufserlös. So erhält die AfD den Wald mit seinen Schutz- und Nutzfunktionen.

Förderung der Imkerei

Trotz der glücklicherweise wieder ansteigenden Zahl an Imkern wird der Bedarf nur zu 30% mit deutschem Honig gedeckt.

Hier steht die AfD für die Förderung durch Zuschüsse bei der Aufstellung von Völkern sowie bei Verlusten durch die Asiatische Hornisse, deren Bekämpfung sie als Landesaufgabe und Landespflicht sieht. Die AfD verlangt die Einhaltung der Honigverordnung und lehnt die Einfuhr von vielfach gepanschtem Honig ohne Herkunftsachweis ab. Die Stärkung der Imker, insbesondere der Erwerbsimker, ist einer der wichtigsten Bestandteile zum Erhalt unserer Umwelt. Die Förderung der Schulung von Bienensachverständigen ist der AfD sehr wichtig.

Bienen bestäuben die Natur- und Kulturlandschaft. Dadurch tragen sie zum Erhalt der Pflanzen bei. Somit erhalten Bienen die Grundlage der Nahrungskette. Albert Einstein soll gesagt haben: „Wenn die Biene einmal von der Erde verschwindet, hat der Mensch nur noch vier Jahre zu leben.“

Ausbreitung invasiver Arten bekämpfen

In Rheinland-Pfalz breiten sich eingeschleppte invasive Arten aus. Unter den Pflanzen sind dies unter anderem der Riesenbärenklau („Herkulesstaude“), der Indianische Lilak, das Springkraut und die Schmalblättrige Wasserpest. Zu den invasiven Tierarten gehören zum Beispiel Nilgänse, die Asiatische Hornisse und der Marderhund.

Die AfD steht für die Bekämpfung invasiver Arten und den Schutz heimischer Arten. Pflanzen können in ökologischer Weise zum Beispiel durch Beweidung durch Schafe oder Ziegen, invasive Tierarten durch ordentliche Jagdausübung bekämpft werden.



21. GESUNDHEIT

WIR REGELN DAS

AfD

Leitbild und Grundsätze

Zu den fundamentalen Aufgaben des Staates gehört die Gesunderhaltung und medizinische Versorgung seiner Bevölkerung. Gesundheit gehört zu den höchsten Gütern des Menschen. Wir müssen bereits bei der Krankheitsvorbeugung ansetzen, um so die Grundlage für ein langes Leben in Gesundheit und Wohlbefinden zu ermöglichen. Prävention ist ein vernachlässigtes, starkes Mittel zur Kostenreduktion. Der Mensch muss stets im Mittelpunkt des Handelns stehen. Das Gesundheitswesen hat sich am Patienten, seiner unantastbaren Würde und an seinen Grundrechten auszurichten. Wir setzen uns für alle Berufsgruppen im Gesundheitswesen und ihre Patienten ein. Unser Gesundheitswesen ist nicht nur Dienstleistung zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung, sondern auch einer der größten Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz, in dem 275.500 Menschen eine Beschäftigung und Berufung finden. Die Gesundheit der Menschen in Rheinland-Pfalz zu schützen, wird das oberste Gebot der Gesundheitspolitik einer AfD-geführten Landesregierung sein.

Niederlassungen fördern und die ambulante medizinische Versorgung sichern

Wir wollen es für Ärzte wieder attraktiv machen, sich niederzulassen. Vielerorts finden sich keine Nachfolger zur Übernahme von kassenärztlichen Sitzen, so dass Arztpraxen geschlossen werden müssen oder die verbleibenden Ärzte bis weit über das Alter des Renteneintritts hinaus die Stellung halten. Verschärft werden die Probleme durch die ungleiche Verteilung der Arztpraxen in ländlichen Regionen im Vergleich zu den Städten. Viele Patienten finden weder Haus- noch Facharzt. Die Kapazitäten der niedergelassenen Ärzte sind erschöpft. Etwa jeder vierte Haus- und Zahnarzt in Rheinland-Pfalz ist älter als 65 Jahre, bei Fachärzten ist es jeder achte. In den kommenden Jahren müssen

mehr als 2.500 Arzt-, 2.700 Zahnarzt- und 500 Psychotherapiesitze nachbesetzt werden. Die AfD wird mit einem breiten Maßnahmenplan die ambulante medizinische Versorgung sicherstellen.

Budgetierung abschaffen und Regressforderungen eindämmen

Die sog. Budgetierung von Therapien werden wir streichen. Ebenso sollen die Flut an Regressforderungen und unangemessenen Wirtschaftlichkeitsprüfungen der Praxen und Krankenhäuser beendet werden. Diese Misstrauenskultur gegenüber Ärzten und Therapeuten muss in die einstige Vertrauenskultur wieder zurückgeführt werden. Behandler dürfen in ihrem therapeutischen Handeln nicht eingeschränkt werden, weder durch Budgetierung noch durch die Sorge vor finanziellen Rückforderungen.

Bürokratie abbauen

Ein deutlicher Bürokratieabbau ist überfällig, sodass mehr ärztliche oder pflegerische Arbeitszeit für die Patientenversorgung aufgewendet und unnötige Mehrfachdokumentationen verhindert werden können. Im Zuge der Digitalisierung muss jede neue Anwendung zunächst dahingehend getestet werden, ob sie den Verwaltungsaufwand reduziert. Wir fordern, dass die Kosten hierfür durch die entsprechenden Institutionen und Behörden getragen werden, nicht durch Praxisinhaber oder Klinik. Sie darf nur eingeführt werden, wenn ein absoluter Datenschutz gewährleistet und die Schweigepflicht des Arztes nicht verletzt werden kann. Zentrale Speicherungen von Patientendaten sind grundsätzlich abzulehnen, da ein Missbrauch dieser Daten dadurch ermöglicht wird. Patienten sollen das Recht haben, einer elektronischen Patientenakte zuvor zuzustimmen, nicht wie aktuell im Nachhinein ablehnen zu müssen.

Finanzielle Förderung von Niederlassungen
Eine Praxisübernahme oder die Neugründung einer Arztpraxis kostet in Rheinland-Pfalz zwischen 100.000 und 250.000 Euro je nach Fachgebiet, Ausstattung und Lage. Zahnärzte müssen 750.000 bis eine Million Euro investieren. Möglichkeiten zur Finanzierung und Förderung der Niederlassung müssen bereits im Studium den angehenden Medizinern vermittelt werden. Wir fordern, niederlassungswilligen Ärzten unbürokratische, angemessene und transparente Finanzierungen zur Verfügung zu stellen. Kommunen und Gemeinden müssen vom Land großzügig Unterstützung erhalten, um Ärzte werben und Medizinische Versorgungszentren einrichten zu können. Auch der Einsatz mobiler Praxen wird von uns befürwortet. Versorgungsfremde private Investoren schließen wir von jeglichen Förderungen aus. Unser Gesundheitssystem soll dem Allgemeinwohl dienen und nicht dem Profit privater Konzerne.

Stationäre medizinische Versorgung erhalten, Kliniksterben stoppen

Die Landesregierung hat es zu verantworten, dass die medizinische Versorgung in der Fläche in Rheinland-Pfalz akut gefährdet ist. Die Anfang 2025 in Kraft getretene Krankenhausreform verschärft diese Situation massiv. Viele Kliniken sind insolvent, drohen zu schließen oder wurden schon für immer geschlossen. In den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern besteht ein Sanierungsstau von rund einer Milliarde Euro. Die Kliniken ächzen unter den hohen und weiter steigenden Energiekosten und den allgemeinen Preissteigerungen, die sich nicht bei der Vergütung wiederfinden. Ein dauerhafter Personalmangel in Kliniken führt dazu, dass die Mitarbeiter aller Berufsgruppen mit praktisch nicht abbaubaren Überstunden überlastet sind. Durch Schließung von Krankenhäusern, einzelnen Abteilungen und Notaufnahmen ist die Notfallversorgung akut gefährdet. Es droht strukturell bedingte Un-

tersorgung bis hin zu unterlassener Hilfeleistung. Die AfD stellt mehr Investitionsmittel für Krankenhäuser bereit. Insbesondere soll ein Fonds eingerichtet werden, um den Sanierungsstau abzubauen. Um Defizite kommunaler Krankenhäuser aufzufangen, soll ein Krankenhausinvestitions- und -ausstattungsfonds (KIAF) eingerichtet werden. Der Investitionsstau wird abgebaut, wodurch Krankenhäuser wirtschaftlich leistungsfähiger werden. Kommunen, die Krankenhäuser der Grundversorgung aus privater Trägerschaft übernehmen, erhalten über den KIAF Zuschüsse, um die Defizite zu senken.

Pflege- und Assistenzberufe stärken und aufwerten. Qualifikation fördern und erweitern

Um Ärzte zu unterstützen, besonders in strukturschwachen Gebieten, fordern wir den Wiedereinsatz von Praxisassistenten und Gemeindeschwestern. Im Krankenhaus können Aufgaben von zusatzqualifiziertem Personal übernommen und somit die Ärzteschaft tatkräftig entlastet werden. In Teilgebieten wie Rettungsdienst, Intensivmedizin, Anästhesie und Chirurgie arbeiten Berufsgruppen, die Verantwortung übernehmen und komplexe Aufgaben gewissenhaft, sorgfältig und eigenständig ausführen, ohne die Patientensicherheit zu gefährden. In anderen medizinischen Pflege- und Assistenzberufen wurden diesen über Jahrzehnte hinweg immer mehr Aufgaben entzogen. Wir fordern, durch die Möglichkeit höherer Qualifikationen und Gehälter in Pflege und allen Assistenzberufen die Attraktivität und gesellschaftliche Anerkennung dieser Berufsgruppen zu steigern und den Nachwuchs zu sichern.

Mehr Medizinstudienplätze schaffen und Stipendien zur Verfügung stellen

Die AfD wird deutlich mehr Medizinstudienplätze schaffen (siehe hierzu auch Kapitel

11 Wissenschaft und Hochschulen). Die AfD steht für eine Abkehr vom Numerus Clausus als Auswahlkriterium bei der Vergabe von Medizinstudienplätzen. Stattdessen streben wir ein Auswahlverfahren an, welches den beruflichen Anforderungen besser gerecht wird und damit interessierten, motivierten und geeigneten Bewerbern den Zugang zum Medizinstudium erleichtert. Für Medizinstudenten wird ein Landarztstipendium angeboten, bei dem sich angehende Mediziner verpflichten, eine Praxis auf dem Land zu übernehmen bzw. zu eröffnen. Diese Landarzt- und Landkinderarztquoten-Regelung muss ausgeweitet werden. Wir fordern eine Erweiterung auf alle Facharztgruppen, bedarfsabhängig auch auf Zahnärzte und Pharmazeuten. Die AfD unterstützt die Forderung, dass Eltern, die ihren Kindern ein Medizin- bzw. Zahnmedizinstudium finanzieren, steuerlich umfangreicher entlastet werden. Eine Abschaffung des Numerus Clausus wird dazu führen, dass weniger Abiturienten zum Medizinstudium ins Ausland abwandern. Die Erweiterung des Angebots an Lehrkrankenhäusern wird die praktische Ausbildung für angehende Mediziner attraktiver machen. Wir wollen primär darauf hinwirken, dass Mediziner an unseren heimischen Universitäten studieren. Die Universität ist ein zentraler Ort der Bildung, Forschung, Heilung und nicht zuletzt auch ein Arbeitsplatz. Das universitäre Leben bei uns soll gefördert, finanziert und kultiviert werden.

Abwanderung von Ärzten verhindern

Jährlich wandern ca. 2000 Ärzte aus Deutschland ins Ausland ab, Tendenz steigend. Ein Viertel der Absolventen des Medizinstudiums wird nicht als klinischer Arzt tätig, sondern wählt eine Tätigkeit in anderen, lukrativeren, familien- und lebensfreundlicheren Wirtschaftszweigen. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Familienfreundlichkeit und Vergütung des ärztlichen Berufes wird diese Entwicklung stoppen und dazu führen,

dass ausgewanderte Ärzte zurückkehren. Fachfremde und profitablere Wirtschaftszweige werden ihre Attraktivität für Mediziner verlieren.

Familienfreundlichkeit im Gesundheitswesen

Aktuell sind ca. zwei Drittel der Medizinstudenten Frauen. In der Pflege ist der Frauenanteil bei 85% traditionell sehr hoch. Aber auch der moderne Mann wünscht sich neben seinem Beruf genug Zeit für Frau und Kinder. Daher ist eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie essenziell. Kinder zu bekommen, darf kein Karrierehindernis sein. Es muss Betreuungsangebote für Kinder an den Universitäten, Kliniken und Pflegefachschulen geben und genug Teilzeitangebote, die dennoch eine qualifizierte, karrierestützende Aus- und Weiterbildung ermöglichen.

Rettungsdienste stärken, Notfallversorgung sichern

Die AfD will die gesetzlich vorgeschriebenen Rettungsdienstzeiten garantieren. Eine flächendeckende Grundversorgung – 15 Minuten-Regelung bis zum Eintreffen eines Rettungsmittels nach Absetzen des Notrufs und die Erreichung einer für den Notfall geeigneten Klinik innerhalb von 30 Minuten – muss erhalten bleiben (eine geeignete Klinik bedeutet zum Beispiel, dass im Falle eines Schlaganfalls eine Klinik mit einer Stroke-Unit angefahren werden muss, beim Herzinfarkt ein Herzkatheterlabor, etc.). In einigen Regionen ist dies durch Schließungen von Abteilungen, Notaufnahmen und ganzen Kliniken schon jetzt nicht mehr der Fall. Wir werden die Notfallaufnahmen in den Krankenhäusern bedarfsabhängig ausbauen und verhindern, dass sie weiterhin dem gestuften Notfallsystem geopfert werden.

Notfallmedizinische Versorgung der First Responder wertschätzen

First Responder in Rheinland-Pfalz übernehmen einen wichtigen Anteil in der Rettungskette. Sie sind ausschließlich ehrenamtlich tätig. First Responder kommen immer dann zum Einsatz, wenn sie den Ort des Notfalls schneller erreichen können als der Rettungsdienst und Notarzt. Sie leisten qualifizierte Erstversorgung, wie lebensrettende Sofortmaßnahmen, bis der Rettungsdienst eintrifft. Ohne die vielen, rein ehrenamtlichen First Responder wäre die medizinische Notfallversorgung in Rheinland-Pfalz viel dramatischer. Dafür verdienen sie unsere Anerkennung und Wertschätzung.

Die AfD fordert, First Responder analog zur ehrenamtlichen Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehren im Land gleichzustellen.

Ferner wird sich die AfD dafür einsetzen, dass positive Anreize für die flächendeckende Einführung des First Responder in den Kommunen geschaffen werden.

Prävention von Gewalt in Klinik, Rettungsdienst und Praxis

Über 90% der Mitarbeiter in Klinik, Praxis und Rettungsdienst haben, unabhängig der Berufsgruppe, Erfahrungen mit Gewalt und Gewaltandrohungen durch Patienten, ihren Angehörigen und Unbeteiligten gemacht. Wir fordern, in der Bevölkerung ein Bewusstsein dafür zu schaffen und für einen respektvollen Umgang zu werben. Wer Gewalt androht oder verübt, muss mit entsprechenden Sanktionen und der vollen Härte der Justiz konsequent bestraft werden. Klinik, Rettungswagen und Praxis müssen Orte des Vertrauens, Respekts und der Sicherheit sein. Eine Aufrüstung durch Sicherheitspersonal, Personenschützer und Selbstverteidigungskurse können nicht die Strategie zur Gewaltprävention sein.

Genaue Prüfung ausländischer medizinischer Abschluss- und Arbeitszeugnisse

Wir fordern eine genaue Prüfung ausländischer medizinischer Abschluss- und Arbeitszeugnisse. Die Medizinerausbildung in Deutschland bewegt sich auf höchstem Niveau und stellt hohe Ansprüche an die Studenten und die Facharztausbildung. Gleichermaßen muss für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse gelten, insbesondere von Medizinern, die ihre Abschlüsse in Drittstaaten erworben haben. Um als vollwertige Ärzte den Patienten genauso gut wie ihre hier ausgebildeten Kollegen helfen zu können, dürfen sie bezüglich des komplexen deutschen Gesundheitssystems keine Bildungslücken aufweisen. Das gilt vom Beginn ihrer Tätigkeit an, schließlich hält der Gesetzgeber diese Kenntnisse auch für Studienabsolventen in Deutschland bereits bei Beginn der Berufstätigkeit für erforderlich. Sprachbarrieren dürfen die Behandlung von Patienten nicht gefährden und die Kommunikation im Kollegium oder zu anderen Berufsgruppen des Gesundheitswesens nicht erschweren.

Daher halten wir neben den Sprachzertifikaten B2 (allgemeine Kommunikation) und C1 (fachliche Kommunikation) eine Gleichwertigkeitsprüfung gemäß unseren deutschen Staatsexamina bzw. Facharztprüfungen für unabdingbar. Wir fordern eine Abkehr von der Praxis des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz (LSJV), eine Berufserlaubnis (ärztliche Tätigkeit unter Aufsicht, keine Approbation) ohne Sprachnachweise zu erteilen. Es ist nicht einzusehen, wie eine Gleichwertigkeitsprüfung ohne entsprechende Sprachnachweise erfolgen kann.

Corona-Krise aufarbeiten

Die AfD fordert einen Untersuchungsausschuss zu den Maßnahmen der damaligen

Landesregierung im Zusammenhang mit dem Coronavirus SARS-CoV-2. Die gesundheitlichen sowie wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen auf die Bevölkerung sollen beleuchtet werden. Schwerpunkte werden dabei sein: personelle und finanzielle Auswirkungen der Maßnahmen auf das rheinland-pfälzische Gesundheitswesen insgesamt sowie speziell der einrichtungsbezogenen Impfpflicht. Vor allem werden wir die Auswirkungen der „Corona-Maßnahmen“ auf die psychische bzw. gesundheitliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen kritisch hinterfragen. Es sind zudem erhebliche wirtschaftliche, soziale und psychische Schäden durch die Lockdowns, Quarantäne, Maskenpflicht, 3- bzw. 2G-Regelungen und Impfkampagnen entstanden. Die AfD wird für eine Unterstützung bzw. Entschädigung aller Menschen beziehungsweise deren Angehörigen und Hinterbliebenen in Rheinland-Pfalz sorgen, die durch eine sog. Coronaimpfung gesundheitliche Schäden erlitten haben. Wissenschaft und Forschung werden aufgefordert, systematisch, gezielt und mit allen erforderlichen Ressourcen nach Heilmitteln für die Impfgeschädigten zu suchen. Die Krankheitsbilder, unter dem Begriff des Post-Vac-Syndroms subsummiert, müssen als Krankheit endlich anerkannt werden. Gezielte epidemiologische und transparente Studien sind hierzu erforderlich. Die durch die Coronapolitik verursachte Spaltung der Gesellschaft, die bis in die Familien hineinwirkt hat, soll wieder in ein gesundes Maß einer Diskussionskultur mit Respekt und Offenheit gegenüber Andersdenkenden zurückgeführt werden.

Nein zur Impfpflicht oder anderen Zwangsmaßnahmen

Mit uns wird es keine Impfpflicht oder andere medizinische Zwangsmaßnahmen geben. Eine Behandlung muss immer freiwillig bleiben. Wir verteidigen das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und die Verantwortung jedes Einzelnen für seinen Körper. Die AfD wird sich allen Bestrebungen, internationalen Institutionen, insbesondere der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Machtbefugnisse über die Gesundheitspolitik in Rheinland-Pfalz zu geben, konsequent widersetzen.

Vorhaltepauschale für Allgemeinmediziner

Die ab 2026 gültige Vorhaltepauschale für Allgemeinmediziner, die an die Erfüllung von Quoten bei technischen Untersuchungen, Hausbesuchen oder Impfungen gebunden ist, lehnen wir ab. Der Arztberuf ist ein freier Beruf. Die Ausübung der Heilkunde muss sich an den Patientenbedürfnissen orientieren. Ärzte dürfen über monetäre Anreize oder Sanktionen nicht gezwungen werden, gesetzte Quoten erfüllen zu müssen. Impfquoten werden das Misstrauen impfkritischer Patienten gegenüber ihren Ärzten weiter vertiefen. Wir lehnen eine Impfpflicht durch die Hintertür ab.



22. SOZIALES UND PFLEGE

WIR REGELN DAS

AfD

Menschen mit Behinderung stärken, Landesblindengeld erhöhen

Wir als AfD wollen die Selbstständigkeit und die Teilhabe für Menschen mit Behinderung in Alltag und Arbeitsleben unterstützen und stärken. Barrierefreiheit ist dafür essenziell. Das Landesblindengeld liegt seit 2003 bei 410 Euro. Es dient dazu, Mehrausgaben zu begleichen, die aus der Blindheit hervorgehen. Die derzeitige Höhe des Landesblindengeldes ist unangemessen niedrig, da sie nicht an die Inflation angepasst wurde. Die AfD wird das Landesblindengeld bis zum Ende der Legislaturperiode auf mindestens 600 Euro anheben. Ebenso wird eine an die Inflationsrate gekoppelte Dynamisierung des Landesblindengeldes vorgenommen. Daneben wird durch das höhere Landesblindengeld die gesetzliche Pflegekasse entlastet. Wir fordern, das Landesblindengeld von den Pflegeleistungen zu entkoppeln. Auch wollen wir ein Taubblindengeld, wie es beispielsweise in Berlin existiert und dessen Höhe die Summe der Einzelbeträge für Blinde und Gehörlose deutlich übersteigt. Bei Anpassungen sind Benachteiligungen von Anspruchsberechtigten nach dem Landespfegegeldgesetz zu vermeiden. Daher sollen auch die anderen dort genannten Personenkreise eine anteilige Besserstellung in gleichem Maße erfahren.

Den Fachkräftemangel in der Pflege beheben

Um in Zukunft über genügend selbst ausgebildete Pflegekräfte verfügen zu können, fordern wir die Bereitstellung einer bedarfsgerechten Zahl von Ausbildungsplätzen in den Pflegeberufen. Angehende Pflegekräfte sollen eine fundierte und praxisbezogene Ausbildung erhalten. Um dem Mangel an Pflegekräften entgegenzuwirken, streben wir zudem Stipendienvereinbarungen an, mit denen nach Abschluss der Ausbildung eine mehrjährige verpflichtende Tätigkeit in Rheinland-Pfalz verbunden ist. Wir wollen die finanziellen Rahmenbedingungen verbes-

sern und uns für gerechtere Löhne einsetzen. In Rheinland-Pfalz sollen Kranke und Pflegebedürftige durch eine ausreichende Anzahl qualifizierter und motivierter Pflegekräfte versorgt werden können. Sprachkenntnisse Niveau B2 setzen wir voraus. Wir fordern eine Rückkehr zu getrennten Ausbildungsberufen für Gesundheits-, Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege. Wir lehnen eine generalisierte Pflegeausbildung ab.

Landespfegekammer auflösen

Mehr als 40.000 Pflegekräfte in Rheinland-Pfalz sind Zwangsmitglieder der Landespfegekammer. Die AfD wird die Landespfegekammer auflösen.

Stärkung der Hebammen. Etablierung einer flächendeckenden, qualitativ hochwertigen und wohnortnahmen Geburtshilfe. Senkung der Kaiserschnittrate.

Mit dem Erhalt bestehender und Aufbau neuer geburtshilflicher Abteilungen und an Krankenhäuser angeschlossenen Geburtshäusern werden wir für jede Schwangere die Erreichbarkeit einer geburtshilflichen Abteilung innerhalb von 40 Minuten und einer Eins-zu-Eins Betreuung durch eine Hebamme sicherstellen. Wir fordern eine bezahlbare Berufshaftpflichtversicherung für freiberuflich tätige Hebammen. Ziel ist es zudem, die Rate der Kaiserschnitte (aktuell über 30%, Tendenz steigend) nach dem Vorbild skandinavischer Länder um 15% zu senken.

Werkstätten für Menschen mit Behinderung: dem Rechnungshof Prüfungsrecht geben

Die bisherigen Landesregierungen weigern sich beharrlich, dem Landesrechnungshof das Recht einzuräumen, die vom Land geförderten Werkstätten für Menschen mit

Behinderung (WfbM) anlasslos zu prüfen. Bei Zuwendungsempfängern sollte ein solches Prüfrecht selbstverständlich sein. Die AfD wird dem Rechnungshof das Recht einräumen, die WfbM anlasslos zu prüfen. Die Prüfungen des politisch unabhängigen Rechnungshofs stellen sicher, dass die Landesmittel tatsächlich den zu betreuenden Menschen zugutekommen und nicht in hohe Geschäftsführergehälter fließen, in ineffizienten Strukturen versickern oder zweckentfremdet werden. Anlasslose Prüfungen nützen den in der Werkstatt tätigen behinderten Menschen und deren Familien.

Pflegebedürftige unterstützen

Von den mehr als 241.000 Pflegebedürftigen in Rheinland-Pfalz leben rund 205.000 zu Hause. Der überwiegende Teil wird von Angehörigen gepflegt. Dies entspricht dem Wunsch vieler Pflegebedürftiger. Zudem sind die bestehenden professionellen ambulanten und stationären Angebote bereits jetzt nicht in der Lage, den gesamten Bedarf an pflegerischen Leistungen abzudecken. Die pflegenden Angehörigen erhalten keine Bezahlung von der Pflegekasse. Vielmehr erhält der Pflegebedürftige Pflegegeld, um seine Pflege zu finanzieren. Dieses Pflegegeld ist deutlich niedriger als die Leistungen, die Pflegebedürftige erhalten, die professionelle ambu-

lante oder stationäre Angebote in Anspruch nehmen. Wir wollen die Pflege von Angehörigen durch Einführung eines Pflegegehaltes existentiell absichern. Die individuelle häusliche Pflege muss zu einem Hauptbestandteil der sozialen Sicherungssysteme werden

Betroffene von Berufskrankheiten unabhängig begutachten

Wer einen Arbeitsunfall erlitten hat oder unter einer Berufskrankheit leidet, hat Anspruch auf Leistungen der Berufsgenossenschaften (BG). Jedoch gibt es immer wieder Fälle, in denen berechtigte Ansprüche vor Gericht abgelehnt werden, wenn von den Berufsgenossenschaften bestellte Gutachter eine berufsbedingte Erkrankung verneinen. Hingegen werden Gutachter mit einer hohen Anerkennungsquote von den Berufsgenossenschaften oft nicht mehr herangezogen, sie verlieren diese Aufträge. Die AfD setzt sich dafür ein, dass die Berufsgenossenschaften die Gutachter nicht mehr selbst auswählen, sondern sie ihnen per Losverfahren zugeteilt werden. Nur durch ein Losverfahren sind die Gutachter tatsächlich unabhängig in ihren Bewertungen. Dies stärkt die Position der von Berufskrankheiten Betroffenen. Zudem werden die gesetzlichen Sozialversicherungen entlastet, wenn die Berufsgenossenschaften pflichtgemäß leisten.



23. MEDIEN

WIR REGELN DAS

AfD

Rundfunkgebühren abschaffen

Der Rundfunkbeitrag muss von grundsätzlich allen Haushalten und für alle Betriebsstätten bezahlt werden. Mittlerweile hat der Zwangsbeitrag eine Höhe von 18,36 Euro/Monat bzw. 220,32 Euro/Jahr erreicht – und er soll nach dem Willen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks weiter steigen. Die ÖRR-Anstalten klagen derzeit vor dem Bundesverfassungsgericht, um einen auf 18,94 Euro/Monat bzw. 227,28 Euro/Jahr erhöhten Rundfunkbeitrag durchzusetzen. Das Gesamtaufkommen für ARD, ZDF und Deutschlandfunk beträgt jährlich mehr als acht Milliarden Euro.

Die AfD wird den Rundfunkbeitrag abschaffen. Den sogenannten Rundfunkstaatsverträgen stimmen wir nicht zu; bestehende Rundfunkstaatsverträge werden gekündigt. Statt der Bürger werden Umsätze großer Firmen wie Amazon, Facebook, Google und Netflix aus Online-Werbung und Onlinevertrieb von Unterhaltungssendungen, Filmen usw. mit einer Informations- und Kulturumlage belegt. Damit wird der „Grundfunk“ finanziert. Bürger und Betriebe werden durch die Abschaffung des Rundfunkbeitrags entlastet. Kein Bürger muss mehr zwangsweise für ein Programm bezahlen, das er nicht nutzt und nicht finanziell unterstützen will.

ÖRR verschlanken, Grundfunk etablieren

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk umfasst mehr als zwanzig Fernsehprogramme und 69 Radiosender. Das Programm wird seinem gesetzlichen Auftrag nicht gerecht, hochwertige und parteipolitisch neutrale Informationen zu senden. Vielmehr ist er zur gut geölten Propagandaschinerie der linksgrünen Medienvertreter verkommen – ein riesiger Selbstbedienungsladen mit Spitzengehältern und politischer Schlagseite.

Die AfD setzt sich dafür ein, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu verschlanken und statt seiner einen „Grundfunk“ zu etablieren. Der Grundfunk beschränkt sich auf hoch-

wertige und politisch neutrale Information, Bildung und Kultur – teure Unterhaltungssendungen werden den privaten Sendern überlassen. Regionale Schwerpunkte sind Teil des Grundfunk-Programms.

Der Grundfunk bietet den Bürgern, woran es den öffentlich-rechtlichen Sendern mangelt: Unabhängiger Journalismus, hochwertige Informationen, Meinungsvielfalt ohne politische Einflussnahme – und das ohne Kosten, denn der Rundfunkbeitrag wird abgeschafft.

Intendantengehälter deckeln

Die Intendanten des ÖRR und von staatlichen wie kommunalen Theatern werden außertariflich bezahlt (in Stellenplänen als „AT“ gekennzeichnet). Sie verdienen in der Regel mehrere 100.000 Euro im Jahr, obwohl die Rundfunkanstalten über den Rundfunkbeitrag zwangsfinanziert sind bzw. im Falle von Theatern fast vollständig finanziell abhängig sind vom Steuerzahler. Ein unternehmerisches Risiko besteht de facto nicht, so dass die hohen Gehälter überzogen sind.

Die AfD wird die überzogenen Intendantengehälter deckeln und in das Tarifgefüge des öffentlichen Dienstes überführen. Entsprechend werden auch die Gehälter der übrigen Führungsebene wie die der „Rundfunkdirektoren“ sinken.

Durch diese Maßnahme werden Beitrags- und Steuerzahler entlastet. Das offenbar außer Kontrolle geratene Gehaltsgefüge normalisiert sich, insbesondere im Vergleich zur privaten Medien- und Kulturwirtschaft, die regelmäßig deutlich schlechter bezahlt ist als die öffentlichen Institutionen.

Bürokratie im ÖRR reduzieren

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist geprägt von Gremien wie Aufsichts- und Verwaltungsräten. Mit fast jedem neuen Rundfunkstaatsvertrag werden neue Gremien

gebildet, die bestim mend, beratend oder begleitend sind. Hingegen werden die Beitragszahler nicht repräsentativ in diesen Räten abgebildet, vielmehr werden Randgruppen bevorzugt.

Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass die Beitragszahler in den ÖRR-Gremien gerecht

repräsentiert sind. Zudem wird die unüberschaubare Zahl der Gremien verringert. Die Verwaltung des ÖRR wird vereinfacht, Strukturen entschlackt, Bürokratie abgebaut.

Die Maßnahmen dienen zum einen der besseren Kontrolle des ÖRR durch die Beitragszahler, zum anderen der Kosteneffizienz.

Impressum

Herausgeber: AfD Landesverband Rheinland-Pfalz
Budenheimer Weg 67
55262 Heidesheim

Website: www.alternative-rlp.de

1. Auflage (Januar 2026)

Bildnachweise:

Cover: Archiv AfD-RLP
Seite 2: AdobeStock/ Animaflora PicsStock
Seite 4: Firefly AI
Seite 7: AdobeStock/ liderina
Seite 9: AdobeStock/ Arianne
Seite 10: AdobeStock/ Margarita Ratatosk
Seite 12: AdobeStock/ Abba
Seite 14: AdobeStock/ Linus
Seite 17: AdobeStock/ PropCop Effects
Seite 19: AdobeStock/ lublubachka
Seite 20: AdobeStock/ smth.design
Seite 22: AdobeStock/ Maxpoint Imran
Seite 23: AdobeStock/ Kondor83
Seite 24: AdobeStock/ Seventyfour
Seite 26: AdobeStock/ m.mphoto
Seite 28: AdobeStock/ chokniti
Seite 29: AdobeStock/ Newleks
Seite 30: AdobeStock/ jackfrog
Seite 34: AdobeStock/ standret
Seite 36: AdobeStock/ Masud
Seite 38: AdobeStock/ Faustudio
Seite 39: AdobeStock/ ahmad
Seite 42: AdobeStock/ Irina
Seite 43: AdobeStock/ Mohammad
Seite 44: AdobeStock/ Gorodenkoff
Seite 46: AdobeStock/ Mongkol
Seite 47: AdobeStock/ Elena Estellés
Seite 49: AdobeStock/ its4u_kijo
Seite 50: AdobeStock/ AU USAAnakul
Seite 55: AdobeStock/ contrastwerkstatt
Seite 59: AdobeStock/ King N
Seite 62: AdobeStock/ Zabelyshenskiy A.
Seite 65: AdobeStock/ Maria Vitkovska
Seite 68: AdobeStock/ Anthony Brown
Seite 73: AdobeStock/ Manuel
Seite 77: AdobeStock/ Tomas Hejlek
Seite 80: AdobeStock/ Vadym
Seite 86: AdobeStock/ happy Wu
Seite 89: AdobeStock/ Rafar

Rechtlicher Hinweis:

Der Nachdruck, die Aufnahme in Online-Dienste und Internet sowie die Vervielfältigung auf Datenträgern wie CD-ROM, DVD-ROM etc. betreffend Fotos, Grafiken/Illustrationen und Texte – auch nur auszugsweise – bedarf der zuvor schriftlich eingeholten Zustimmung des Herausgebers. Im Rahmen der digitalen Ausgabe können auch Internetinhalte anderer Anbieter bereitgestellt werden. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der verlinkten Webseite verantwortlich. Wir haben deren Inhalt im gesetzlich gebotenen Rahmen überprüft. Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. verlinkten Seiten tragen allein die dort genannten Personen.

**Folgen Sie uns im Internet
und auf Social Media:**

-  AfD Rheinland-Pfalz
-  AfD Rheinland-Pfalz
-  t.me/afdrlp
-  AfD Rheinland-Pfalz
-  info@alternative-rlp.de
-  www.alternative-rlp.de



Herausgeber:
AfD Rheinland-Pfalz | Budenheimer Weg 67 | 55262 Heidesheim